

3. Sitzung

Mittwoch, den 31. Mai 2006

Mainz, Deutschhaus

Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.....41

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering, Professor Dr. Jürgen Zöllner; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:.....	41
Abg. Creutzmann, FDP:	101
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	92
Abg. Eymael, FDP:	86
Abg. Frau Grosse, SPD:.....	95, 97
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	80
Abg. Frau Morsblech, FDP:	97, 100
Abg. Haller, SPD:	100, 102
Abg. Hartloff, SPD:	53
Abg. Mertin, FDP:	63
Abg. Puchtler, SPD:	84
Beck, Ministerpräsident:	72
Präsident Mertes:	41, 53, 62
Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:	90
Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:	102
Vizepräsident Bauchhage:	90, 92, 95, 96, 97, 100, 101, 102, 104
Vizepräsident Schnabel:.....	80, 84, 86
Vizepräsidentin Frau Klamm:.....	72, 80

3. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 31. Mai 2006

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seien Sie alle herzlich willkommen zur 3. Plenarsitzung!

Als schriffführende Abgeordnete berufe ich Bettina Brück und Bernhard Henter.

Entschuldigt ist ab heute Nachmittag Herr Staatssekretär Stadelmaier.

Meine Damen und Herren, dieser Tag beginnt mit einem ganz fröhlichen Auftakt, nämlich einen 65. Geburtstag. Jetzt werden sich alle fragen: Wer kann das sein? Das ist Werner Kuhn.

(Beifall im Hause)

Lieber Herr Kollege Kuhn, die Glückwünsche des Hauses haben Sie gehört. Meine kommen dazu: Ich wünsche Ihnen Gesundheit und weiterhin viel Lebensfreude. Im Übrigen sieht man sich nach der Plenarsitzung zu einer kleinen Feier. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute!

Meine Damen und Herren, wir haben einen einzigen Punkt auf der Tagesordnung: Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren, wir hatten eine Redezeit von 90 Minuten je Fraktion vereinbart. Ich beabsichtige, nach der ersten Rederunde, einschließlich der Antwort der Landesregierung, eine Mittagspause zum Verschnaufen einzuschieben, die in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden gestern vereinbart worden ist.

Meine Damen und Herren, ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Meine Damen und Herren, ich erteile Herrn Kollegen Baldauf das Wort.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 26. März 2006 fanden in Deutschland drei Landtagswahlen statt: In Baden-Württemberg, in Sachsen-Anhalt und hier. – In allen drei Bundesländern wurden die amtierenden Ministerpräsidenten deutlich bestätigt.

In Rheinland-Pfalz ging die SPD – bei einer schwachen Wahlbeteiligung – als Siegerin hervor, obwohl Ihnen und Ihrer Partei nur 25 % der Rheinland-Pfälzer das Vertrau-

en aussprachen. Natürlich gebe ich zu: Bei uns waren es etwas weniger. Sie dürfen künftig allein regieren.

(Heiterkeit bei der SPD)

SPD-Politik pur ohne liberal-bürgerliches Feigenblatt erwartet die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz. An der Spitze der SPD-Landesregierung gibt es fortan einen Ministerpräsidenten, der zugleich als Bundesvorsitzender der SPD den Spagat der Berliner Bundespolitik und der Landespolitik in Mainz übt.

Absolute Mehrheiten sind verführerisch und verschwenderisch. Sie sind in höherem Maß fehleranfällig. Die Gefahr der Vetternwirtschaft, Personalfragen nach politischer Zugehörigkeit anstatt nach Leistung zu bewerten, die oberste Landesverwaltung aufzublähen, die Gefahr des Verlusts der Bodenhaftung durch das Fehlen eines Korrektivs im eigenen Lager, all das stellt ein erhebliches Gefährdungspotenzial dar.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie wollen, wie Sie sagten, mit ganzer Kraft die Verantwortung für das Land übernehmen. Das sind bekanntlich 100 %. Wo bleibt da der Freiraum für Berlin? Versprechen kann man viel. Ich bin deshalb sehr gespannt, wie Sie dieser Verantwortung, die Sie zwischen Berlin und Mainz teilen müssen, gerecht werden wollen. Nicht, dass wir Sie vermissen, aber ich gehe davon aus, dass Sie mindestens die Hälfte der Zeit auf der Berliner Baustelle zu tun haben werden.

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Übrigens habe ich noch im Ohr, wie Sie wortreich die Position des Bundesvorsitzenden der SPD vor der Wahl abgelehnt haben. Wollten Sie sich nicht erklärtermaßen ausschließlich um Rheinland-Pfalz kümmern?

(Beifall bei der CDU)

Wie uns allen bekannt ist, galt diese Zusage an die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer schon wenige Wochen danach nichts mehr. Die Halbwertszeit Ihrer Versprechen ist schon bedenklich. Ich hoffe, die Halbierung Ihrer Anwesenheit hier in Mainz entspricht nicht der Halbierung Ihres Einsatzes für dieses Land.

Ihre Frau ist da im Übrigen offener – Zitat – „Er war ja nie da oder fast nie da, und dann kommt dies noch dazu. Wie er das schaffen will, ich weiß es nicht“.

(Beifall bei der CDU –
Widerspruch bei der SPD)

Meine Aufgabe und die meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen wird es sein, zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz die Regierung konstruktiv, aber auch kompromisslos zu kontrollieren. Wir werden es dem Bundesvorsitzenden der SPD nicht durchgehen lassen, wenn er im fernen Berlin Beschlüsse fasst, die für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer tiefe Einschnitte bedeuten. Hier verweise ich nur auf Ihren steuerpolitischen Fehlstart auf der Bundesebene

und Ihre unrühmliche Rolle zum Gleichbehandlungsgesetz.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mein Politikentwurf ist anders als Ihrer von Freiheit und Verantwortung für die Menschen geprägt.

(Pörksen, SPD: Das glaube ich! –
Heiterkeit bei der SPD)

Wir müssen daher immer vom Menschen aus denken.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wer moderne Politik in Rheinland-Pfalz gestalten will, muss zuerst in aller Klarheit eine umfassende Diagnose in einer sich schnell verändernden Welt vornehmen. Die Menschen empfinden zu Recht in der heutigen Zeit einen spürbaren Verlust von Sicherheiten, der nicht zuletzt dadurch ausgelöst wurde, dass die Politik – gerade auch durch sie, Herr Beck – meist nur auf tagesaktuelle Problemstellungen reagiert.

(Beifall bei der CDU)

Diese Politik ohne Kompass und Weitsicht ist für Menschen nicht verlässlich

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

und bringt sowohl kein Vertrauen als auch keine Orientierung.

In einer Gesellschaft, in der eine Zunahme von Entsolidarisierung, Zukunftsvergessenheit und Gleichgültigkeit zu beobachten ist, sollte das Prinzip unseres Handelns Verbindlichkeit statt Beliebigkeit lauten.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Gesellschaft erwartet von der Politik eine Leitidee, die ihr Selbstorientierung gibt. Hierauf sind Sie bisher eine Antwort schuldig geblieben. Sie sind ein Ministerpräsident ohne Visionen. Wenn sich die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer nicht in einem so hohen Umfang ehrenamtlich für dieses Land engagieren würden, ohne dass sie von ihrer Regierung immer ausreichend unterstützt werden, wäre es um unser Land noch viel viel schlechter bestellt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb lassen Sie mich meinen ausdrücklichen Dank an unsere Bevölkerung zum Ausdruck bringen, die sich in herausragender Weise für unser Allgemeinwohl engagiert,

(Zurufe und Heiterkeit bei der SPD)

ohne immer die ausreichende Unterstützung Ihrer Regierung zu erhalten. Beispielsweise wird – das fand ich sehr interessant – die ehrenamtliche Arbeit vor Ort in Kindergärten und Schulen von Ihnen gelobt, aber nicht hinreichend unterstützt. Herr Beck, das ist ein gravierender Fehler.

Ihr kürzlich abgegebenes Bekenntnis zur christlichen Soziallehre – übrigens eine Leitidee, zu der ich mich ausdrücklich bekenne – hat mich ebenso überrascht wie gefreut. Dass dies auch in das neue Grundsatzprogramm der SPD eingebaut werden soll, bezweifle ich, Herr Pörksen.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Mit Ihrem Versprechen, in Rheinland-Pfalz im Regierungsprogramm „SPD pur“ umzusetzen, dürfte dieses Prinzip kaum vereinbar sein.

(Beifall bei der CDU)

Zu meiner christlichen Maxime gehört auch die Verpflichtung des Individuums, Freiheit in bewusster eigener Verantwortung wahrzunehmen. Eine nur technisch und ökonomisch ausgerichtete Politik wie die Ihre, ist im Gegensatz hierzu abzulehnen. Für uns gilt das Subsidiaritätsprinzip, das heißt, dass die individuelle Freiheit und Verantwortung Vorfahrt hat vor staatlicher Hilfe.

(Beifall bei der CDU)

Ihr politisches Angebot hingegen, Herr Beck, produziert Scheinlösungen, die auf Kurzfristigkeit, auf den Einsatz eines allumfassenden omnipotenten Staates hin angelegt sind. In ihrer Wirkung werden Sie einen Bürger ohne Eigeninitiative hinterlassen. Wir haben uns unter Ihrer Verantwortung zu einer Gesellschaft entwickelt, die einen wesentlichen Teil der öffentlichen Haushalte für die Erhaltung des Status quo ausgibt und damit logischerweise keine, beziehungsweise geringe Möglichkeiten hat, Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

In diese Logik passt auch Ihre als SPD-Vorsitzender geforderte Anhebung der steuerlichen Belastung. Wer soziale Verkürzungen mit hohen staatlichen Transferleistungen zementiert, verantwortet die fehlende notwendige Dynamik.

(Beifall bei der CDU)

Dieser überbordende Staat hat nicht nur den eigentlich kreativen Bürger ermüdet, sondern auch einen nicht mehr finanzierbaren Bürokratiemoloch geschaffen.

Klar ist, ein Staat, der immer mehr für sich selbst und nicht für die Menschen ausgibt, zerstört sich bei der Wahrnehmung notwendiger Zukunftsinvestitionen selbst.

(Beifall bei der CDU)

Die Verschuldung des Landes hat mit einem Schuldenberg von fast 28 Milliarden Euro und der damit verbundenen erdrückenden Zinslast für unsere Kinder eine Situation geschaffen, bei der sehr grundsätzlich die Frage zu stellen ist, welche Aufgaben der Staat künftig noch leisten kann, aber auch welche Aufgaben er dabei überhaupt leisten muss. Dazu haben wir von Ihnen nichts gehört.

(Beifall der CDU)

Ihr Staatsverständnis verzichtet bewusst auf Gestaltung und befriedigt ausschließlich Einzelinteressen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dieses Gießkannenprinzip wird künftig nicht mehr funktionieren. Sie müssen Farbe bekennen und Schwerpunkte setzen. Wir werden unsere konstruktiven Vorschläge dagegensetzen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Deshalb ist für uns die Umsetzung des schlanken Staats als Ziel unerlässlich. Die notwendige Rückführung des Staats auf seine Kernaufgaben erfordert auf der anderen Seite ein neues bürgerschaftliches Engagement. Dies ist ein notwendiger Wechsel auf dem Weg hin zu einer modernen Bürgergesellschaft.

Sie aber haben die natürliche Anstrengungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum Erlahmen gebracht und längst die Rolle eines aktivierenden Staats verlassen.

(Heiterkeit bei der SPD –
Fuhr, SPD: Von welchem Land
reden Sie eigentlich?)

Dies ist ein – meine ich – eklatantes Fehlverständnis eines fürsorgenden Staats.

(Schweitzer, SPD: Wer hat Ihnen
denn diese besinnliche
Aussage geschrieben?)

Die notwendige Heilung unseres Gemeinwesens kann nur gelingen, wenn wir wieder die Eigenverantwortung des Einzelnen als etwas Positives begreifen.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Ihr Menschenbild, das den Menschen derart entmündigt, muss erschrecken, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit bei der SPD)

Hier zeigt sich in eklatanter Weise ein Staatsverständnis, das kein Zutrauen in den Bürger hat. Ich lehne die gerade von Ihnen betriebene Bevormundung des Staats ab; denn Gesellschaft braucht Freiheit und nicht Beaufsichtigung.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gehen Sie einmal zu den mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Muss so viel Reglementierung und Bürokratie sein? Ist das Ihre Vorstellung von einer modernen Mittelstandspolitik?

Die von Ihnen zu verantwortende Aufblähung des Staatsapparats läuft dieser Idee zuwider. Dies beweist, dass Sie keinen Masterplan für die Zukunft von Rheinland-Pfalz haben.

Bereits heute machen die Ausgaben für die aktiven und ehemaligen Staatsdiener einen Anteil von 50 % der gesamten Ausgaben des Landes aus.

(Pörksen, SPD: Wer hat die
denn eingestellt?)

Dies wird sich aufgrund der im Jahr 2020 anstehenden großen Pensionierungswelle noch deutlich erhöhen. Deshalb ist eine Verschlinkung der Regierungs- und Verwaltungsstruktur geradezu lebensnotwendig.

Mit der permanenten Aufstockung der Planstellen für Beamte und Angestellte in der Staatskanzlei sowie die Berufung eines weiteren Ministerialdirektors im Innenministerium und einer zusätzlichen Staatssekretärsposition und der damit verbundenen ungewöhnlich hohen Dotierungen konterkarieren Sie Ihr Bekenntnis zum schlanken Staat.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Allein in der Staatskanzlei – man höre und staune – beschäftigen Sie seit 2002 66 % mehr Personal. Dazu passt auch, dass Sie weitere Entscheidungsebenen einführen wollen, frei nach dem Motto: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis.

Sollen runde Tische und Clearingstellen oder Kompetenzzentren der Weisheit letzter Schluss sein und fehlende Ergebnisse in den Ministerien kaschieren? Ist die Struktur der bestehenden Organisationen so ineffizient, dass daneben geschaltet weitere Organisationseinheiten geschaffen werden? Das ist nicht nur völlig unlogisch, das ist dann eher das Bild eines vollschlanken Staats.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mittelstandslotse, Clusterbildung. Wir werden genau prüfen, ob diese Maßnahmen und Instrumente greifen, schließlich war doch schon jetzt alles scheinbar so glänzend organisiert, oder?

(Frau Kohnle-Gros, CDU:
Das ist allerdings wahr!)

War die Mittelstandspolitik in der vergangenen Legislaturperiode von Ihnen noch zur Chefsache erklärt worden, so ist die Delegation auf einen Lotsen ein spürbarer Bedeutungsverlust für diesen wichtigen Wirtschaftszweig.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Hoffentlich heißt es dann nicht in zwei Jahren auch noch: Auch der Lotse geht von Bord.

Dass Sie sich im Übrigen bei den Beamten und Angestellten Ihres Hauses in der Wahlkampf bedankt haben, spricht zwar einerseits für Ihre joviale Art, andererseits lässt dies Schlüsse

auf Ihr seltsames Staatsverständnis zu, bei dem Steuergelder wohl zweckentfremdet wurden.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD –
Ministerpräsident Beck: Das werden
Sie sich überlegen müssen!)

Diese überkommene Haltung, die mich an die Attitüde eines Sonnenkönigs – ich zitiere Sie –: „meine Partei“ – erinnert, bedarf der engmaschigen Kontrolle. Dies werden wir sicherstellen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, Zitat: „Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, müssen wir zulassen, dass sich alles verändert.“ –, so der italienische Schriftsteller Giuseppe Tomasi di Lampedusa in seinem 1958 postum veröffentlichten Roman „Der Leopard“.

(Zurufe von der SPD: Ui!)

– Sie sehen, ich lese.

Wir dürfen also nicht alles so lassen, wie es ist, sondern schon heute den Blick auf das Jahr 2020 richten und darüber hinaus eine Anpassung an unseren Sozialsystemen und -strukturen vornehmen, um den Erhalt der Substanz garantieren zu können; denn nur so ist die Verschuldung des Landes Rheinland-Pfalz, die von 1991 von ca. 12 Milliarden Euro auf heute über 28 Milliarden Euro angestiegen ist, in den Griff zu bekommen.

Der geschaffene Schuldenberg ist eine massive Hypothek für die Zukunft unserer Kinder. Dies werden wir nicht zulassen.

(Beifall der CDU)

„Wir nehmen“, so sagten Sie, „in dieser Legislaturperiode 1 Milliarde Euro in die Hand.“ Besser hätten Sie gesagt „von der Bank“, so haben Sie es wohl auch gemeint.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Licht, CDU –
Pörksen, SPD: Wo nehmen Sie Ihr Geld her?
Machen Sie das selbst?)

Dies vor dem Hintergrund eines nur geringfügigen Bevölkerungswachstums von 3,8 auf 4 Millionen ohne klare Konzeption. Die Pro-Kopf-Verschuldung jedes einzelnen Rheinland-Pfälers ist im gleichen Zeitraum von 3.112 Euro auf nunmehr 6.576 Euro angestiegen.

Die von Ihrer Regierung vorgesehene Nettokreditaufnahme von 1,4 Milliarden Euro würde weit höher ausfallen, wenn Rheinland-Pfalz nicht von den erfolgreichen CDU-regierten Bundesländern im Rahmen des Länderfinanzausgleichs erhebliche Summen überwiesen bekäme.

(Beifall der CDU –
Licht, CDU: So ist das!)

Das heißt, die von Ihnen vorgelegte Bilanz, die Sie als Erfolgsbilanz verkaufen, ist in Wahrheit nur eine geschönte Bilanz.

(Beifall der CDU –
Licht, CDU: So ist das!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gegenwärtige Struktur des Länderfinanzausgleichs führt zu einer fast vollständigen Nivellierung der Finanzkraft eines Landes, sodass die Stärke der unionsgeführten Bundesländer zugunsten von schlecht haushaltenden SPD-Ländern für niemanden sichtbar wird.

(Heiterkeit bei der SPD)

Diese Maske der fehlenden Transparenz ist Ihr Schutz, Herr Ministerpräsident.

(Pörksen, SPD: Das hat Herr Bracht
geschrieben! Das weiß ich!)

Ich fordere Sie daher auf: Fangen Sie an, bei sich selbst im Apparat zu sparen. Die Mittel für Personalausgaben, beispielsweise durch Sprungbeförderungen, und für die Werbung explodieren. Folgen Sie dem Beispiel Niedersachsens. Dort wurden durch Ihren Kollegen Wulff innerhalb von nur zwei Jahren in diesem Bereich 15 Millionen Euro eingespart.

Sie hingegen sparen nicht bei sich selbst, sondern bei Berufsanfängern, die noch eine Familie gründen wollen und schließlich auf jeden Cent angewiesen sind.

(Beifall der CDU)

Nein, bei diesen Vorgaben werden die Besten das Land verlassen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das haben
wir alle schon erlebt!)

Ist das tatsächlich Ihr Bild eines modernen attraktiven Staates, aber noch viel mehr einer modernen Familien- und Arbeitsmarktpolitik?

Auch die Zahlen im Land belegen eindrucksvoll – interessanterweise durch die Korrektur des Statistischen Landesamts nach der Wahl –, dass Sie einen Aufstieg propagieren, den es nicht gibt.

(Beifall bei der CDU –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja! –
Licht, CDU: Ja!)

Zum einen darf dabei nicht verschwiegen werden, dass Rheinland-Pfalz mit 285 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pro 1.000 Einwohner in den Flächenländern den drittletzten Platz belegt, knapp vor Brandenburg, aber noch hinter Mecklenburg-Vorpommern.

Die unionsregierten Nachbarländer Baden-Württemberg nehmen mit 349 und Hessen mit 347 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die beiden ersten Plätze ein.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Es verwundert ebenso nicht, dass auf den ersten neun Plätzen ausschließlich – man höre – unionsregierte Länder zu finden sind. Wo ist denn da Ihr Aufsteigerland, Herr Beck?

(Beifall der CDU)

Die Kurzatmigkeit Ihrer Politik der Baustellen wird weiterhin Probleme produzieren, anstatt sie zu lösen. Ich vermisse von Ihnen einen Entwurf, der die Zukunftsfähigkeit des Gebäudes Rheinland-Pfalz sicherstellt. Sie sind leider kein Architekt für die Zukunft unseres Bundeslandes. Sie sprechen von Intensivierung und Ausbau, ohne näher zu erklären, was dies im Einzelnen konkret sein soll, vor allem, wie dies bezahlt werden soll.

(Pörksen, SPD: Und Ihr seid Handlanger!)

Sind Ihnen Visionen abhanden gekommen?

(Beifall des Abg. Licht, CDU)

Meine Damen und Herren, deutlich wird dies im fehlenden Blick auf unsere Zukunft, die aufgrund der Alterung und des Kindermangels eine gänzlich veränderte Gesellschaft präsentieren wird. Wer heute nicht Zukunftsszenarien für das Jahr 2020 und die Folgejahre entwirft und damit auch keine Zielvorgabe für die Zukunft definiert, wird auch später nicht feststellen können, ob er angekommen ist.

(Beifall der CDU)

Was wir aber brauchen, sind wirklich dringende Antworten auf drängende Probleme. Wenn ich an meine Frau und meine beiden Kinder denke, dann erscheint das Jahr 2020 nicht als ein abstraktes Datum, sondern als ein ganz konkreter Handlungsauftrag. Meine Kinder, aber auch die Kinder der nächsten Generation, werden uns konkret fragen, ob unser heutiger Politikentwurf eine tragfähige Grundlage darstellt. Ich bin mir bewusst, dass ich diese Frage mit gutem Gewissen beantworten werde, bei Ihnen habe ich da meine Zweifel.

(Beifall der CDU)

Der Entwurf muss in die Richtung gehen, dass unsere Kinder die Verantwortung in kommenden Generationen wieder aktiv vorleben können. Dagegen spricht Ihre Schuldenpolitik, die gerade keinen Handlungsspielraum für die nächsten Generationen eröffnet. Dies stellt – so meine ich – keine Solidarität zu unseren Kindern her. Mit Ihrer Politik des „Weiter so“ haben Sie nicht nur Ihr Desinteresse an Rheinland-Pfalz bekundet, sondern auch an den Einwohnerinnen und Einwohnern des Jahres 2050.

(Beifall der CDU)

Wen wundert es vor diesem Hintergrund, dass das Thema „Demografie“ für Sie fast keine Rolle spielt, obwohl genau dieses die zukünftige Politik bestimmen muss?

(Pörksen, SPD: Haben Sie Ihre Rede schon vorher geschrieben?)

Ein Beweis hierfür liegt auch in Ihrer damaligen Ankündigung, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Diesen gibt es bekanntlich bis heute nicht. In Bayern, dem Land, das Sie überholen wollen, ist das klar anders.

(Lelle, CDU: Überholen!)

Sie gefallen sich darin, die demografische Talfahrt als eine Chance zu formulieren. Dies ist leider ein eklatantes Missverständnis. Deutschland ist dasjenige Land, in dem die meisten Bürger zeitlebens ohne Kinder bleiben und das eine der geringsten Geburtenraten der Welt aufweist: Platz 181 von 191 Ländern, gleichzeitig Platz 6 bei den am schnellsten schrumpfenden Ländern.

(Abg. Harald Schweitzer, SPD: Fahren Sie einmal schnell nach Hause!)

– Herr Schweitzer, bei mir ginge das vielleicht noch. Bei Ihnen bin ich mir da jetzt nicht mehr so sicher!

Wichtig ist deshalb für unser Sozialgefüge die Feststellung, dass die niedrige Zahl der nachwachsenden Generation, die für die Lösung der Zukunftsaufgaben zur Verfügung steht, einer wachsenden Zahl an Älteren gegenübersteht, die es zu versorgen gilt. Wo sind Ihre Vorschläge dazu? – Paul Kirchhof hat dies in seinem Domvortrag im Mai 2003 wie folgt beschrieben:

(Heiterkeit bei der SPD)

„Das ist bedrohlich, weil wir in der Kultur und Gesellschaft spüren, dass uns unsere Zukunft verloren geht.“

Nach der Strukturanalyse des Statistischen Landesamtes in Bad Ems sieht die Prognose 2050 einen massiven Bevölkerungsrückgang mit all seinen Folgewirkungen vor. So würden bei einer Fortschreibung der aktuellen Geburtenneigung bis 2050 nur noch drei Millionen Rheinland-Pfälzer in diesem Land leben. Das entspricht einem jährlichen Bevölkerungsverlust von der Größe einer Stadt wie Lahnstein, Germersheim, Alzey oder Mayen. Bei dieser Bestandsaufnahme dürfen wir nicht untätig stehen bleiben, weil sich dies lähmend auswirkt.

Ich will den Menschen Mut machen

(Zuruf der SPD: Man merkt es!)

und bei allem, was wir von ihnen abfordern müssen, einen Weg aufzeigen, wie wir Rheinland-Pfalz zu einem Zukunftsstandort machen.

(Beifall der CDU –
Licht, CDU: Darum geht es!)

Meine Damen und Herren, Verlässlichkeit statt Beliebigkeit bedeutet auch hier, dass alle staatlichen Aktivitäten dem Ziel der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt untergeordnet werden müssen und daher einer intensiven Überprüfung bedürfen. Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb muss Politik in diese Richtung gedacht werden.

Wer sich in den letzten Wochen im ZDF den Dokumentationsfilm über den deutschen Schulalltag angeschaut

hat, der konnte erkennen, dass die allermeisten Schulprobleme der Kinder auf zerrüttete Familienstrukturen zurückzuführen sind. Warum erzähle ich Ihnen das? – Weil es nach meiner festen Überzeugung –

(Heiterkeit der SPD)

– Sie müssen jetzt zuhören! Sie können noch etwas lernen!

– – das Selbstverständnis des Staates berührt. Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann, so der Staatsrechtler Böckenförde. Aber dieser Gedanke muss ergänzt werden durch die Feststellung, dass dieser Staat mit der bewussten Entscheidung für Werte generierende Rahmenbedingungen seine Existenz sichert. An dieser Stelle setzt mein Prinzip an: Verlässlichkeit statt Beliebigkeit.

(Beifall der CDU)

Die Politik darf nicht mehr wie bisher die Vielzahl von zerbrechenden sozialen Beziehungen passiv begleiten. Dies gilt deshalb, weil die Vitalität unserer Gesellschaft bedroht ist. Der Staat als Reparaturbetrieb hat seine Grenzen ohnehin schon längst erreicht. Die von Ihnen eingesetzten Gelder für die mühsame Motivation von Jugendlichen sind immens und fehlen uns für die Qualitätssteigerung unseres Bildungssystems.

Wer nun glaubt, dass angesichts des Bevölkerungsrückgangs auch die Arbeitslosenzahlen sinken werden, den muss ich enttäuschen.

(Pörksen, SPD: Sie haben doch alle enttäuscht!)

Ganz im Gegenteil: Wir werden aufgrund des altersmäßigen Rückgangs der Erwerbspersonen mittelfristig einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften verzeichnen. Diesem wird auch weiterhin eine hohe Anzahl von Arbeitslosen, die nur gering bis gar nicht qualifiziert sind, gegenüberstehen. Wegen fehlender Kinder und geringer wirtschaftlicher Entwicklung in den einzelnen Bundesländern haben sich bereits hunderttausende auf Wanderschaft begeben. Es wird Wachstumsgebiete geben, die von der Binnenmigration profitieren, aber auch Problemregionen.

Wenn ich im Folgenden die Auswirkungen der demografischen Schieflage für unser Bundesland beleuchte, so tue ich dies, weil Sie die Brisanz dieser Thematik scheinbar noch nicht erkannt haben, Herr Beck. Wer wie Sie auf dem Bundesparteitag Ihrer Partei das Thema „Demografie“ bezogen auf die ganze Bundesrepublik und auch in diesem Landtag zum Randthema degradiert, bei dem wissen wir nunmehr, dass er für sein eigenes Land keine Antworten parat hat.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, in der Südwestpfalz erreicht das Bruttoinlandsprodukt rund 11.000 Euro, im Landkreis München sind es 78.000 Euro. Selbst die Lebenserwartung differiert aufgrund ungleicher Lebensverhält-

nisse: Die Frauen im bayrischen Kreis Fürstentfeldbruck leben sieben Jahre länger als in Pirmasens.

Auch in Rheinland-Pfalz werden mit Ihrer Politik Verliererregionen zunehmen und Gewinnerregionen abnehmen, und der Wettbewerb um Bewohner wird sich verschärfen. Aufgrund seiner günstigen Lage ist der Landkreis Trier-Saarburg der einzige, bei dem die Einwohnerzahl zugenommen hat. Auch die Gebiete entlang des Rheins, die unweit wirtschaftlicher Ballungsräume liegen, werden zu den Gewinnerregionen gehören. In den Kreisen Bitburg-Prüm und Daun hingegen, die weiter von dem wirtschaftlich prosperierenden Luxemburg entfernt liegen, hat das Schrumpfen längst begonnen. Neben dem positiven Beispiel Hahn, das mittels Konversion zur Gewinnerregion aufsteigen konnte und den Tourismussektor für unser Land nachhaltig belebt, was wir im Übrigen auch sehr begrüßen, ist Pirmasens eine der Regionen, dessen Bevölkerung seit 1995 um 10 % geschrumpft ist und bis 2020 um weitere 15 % abnehmen wird.

Aber auch das mit schweren Strukturproblemen kämpfende Kaiserslautern, das ebenfalls den Verlust von Truppen zu verkraften hat, kann aufgrund der schwachen Zuwanderung kaum die Sterbeüberschüsse ausgleichen. Ich warte sehr gespannt darauf, inwieweit das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilregionen des Landes weiterhin Beachtung findet, zu der wir ausdrücklich stehen. Oder wird die Landesregierung künftig dem ländlichen Raum allenfalls die Funktion von Ruheräumen zugestehen? Welche Antworten hat sie, um den schleichenden Rückzug notwendiger Dienstleistungen wie die Gesundheitsfürsorge, den Einzelhandel oder die Post aus der Fläche zu verhindern? – Hierzu habe ich von Ihnen nichts gehört.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, generell lässt sich die Wirtschaftsschwäche von Rheinland-Pfalz auch an den Pendlerzahlen ablesen. Unterm Strich verdienen fast 240.000 Menschen aller erwerbstätigen Rheinland-Pfälzer ihr Geld außerhalb des eigenen Bundeslandes. Dies verursacht logischerweise in der Konsequenz auch ein Absinken der Ausbildungsplätze, wenn man wie Sie die Arbeitsplätze nicht in Rheinland-Pfalz schaffen kann. Ihr Motto war einmal: „Wir machen´s einfach“. - Was ist daraus geworden?

Für die Zukunft haben Sie auch nichts in Ihrer Regierungserklärung dazu zu bieten.

(Beifall bei der CDU)

Das Statistische Landesamt in Bad Ems rechnet bis zum Jahr 2020 mit einem deutlichen Bevölkerungsrückgang von derzeit 4 Millionen auf 3,76 Millionen. Niedrige Geburtenraten, ein geringerer Zustrom von Ausländern und Bewohnern aus anderen Bundesländern sind die Ursachen.

Ich wiederhole nochmals, es geht nicht darum, in einem demografischen Schrumpfungsprozess eine Chance zu sehen. Wir reden doch auch nicht von den Chancen einer Rezession oder den Chancen eines Arbeitsplatz-

abbaus. Dieser Entwicklung haben wir entgegenzuwirken und sie nicht noch durch Untätigkeit zu verstärken.

Es bedarf vielmehr aus unserer Sicht deshalb einer aktiven Familienpolitik, die die Entscheidung für Kinder fördert und die finanzielle Belastung abfedert und eine echte Wahlfreiheit für die Familien ermöglicht. Deshalb ist es auch nicht nachvollziehbar, weshalb damals das Landesfamiliengeld abgeschafft wurde. Auch hier fehlen Visionen dieser Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir nicht in die Köpfe und Herzen der rheinland-pfälzischen Kinder und Jugendlichen investieren, dann werden wir im internationalen Wettbewerb drutschen. Das fängt bei kleinen Dingen an. Wir müssen die Eltern genauso in die Pflicht nehmen, damit Eltern sich wieder mehr Zeit für ihre Kinder nehmen. Dies meint nicht nur, diese zu betreuen.

Was Kinder brauchen, hat einmal Pestalozzi mit seinen drei „Z“ beschrieben: Zeit, Zuneigung und Zärtlichkeit. Die emotionale Kompetenz ist die Grundlage für ein gesundes Selbstvertrauen. Diese ist Voraussetzung für Erfolge im Leben, was auch den Umgang mit fremden Kulturen einschließt. Es gibt einen Ort, wo die Kinder stabilisiert werden, das ist vor allem – so steht es schon im Grundgesetz – die Familie.

Es geht eben nicht darum, flächendeckend staatliche Betreuung zu organisieren, sondern die Qualität von Eltern-Kind-Beziehungen zu unterstützen und damit dem Kindeswohl zu dienen.

Dies bedeutet, die wahlfreie Entscheidung der Eltern hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, aber dies nicht ausschließlich staatlich organisieren zu wollen. Auch hier sollte das Subsidiaritätsprinzip greifen.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Deshalb wünsche ich mir beispielsweise – wir werden dafür kämpfen –, dass Rheinland-Pfalz zum Land der Tagesmütter wird. Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot.

Aber dies setzt vor allem eines voraus, nämlich Vertrauen in die Bürger. Ich habe dieses Vertrauen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme nun auf ein drängendes Problem des Landes zu sprechen: Bildung und Wissenschaft.

In Rheinland-Pfalz konterkariert gegenwärtig ein enormer Unterrichtsausfall von 800.000 Unterrichtsstunden pro Jahr die Versuche der von Ihnen geführten Landesregierung, Ganztagschulen und neue Lernmethoden einzuführen.

(Pörksen, SPD: Das habt ihr schon im Wahlkampf gesagt und es hat nichts genutzt!)

Denn wenn Unterricht in diesem Maß ausfällt, erübrigt sich jede weitere bildungspolitische Debatte. Es ist auch kein politischer Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit, dass die Kinder den Unterricht bekommen, den der Lehrplan ausweist.

(Beifall der CDU)

Sie, Herr Beck, weigern sich, obwohl wir es mehrfach im Wahlkampf bekräftigt haben, 800 zusätzliche Lehrer, die schon bei der heutigen Stundenzahl vorhanden sein müssten, einzustellen. Damit nehmen Sie bewusst einen strukturellen Unterrichtsausfall in Kauf.

Was bedeuten eigentlich für Sie Wahlversprechen? Im SPD-Regierungsprogramm 2006 bis 2011 steht: „Bereits seit 1998/99 garantieren alle Grundschulen des Landes verlässliche Unterrichtszeiten für alle Kinder.“

(Frau Raab, SPD: Das ist so! –
Weitere Zurufe von der SPD:
Das stimmt doch!)

Fakt ist: Schulen sind keine Wärmestuben, sondern Bildungseinrichtungen.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

Die Qualität einer Grundschule misst sich immer an ihrem Unterricht. Ich fordere daher nicht nur verlässliche Betreuungszeiten, sondern auch eine verlässliche Unterrichtsgarantie.

(Beifall der CDU)

Ich fordere Sie auch auf, sich hinter die Lehrerinnen und Lehrer zu stellen, die diesen Job erfüllen müssen.

(Beifall der CDU)

Aber es geht noch weiter in Ihrem Wahlprogramm: „Die Sicherung der Unterrichtsversorgung steht an erster Stelle.“

Fakt ist: 800.000 Unterrichtsstunden pro Jahr fallen aus. Gleichzeitig geben Sie für die Renovierung des Innenministeriums 18 Millionen Euro im Jahr aus.

(Heiterkeit und Zurufe bei der SPD –
Harald Schweitzer, SPD:
Jetzt wird es lächerlich!)

Um in fünf Jahren die Unterrichtsgarantie sicherzustellen, bräuchten wir für das Haushaltsjahr 2007 nur 10 Millionen Euro. Ich rechne Ihnen das kurz vor. Hier wäre das Geld besser angelegt.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass nicht das Prinzip Verlässlichkeit, sondern Beliebigkeit greift.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Folgen des Unterrichtsausfalls sind fatal. Das wird auch den Kolle-

gen Pörksen interessieren. Die PISA-Studie hat belegt, dass wir ein besseres Bildungssystem brauchen. Rheinland-Pfalz rutscht in der Disziplin „Lesen“ vom 4. auf den 6. Platz ab, in den „Naturwissenschaften“ vom 5. auf den 8. Platz, in „Mathematik“ vom 6. auf den 10. Platz. Rheinland-Pfalz ist damit Mittelmaß geblieben, im Vergleich zu anderen Bundesländern jedoch sogar zurückgefallen, weil insbesondere die bisherigen PISA-Schlusslichter Bremen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt deutlich aufgeholt haben.

Sie, Herr Beck, möchten ja gern noch erleben, dass Rheinland-Pfalz Bayern überholt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Bayern war schon bei der ersten PISA-Studie Erster, hat diese Spitzenposition noch weiter ausgebaut und gehört im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften zu den Top 5 der Welt.

Auch bei der Lesekompetenz belegt Bayern mit Platz 6 einen internationalen Spitzenrang.

Bayern – das müsste Ihnen zu denken geben – hat ein gegliedertes Schulsystem.

(Beifall der CDU)

Die Bildungsbilanz unseres Landes weist fast 10 % Jugendliche aus – das müsste der verantwortlichen Landesregierung peinlich sein –, die ohne Abschluss von der Schule abgehen. Damit geraten sie unweigerlich direkt in die Arbeitslosigkeit und in die soziale Ausgrenzung.

Die Bedeutung einer guten Bildung für die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen für Sie, Herr Ministerpräsident – im vergangenen Monat auf dem Kongress zum SPD-Grundsatzprogramm von Ihnen dargelegt –, haben Sie uns gezeigt. Dort haben Sie gesagt – ich zitiere –: „Deshalb haben wir uns vorgenommen, den Weg zu einer Bildungsgesellschaft, zum lebenslangen Lernen und zu einem fairen Zugang zu den Bildungschancen in den Mittelpunkt unserer Bemühungen als Sozialdemokratie zu stellen.“

Anscheinend hören diese guten Vorsätze im eigenen Land bei der Finanzierung auf. Sie sehen, ich kontrolliere Sie und werde Sie beim Wort nehmen.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

Wir brauchen nämlich in Rheinland-Pfalz keine ideologische Schulstrukturdebatte auf dem Rücken unserer Kinder und Lehrer. Das in unserem Land gewachsene und bewährte gegliederte Schulsystem liquidieren zu wollen, ist geradezu widersinnig, weil völlig anachronistisch, und zwar deshalb, weil – um es einmal Neudeutsch zu formulieren – diese bildungspolitische Debatte längst out ist.

(Beifall der CDU)

Ich wiederhole es extra noch einmal, die Überlegenheit des gegliederten Schulsystems – vergleichen Sie es mit Bayern – ist evident, und dies schon seit vielen Jahren.

Eine große Anzahl von Untersuchungen hat dies immer wieder neu belegt. Nicht von ungefähr schneiden bei den Schulvergleichsuntersuchungen wie PISA die südlichen Bundesländer mit einem durchgehend differenzierteren gegliederten Schulsystem weit besser ab als die Länder mit einem stärker ausgeprägten Gesamtschulsystem.

(Beifall bei der CDU)

Dies wurde gerade wieder durch die jüngste Vergleichsstudie DESI (Deutsch Englisch Schülerleistungen International) eindrucksvoll bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich es deutlich formulieren. Das von Ihnen avisierte sukzessive Ersetzen von Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen durch Gesamtschulen bedeutet zum einen eine Abschaffung der Wahlfreiheit für die Eltern, ihre Kinder auf die Schule ihrer Wahl zu schicken.

(Zurufe von der SPD)

Aber Wahlfreiheit war schon immer der Feind ideologischer Borniertheit.

(Zurufe von der SPD: O je!)

Apropos Gymnasien: Dass auch Sie endlich zur Einsicht gelangt sind, die Erlangung des Abiturs nach zwölf Jahren zu erwägen, ist nur zu begrüßen. Es hat allerdings zu lange gedauert und schon wieder einen Haken: Es gilt nämlich nur für die Ganztagschulen. Oder steckt hier nur Ihre Absicht dahinter, die Schülerzahl dort künstlich zu erhöhen? Das müssen Sie mir einmal beantworten.

(Beifall der CDU)

Zum anderen schafft die Abschaffung der Wahlfreiheit Gleichmacherei statt begabungsgerechter Leistungsanreize für Schülerinnen und Schüler. Daran ändert auch der Ausbau der Eliteschulen – weil nur für Wenige gedacht – nichts.

Insbesondere bedeutet es weniger Chancengerechtigkeit für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten sowie schlechtere Lernbedingungen bei leistungsschwächeren und leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern.

In diesem Zusammenhang ist interessant, an das „ZEIT“-Interview der früheren SPD Schulministerin Gabriele Behler im Mai 2005 zu erinnern: „So war die deutsche Bildungspolitik in allen Lagern mangels empirischer Fundierungen lange Zeit eine Bildungspolitik im Blindflug, geprägt durch Mythen und Romantizismen“.

Herr Beck, ich schlage vor, dass Sie in einer Ihrer wenigen verbleibenden freien Stunden dieses Fazit noch einmal auf sich wirken lassen, um dann endgültig das Kapitel Gesamtschule zu schließen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns jetzt vielmehr darum kümmern, was in der Schule entscheidend ist, nämlich der Unterricht. Wir müssen uns darum kümmern, dass Schüler mit ihren unterschiedlichen Begabungen ihr Talent zum Erfolg bringen. Die Talente sind unterschiedlich, und die Lernwege sind es auch. Jedes Talent will entdeckt und ausgeschöpft sein. Wir müssen diese Talente entdecken und zutage fördern, was auf den verschiedenen Ebenen in ihnen schlummert. Dies bedeutet, dass die Lehrerinnen und Lehrer eine große Verantwortung haben, Begabungen treffsicher zu erkennen und zu fördern.

Meine Damen und Herren, was den Ausbau der Ganztagschulen anbelangt, so liegt Rheinland-Pfalz gemäß einer aktuellen Länderstatistik der Kultusministerkonferenz bei den Schlusslichtern.

(Zuruf von der SPD)

Diese Statistik zeigt erneut, dass es nicht nur ausreicht, eine Ganztagschule nach der anderen aufzumachen, vielmehr muss durch eine seriöse Umsetzung ein wirklich attraktives Angebot für die Schülerinnen und Schüler ermöglicht werden.

(Beifall der CDU)

Hier lautet das Gebot der Stunde wieder einmal Verlässlichkeit eines qualifizierten Angebots anstatt Quantität und Beliebigkeit.

Wir von der CDU erwarten von der Landesregierung, dass sie die Statistik der Kultusministerkonferenz zum Anlass nimmt, ein attraktives Ganztagsangebot anzubieten; denn es spricht Bände, wenn der Zuspruch zum Ganztagsschulangebot entgegen Ihrer Ausführungen gestern nach kurzer Zeit wieder abbröckelt und die Schülerinnen und Schüler bald wieder abspringen. Wenn wir aber von Qualität an Schulen sprechen, dann sind das in erster Linie die Lehrerinnen und Lehrer, die für eine gute Qualität im Unterricht sorgen müssen. Ich bin sehr dafür, hier die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer beim Prozess der Qualitätsentwicklung mitzunehmen und sie nicht durch von oben oktroyierte und bürokratische Regelungen vor den Kopf stoßen.

Die bei der Einrichtung der Agentur für Qualitätssicherung gezeigte Bastamentalität ist vielleicht der erste Vorbote einer Selbstherrlichkeit der neuen Landesregierung, die wenig Gutes für das politische Klima erahnen lässt. Zur Qualitätssicherung der Leistungen an Schulen gehört zweifellos die Schüler-Lehrer-Relation. Hier bildet Rheinland-Pfalz das absolute Schlusslicht im Vergleich aller Bundesländer. Ich nenne Beispiele: Auf eine Lehrkraft kommen so viele Schüler: Sekundarstufe I ohne Gymnasien 17,7 Schüler – letzter Platz, Sekundarstufe I an Gymnasien 19,6 Schüler – letzter Platz, berufsbildende Schulen 41,6 Schüler – letzter Platz.

Unsere bildungspolitische Maxime lautet: Rheinland-Pfalz muss Bildungsland Nummer 1 werden.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Daher darf kein Unterricht mehr ausfallen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellen Sie sich hinter die Lehrerinnen und Lehrer. Lassen Sie diese nicht im Stich.

(Beifall der CDU)

Herr Beck, garantieren Sie auch, dass die Schüler überhaupt unterrichtet werden? Dabei wird der Ansatz, die Grundschulen auch in der Fläche zu erhalten, mit Ihren Worten „kurze Beine, kurze Wege“ von uns unterstützt. Die Übernahme dieses Konzepts von der hessischen Kultusministerin Karin Wolff zeigt gerade, dass auch Sie lernfähig sind, Herr Beck, und sich guten Unionskonzeptionen nicht verschließen.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens und das Vertrauen in den Staat erleben die Schüler mitunter das erste Mal in der eigenen Schulzeit. Hier ist es nicht nur für die Zukunftschancen der Schüler wichtig, sondern auch für ihr grundlegendes Verständnis des Gemeinwesens, dass sie nicht das Gefühl haben, dass ihr Schicksal der Politik egal ist.

Wenn Unterricht monatelang ausfällt, der Putz von der Decke bröckelt und kein Geld mehr für elementare Unterrichtsmaterialien vorhanden ist, schrumpft das Vertrauen der Schüler in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Politik. Gerade das Vertrauen unserer Schüler, im Übrigen auch dasjenige der Eltern und Lehrer, schwindet dann, wenn wir uns die Lernsituationen in hiesigen Brennpunktschulen anschauen. Hier gibt es Klassen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Dies gefährdet den Lernerfolg aller Schüler und zeigt die Ineffizienz von staatlichem Mitteleinsatz. Beispielhaft nenne ich hier die Goethe-Hauptschule in Mainz, Ausländeranteil 80 %, maximal nur ansatzweise Deutschkenntnisse, hohe Kriminalitätsrate.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Das ist unglaublich!)

Dazu gehört die permanente Überforderung der Lehrer.

– Ich gebe Ihnen nachher das Zitat.

(Pörksen, SPD: Sie bedanken sich
für Ihre Äußerungen! Sie
sind begeistert, wenn
Sie das hören!)

Das zeigt aber auch in besonderer Weise, wie Landespolitik den bildungspolitischen Auftrag Bildung durch Konzeptionslosigkeit und Passivität gefährdet, wenn Sie, wie dies hier leider geschieht, untätig bleiben. Das heißt, wer Entwicklungen wie diese als politisch Verantwortliche über viele Jahre nur beobachtet und seinen Gestaltungsauftrag nicht aktiv wahrnimmt, lässt zu, dass die

Bildungsbemühungen fehlschlagen und hohe Folgekosten für die Reparatur vonnöten sind.

Auch hier gilt unser Prinzip, vorausschauende Politik vermeidet die Kosten für Reparatur. An diesem Beispiel zeigt sich, wer ewig der Idee der multikulturellen Gesellschaft das Wort redet, muss sich über die Herausbildung einer Parallelgesellschaft mit ihrer fehlenden Bereitschaft, die deutsche Sprache zu lernen, nicht wundern.

(Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

In diesen Kontext gehört Ihr bewusster Verzicht auf ein klares Integrationskonzept mit klaren Regeln auch für die Schule. Die Schule steht in der Gefahr, als Ort für Auseinandersetzung politisch ungelöster Fragen zu werden, anstatt sich auf den Bildungsauftrag konzentrieren zu können.

Im Übrigen belegt das auch der jüngste Kopftuchstreit. Heute ist es eine Praktikantin, morgen ausgebildete Lehrkräfte. Dies ist der erste Schritt hin zu Lehrerinnen an rheinland-pfälzischen Schulen, die ein Symbol in die Schulen hineinragen, dessen Sinngehalt weit über religiöse Inhalte hinausgeht.

(Beifall der CDU)

Das Kopftuch transportiert ein Menschenbild, das den Eindruck vermitteln kann, im Widerspruch zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu stehen. Wer Beamter werden will und Schulkinder im Sinne unserer Verfassung ausbilden soll, der muss auf ein solches Kopftuch in der Schule verzichten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

In der Schule darf es nicht einmal den Anschein einer Haltung geben, die die Gleichberechtigung von Frauen anzweifelt.

Das Fehlen eines eindeutigen Integrationskonzepts hat natürlich Konsequenzen. Fast 10 % aller Jugendlichen verlassen die Schule ohne Schulabschluss. 25 % aller ABC-Schützen haben erhebliche Sprachdefizite. 40.000 Kinder leben in Armut. Deswegen fordern wir, die Landesregierung muss garantieren, dass diese Zahlen gesenkt und auf ein erträgliches Maß gebracht werden. Es muss ein besseres Sprachtraining in der Vorschule erfolgen. Es muss die Vermittlung sozialer Fertigkeiten durch die fördernde Grundschule erfolgen. Der Kindergarten muss gebühren- und beitragsfrei gehalten werden.

(Hartloff, SPD: Alles der Staat!)

Herr Ministerpräsident, das soll nicht in einzelnen Schritten, sondern gleich erfolgen.

(Beifall der CDU)

Herr Hartloff, das sind unsere Schwerpunkte.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Bereich der Wissenschaft. Hier lassen Sie mich etwas Grundsätzli-

ches feststellen. An deutschen Hochschulen ist mittels der Exzellenzinitiative, die zehn Universitäten mit jeweils 21 Millionen Euro fördert, Wettbewerb und damit Bewegung eingekehrt. Es war ein Irrtum zu glauben, dass an deutschen Universitäten nur das Mittelmaß zu Hause ist. Befreit vom Korsett ihrer staatlich verordneten Gleichheit präsentieren die Universitäten mittlerweile selbstbewusst bereits vorhandene Spitzenwissenschaft und Quellen über von Ideen, wie sie besser, leistungsfähiger, internationaler und elitfähiger werden wollen. Von Rheinland-Pfalz wollen wir hier besser gar nicht sprechen. Diese SPD-Landesregierung scheint es nicht zu berühren, dass unsere Hochschulen keine Rolle spielen. Dabei hätten sie das Zeug dazu, ganz vorn mit dabei zu sein.

Die Politik muss auch hier den Weg der Verlässlichkeit statt Beliebigkeit gehen. Sie darf nicht mehr Wissenschaft per Gießkanne fördern, sondern muss in die Grundlagenforschung investieren. Wettbewerb und Auswahl müssen eine feste Richtschnur werden. Die Universitäten müssen Freiheit und eigenständige Budgets bekommen. Visionen haben sie selbst. So erfreulich die angekündigten Mehrausgaben sind, so kompensieren sie zunächst nur die Versäumnisse der vergangenen Jahre.

(Licht, CDU: Nicht einmal das!)

Die extrem schwierige Finanzlage der Universitäten und Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz macht es den Hochschulen fast unmöglich, bei Ausstattung und Personal sowohl auf die Herausforderungen der Zukunft zu reagieren als auch übliche Verwaltungsabläufe in angemessener Zeit abzuwickeln und andere Hochschulen in Deutschland einzuholen. Das Geld fehlt an allen Ecken und Enden. Überfüllte Hörsäle, eine sich stetig verschlechternde Relation des Zahlenverhältnisses zwischen Lehrenden und Lernenden sowie eine Verschlechterung der Sachmittelausstattung an den Universitäten bestimmen tagtäglich die Wirklichkeit an unseren Hochschulen, wie dies auch der Mainzer Präsident Michaelis unlängst mitteilte.

Noch in bester Erinnerung sind mir Beispiele von rheinland-pfälzischen Hochschulen, an denen in den Winterferien die Heizungsanlagen abgeschaltet worden sind oder Toilettenpapier rationalisiert worden ist oder Aufzüge abgeschaltet worden sind, um auch jede nur minimale Chance auf Einsparungen seitens der Hochschulen zu nutzen.

(Zurufe und Heiterkeit bei der SPD)

– Ich danke Ihnen. Herr Ramsauer, es heißt natürlich „rationiert“.

(Pörksen, SPD: Ich biete meine Zeitung an!)

Verantwortlich für diese Entwicklung – – –

(Zuruf von der SPD)

– Herr Ramsauer, ich kenne Sie noch aus Ihrer Ludwigshafener Zeit. Ich wäre da jetzt etwas vorsichtig, sonst müsste ich dazu auch noch etwas sagen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Das ist zwar zutreffend, wenn der Hochschulminister der Auffassung ist, dass im Zuge des von ihm angestrebten Vorteilsausgleichs für Studierende aus anderen Bundesländern, die hier in Rheinland-Pfalz ihr Erststudium gebührenfrei absolvieren wollen, auch andere Bundesländer in die Verantwortung genommen werden sollen. Doch diese finanzieren die Hochschulausgaben von Rheinland-Pfalz über den Länderfinanzausgleich sowie so schon mit. In unserem Nachbarland Baden-Württemberg betragen die Bildungsausgaben je Studierenden im Jahr 2002 8.500 Euro, in Rheinland-Pfalz 6.100 Euro.

Weiterhin leistet sich Baden-Württemberg je Einwohner Ausgaben für die Hochschulen von 211 Euro, Rheinland-Pfalz von 129 Euro. Rheinland-Pfalz steht mit dieser Zahl gemeinsam mit Brandenburg – ja wo? – am Tabellenende. Das ändert sich auch nicht durch Ihre jetzt vorgesehene Finanzinitiative, weil dieser leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Angesichts dieser Rahmenbedingungen zolle ich unseren Hochschullehrern hohen Respekt, dass sie angesichts knapper Finanzmittel das Bestmögliche aus den rheinland-pfälzischen Hochschulen machen.

(Beifall der CDU)

Aber unsere Hochschullehrer und unsere Studierenden haben bessere Rahmenbedingungen verdient. Wir haben im Rahmen des Landtagswahlkampfes mehr Autonomie für die Hochschulen gefordert. Wir wollen ganz im Sinn der Subsidiarität die Hochschulen vom Gängelband staatlicher Vorgaben lösen und ihnen den notwendigen Raum geben, ihre Aufgaben selbstverantwortlich wahrnehmen zu können.

Meine Damen und Herren, deshalb setzen wir auf größtmögliche Personalautonomie, Finanzautonomie und Organisationsautonomie.

(Hartloff, SPD: Mit oder ohne Studiengebühren?)

Diese entbinden den Staat aber nicht von seiner Verantwortung für die Hochschulen. Ich bin sehr darauf gespannt, wie die rheinland-pfälzische Landesregierung die von ihr angekündigte Autonomie für die Hochschulen in der Praxis umzusetzen gedenkt, und vor allen Dingen, wie die Finanzierung dieser Herausforderungen aussehen wird. Wenn ihre so genannte Erfolgsbilanz nur annähernd realistischer Natur wäre, so hätte doch sicherlich eine rheinland-pfälzische Hochschule die Chance haben müssen, von der Exzellenzinitiative profitieren zu können. Herr Beck, dies zu erreichen, muss unbedingt auf Ihrer Agenda stehen und sollte Sie bei einem Ihrer nächsten Flüge von und nach Berlin auch begleiten.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser dritter Schwerpunkt ist und bleibt die Innere Sicherheit, bei der es erhebliche Defizite im Land gibt.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Kommen denn jetzt die zehn Minuten mit den eigenen Ideen?)

Zwar behauptet die SPD in einer Werbebroschüre von 2006, das Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, nimmt stetig ab. Fakt ist, das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, erhöhte sich deutlich, allein 2001 um 14 %. Entgegen dem Bundestrend stieg seit 1993 die Kriminalität im Land um fast ein Drittel auf 300.000 Straftaten pro Jahr an.

(Pörksen, SPD: Das sind die „Hörter“-Zahlen! Die kennen wir schon!)

Seit 1997 ist die Zahl der Straftaten an rheinland-pfälzischen Schulen um 165 % angewachsen. Seit 1993 ist die Rauschgiftkriminalität um über 300 % angestiegen. Ebenfalls im gleichen Zeitraum ist die Drogenkriminalität um das Dreifache angestiegen. Seit 1991 hat sich die Gewaltkriminalität nahezu verdoppelt.

Eines der dringendsten Probleme bei der Kriminalitätsbekämpfung ist die niedrige Polizeidichte. Wolfgang Deny, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Pirmasens und Zweibrücken, sagte am 9. Juli 2003 dem „Trierischen Volksfreund“: „In Rheinland-Pfalz arbeiten etwa 8.000 Polizisten“. – Ich weiß, das ist eine alte Zahl. Es ist jetzt wesentlich weniger.

(Harald Schweitzer, SPD: Das war zu Eurer Zeit!)

„Wir benötigen nach unserer Ansicht aber mindestens 1.000 mehr“, ohne dass er wusste, dass die WM kommt.

Die „Rhein-Zeitung“ schreibt dazu knapp drei Jahre später am 21. März 2006: „Trotz überdurchschnittlich ansteigender Kriminalität wurde die Polizeistärke nach einem Höchststand von 9.500 Beamten im Jahr 1996 kontinuierlich auf rund 8.800 Ordnungshüter zurückgefahren.“

Fakt ist also, Rheinland-Pfalz hat die niedrigste Polizeidichte aller Bundesländer.

(Pörksen, SPD: Das ist nicht wahr! Was Sie da erzählen, das stimmt nicht! Baden-Württemberg ist schlechter, und Niedersachsen ist schlechter!)

Die Folgen sind 1,3 Millionen Überstunden. 7.300 Haftbefehle sind nicht vollstreckt. Die Polizei kommt immer später zum Einsatzort.

Die SPD hat darauf zaghaft reagiert und sagt für das Jahr 2006 zu, die Polizei zu verstärken. „2006“ – ich zitiere – „kommen effektive 160 Beamtinnen und Beamte dazu, und 2007 bis 2009 wird der Polizeidienst nochmals um 220 Beamtinnen und Beamte verstärkt.“

Auch diese Zahlen – das wissen Sie – sind geschönt. Im Übrigen sind es wieder andere als gestern in der Regierungserklärung. Herr Ministerpräsident, was gilt denn jetzt? Sie müssen uns irgendwann einmal sagen, wo Sie mit welchen Mitteln hin wollen.

(Starker Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Nach den eigenen Berechnungen Ihrer Landesregierung liegt die Zahl der zusätzlichen Beamten nämlich tatsächlich nur bei 125, nicht bei 160. Deswegen fordern wir Sie hier auf: Schaffen Sie mehr Sicherheit durch mehr Polizeibeamte! Wenden Sie Gesetze strikter an! – Die Menschen in diesem Land haben ein Sicherheitsbedürfnis.

(Harald Schweitzer, SPD: Ich auch!)

Gerade im Vorfeld der Landtagswahl 2006 hat „Focus“ eine Gruppenumfrage gestartet. Insbesondere die über 50-Jährigen fühlen sich in unserem Land nicht mehr sicher.

(Pörksen, SPD: Deswegen haben sie uns gewählt! Witzbold!)

Sorgen Sie für die einheitlichen Verfahrensweisen zur Einbürgerung in Rheinland-Pfalz.

Herr Beck, der gesamte Charakter Ihrer gestrigen Regierungserklärung – das möchte ich nicht unerwähnt lassen – ist geprägt von einer Politik der bloßen Ankündigungen. Dies verwundert vor dem Hintergrund Ihrer Regierungsverantwortung in den letzten elf Jahren. Oder war die FDP der Hemmschuh als Koalitionspartner? Warum haben Sie das alles nicht schon längst in Angriff genommen? Projekte, denen Sie sich jahrelang verweigert haben – wie neue Lehrer und Polizisten –, kündigen Sie nunmehr als Offenbarung an. Ich freue mich deshalb, dass Sie in Ihrer Erklärung geständig sind, Versäumtes nachholen zu wollen.

(Beifall der CDU)

Wir werden dabei auch darauf achten, dass die Zusage der Anwendung des Konnexitätsprinzips, die uns sehr entzückt hat, wie im Übrigen von uns immer gefordert, auch endlich eingelöst wird.

(Pörksen, SPD: Aber wir haben es eingeführt!)

– Herr Pörksen, Sie haben es auf dem Papier eingeführt, und in der Praxis ist es nicht umgesetzt.

(Pörksen, SPD: Sie haben doch dagegen gestimmt!)

Sie müssen aufpassen, das kommt heute live im Fernsehen. Das könnte jemand hören, was Sie hier sagen.

(Pörksen, SPD: Das macht nichts!)

Ihre Aussage, die Selbstständigkeit der Gemeinden zu erhalten – – –

(Harald Schweitzer, SPD: Ach schade!
Machen Sie ruhig weiter! –
Weitere Zurufe von der SPD)

– Jetzt beruhigen Sie sich, ich bin gleich am Ende.

Ihre Aussage, die Selbstständigkeit der Gemeinden zu erhalten, begrüßen wir ausdrücklich. Wir nehmen Ihr Angebot für eine Aufgabenüberprüfung in den kommunalen Ebenen an. Verwunderlich ist dabei die Zeitschiene, die Sie vorgeben. Bis 2014 ist die Zeitvorgabe mehr

als mager. In Niedersachsen wurde die Reform zwischen 2003 und 2005 auf einmal umgesetzt.

Vermisst habe ich im Übrigen eine klare Aussage zum dringendsten Problem des Mittelstands, nämlich der finanziellen Unterstützung auf dem Kreditsektor. Schließlich gab es in Rheinland-Pfalz im Jahr 2005 die meisten Insolvenzen in der ganzen Bundesrepublik zu verzeichnen. Hier müssten Sie einmal konkret werden und zielgerichtet helfen.

Und was soll die Technologieoffensive sein? Das müssten Sie uns schon einmal konkret erklären, was aber aufgrund der Unkonkretheit der ganzen Regierungserklärung eigentlich auch nicht verwundert.

Unsere Forderungen an Sie sind deshalb:

– Vorfahrt für Arbeit

(Ministerpräsident Beck: Das ist jetzt alles konkret! Jetzt wird es konkret!)

– Zukunftsfähige nachhaltige Familienpolitik.

– Rheinland-Pfalz muss das Bildungsland Nummer eins werden.

– Sicheres Land Rheinland-Pfalz.

– Ein überzeugendes Integrationskonzept mit deutscher Sprache als Schlüssel.

(Ministerpräsident Beck:
Und schönes Wetter! –
Heiterkeit)

– Nein, Herr Ministerpräsident, das mit dem schönen Wetter stand in Ihrer Regierungserklärung.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und CDU)

Das habe ich genau nachgelesen. Da würde ich Sie gern aus der letzten Seite zitieren. Sie nehmen mir die Worte aus dem Mund. Mir ist das auch eingefallen, als ich Ihren letzten Abspann gelesen habe.

(Zurufe von der SPD)

Schönes Wetter und vielleicht noch den Satz dazu: Es sollte nur nachts regnen, wenn unsere Kinder schlafen. Das kam mir bei Ihrer Rede so in den Sinn.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

– Die Konsolidierung des Haushalts hat für uns eine oberste Priorität.

– Herr Ministerpräsident, die Verschlinkung der Verwaltung haben Sie originär selbst in der Hand.

– Eine konsequente Gesetzesfolgenabschätzung in der Zukunft zur Vermeidung überflüssiger oder überflüssig gewordener Gesetze.

Wir werden als kraftvolle Opposition Ideen für ein zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz vorgeben. Wir werden einen Masterplan entwickeln. Wir fordern die Realisierung unserer Ideen ein.

Herr Beck, Sie sind mehr denn je auf kritische Köpfe angewiesen, die Ihnen die Stichworte liefern und Sie in die Pflicht nehmen, in Ihrer beschränkten Zeit eine seriöse, für alle Bürger Gewinn bringende Politik für Rheinland-Pfalz umzusetzen.

Wir von der CDU-Landtagsfraktion fordern dies von Ihnen ein und werden unseren Beitrag dazu leisten. Wir stehen auf der Seite unserer Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer für die gemeinsame Entwicklung eines zukunftsgerichteten Rheinland-Pfalz. Folgen Sie uns auf diesem Weg, dann sind Sie auf dem richtigen, Herr Ministerpräsident.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir mit der Sitzung fortfahren – Herr Licht, das hat mir so viel Sympathie eingetragen –, begrüße ich Landfrauen aus Linz-Land und Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Karl-Fries-Schule in Bendorf. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Hartloff hat das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verlässlichkeit statt Beliebigkeit: Herr Baldauf, galt das für den Applaus, den Sie für Ihre Rede erhalten haben?– Sie haben zu Anfang Ihrer Rede Herrn Ministerpräsidenten Beck angegriffen, weil er zwischenzeitlich Bundesvorsitzender der SPD ist.

(Baldauf, CDU: Nein!)

Sie haben in einem Interview geäußert, dass Sie ein Bewunderer von Helmut Kohl sind. Sie haben offensichtlich vergessen, dass Ministerpräsident Kohl Bundesvorsitzender der CDU war, für seine Region und das Land erfolgreich war und im Bund einiges bewirkt hat.

(Frau Spurzem, SPD: Das ist schon lange her! –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Vielleicht müssen Sie ab und zu Ihre Erinnerung auffrischen,

(Pörksen, SPD: Das machen wir!)

wenn Sie über Verlässlichkeit statt Beliebigkeit sprechen. Vielleicht sollten Sie nicht Beliebigkeit zur Maxime

Ihrer Rede machen; denn ich habe überlegt: Was wollte er uns eigentlich sagen?

(Beifall und Heiterkeit der SPD)

Was wollte er mit der großen Prämisse vom schlanken Staat aufzeigen, von dem, der nicht eingreift. Danach höre ich ein Sammelsurium von Forderungen, was mehr zu machen ist, was der Staat an Personal mehr einstellen soll: bei den Lehrern, bei den Polizisten, in vielen anderen Bereichen.

(Licht, CDU: Nennen Sie die vielen anderen Bereiche einmal!)

Es kommen zwei Gegenbeispiele: Die Staatskanzlei, die angeblich aufgebläht sei, und eine Neueinstellung einer Staatssekretärin. Das sind die Gegenbeispiele. Das sind die Ergebnisse des großen Rechners, oder ist es das Ergebnis des Rechners Bracht?

Meine Damen und Herren, da haben Sie sich verrechnet.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Also nicht eine Politik der Schlagworte zählt, sondern in Rheinland-Pfalz zählt Verlässlichkeit.

(Beifall der SPD –
Ramsauer, SPD: So ist das!)

Das zählt für diese Regierung, die sich dadurch auszeichnet, dass sie vielleicht nicht immer so spektakulär handelt, wie es Medien wünschen – wo man sich auf die Schenkel klopft –, sondern in großer Kontinuität mit den richtigen Ideen, mit den Ideen, die die Bevölkerung auch bei Wahlen honoriert, an der Weiterentwicklung unseres Landes arbeitet.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Die SPD ist als eindeutiger Sieger aus der Wahl hervorgegangen: ein Landesanteil an Stimmen von 45,6 % – ich kann es Ihnen nicht ersparen –, noch einmal um 0,9 % gestiegen – historisch der größte Wahlsieg.

(Baldauf, CDU: Ich habe 46,7!)

– Sie haben 46. Soll ich Ihnen sagen, wie viel ich habe? Da müssen Sie noch ein paar drauflegen, da müssen Sie kämpfen.

(Beifall der SPD)

Schauen Sie einmal in die Statistiken, junger Mann. Die CDU hat das schlechteste Wahlergebnis bei einer rheinland-pfälzischen Landtagswahl.

Ich zitiere aus einem Schreiben meines früheren Kollegen Karl Walter Müller. Karl Walter Müller ist am 4. Mai 75 Jahre alt geworden. Er war in der 11. bis zur 13. Wahlperiode Mitglied des Landtags. Er schreibt mir als Dank für ein Glückwunschsreiben: „Lieber Jochen, herzlichen Dank für deine Gratulation und die guten

Wünsche zu meinem 75. Geburtstag. Als ich 1971 ein Mandat für den Landtag erreichte, hatte die SPD 38 Sitze und die CDU 53. 2006 hat sich dieses Ergebnis exakt umgekehrt und damit eine absolute Mehrheit für die SPD gebracht. Ich unterstütze das und hoffe, dass es so bleibt.“

(Beifall der SPD)

Nun: Ältere Kollegen irren sich manchmal. Als ordentlicher Parlamentarier habe ich nachgeschaut, wie damals die Verhältnisse waren. In der Tat hatte die CDU 53 Sitze. Die SPD hatte allerdings damals auch schon 44. Es ist auch gut, dass Ältere nicht immer Recht haben. Aber so ein aufmunterndes Schreiben bekommt einem natürlich gut.

(Ramsauer, SPD: Wir haben schon 54 gehabt!)

Meine Damen und Herren, die Welt hat sich geändert. Ich darf den Rekurs auf Ihre Rede machen, zu dem, was Sie von Ihrem Familienbild erzählt haben. Ist an Ihnen vorbeigegangen, dass sich die Welt geändert hat? Wollen Sie dahin zurück?

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Brauchen wir in einem kleinen Land nicht heutige Antworten auf heutige Fragen?

(Pörksen, SPD: Wie wahr! –
Bracht, CDU: Wenn Sie zugehört hätten!)

Das waren nicht die Antworten, die uns Herr Kollege Baldauf gegeben hat.

Meine Damen und Herren, das waren sie nicht.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Es stimmt, das Interesse daran, zur Landtagswahl zu gehen, war noch nie so gering wie beim letzten Mal. Es ist gar keine Frage, dass uns das alle bedenklich stimmen muss. Das ist Aufforderung für uns, gegen Politikverdrossenheit anzutreten und aufzuzeigen, dass wir uns für die Gemeinschaft einsetzen.

(Zuruf der Abg. Frau Schmidt, CDU)

– Frau Schmidt, ich will gar nicht vertiefen, was Einigkeit oder Uneinigkeit bedeutet – auch für Wahlen. Das muss nicht sein. Das vertiefe ich jetzt nicht.

Sie sind zu Beginn Ihrer Rede auf absolute Mehrheiten eingegangen. Später haben Sie das gelobte Land Bayern erwähnt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es geht nichts über Stringenz der Argumentation, Herr Baldauf.

(Beifall der SPD)

Seien Sie gewiss: Wir bleiben mit den Füßen auf dem Boden, weil wir in der Kommunalpolitik verankert sind,

weil wir bei den Menschen sind und weil sich rheinland-pfälzische Politik der SPD dadurch auszeichnet, dass wir sie mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gestalten, aber nicht gegen sie.

(Beifall bei der SPD)

Von dieser Stelle aus spreche ich meinen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der FDP für die gute Zusammenarbeit in der Koalition aus. Die Zusammenarbeit war vertrauensbildend und fair. Wir haben gemeinsam für dieses Land eine ganze Menge erreicht. Hierfür danke ich als parlamentarischer Geschäftsführer, der ich fünf Jahre lang sein durfte. Lieber Werner Kuhn, das war jeweils eine vernünftige Zusammenarbeit. Ich bedauere es fast ein wenig, dass Herr Kollege Eymael nun das Vergnügen hat, eines der schönsten parlamentarischen Ämter, die es gibt, wahrzunehmen. Ich hoffe auch jetzt auf eine gute Zusammenarbeit, Herr Kollege.

(Beifall der SPD)

In diesem Zusammenhang wende ich mich auch an Herrn Kollegen Böhr. Herr Kollege Böhr, ich zolle Ihnen Respekt für den Rücktritt, den Sie unmittelbar nach der Wahlniederlage vollzogen haben. Wenn ich mich an Ihre Reden als Oppositionsführer erinnere – – –

(Zuruf von der SPD: Ja! –
Ramsauer, SPD: Das waren noch Qualitäten! –
Beifall bei der SPD)

Ich möchte Dank sagen, dass wir bei den Dingen, die das Parlament insgesamt betroffen haben, als Parlamentarier vernünftig miteinander arbeiten konnten und für die Anliegen, die uns Demokraten gemeinsam sind, immer Einigkeit in diesem Parlament erzielt werden konnte. Hierzu gehört Givat Haviva, die Partnerschaft mit Ruanda und vieles mehr. Herr Kollege Baldauf, ich hoffe, dass wir das auch in der Zukunft so machen können. Vielen Dank, Herr Böhr.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich noch ein wenig auf die Wahl zurückschauen und sagen: Wir sind gewählt worden, weil sich unser Land einen Titel errungen hat. Nicht über jeden Titel ist man in jeder Nuance erfreut. Wenn er denn in der Zeitung steht, die so viel Rot in ihrem Outfit hat – – –

(Schweitzer, SPD: Aber nicht rot ist!)

– Herr Kollege Schweitzer, das war ein zutreffender Zwischenruf. Wenn also in der „BILD“-Zeitung steht, Rheinland-Pfalz sei der große Aufsteiger, dann wissen wir selbstverständlich,

(Weiner, CDU: Dass nicht alles stimmt,
was in der Zeitung steht! –
Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

dass das nicht überall so ist. Im Gegensatz zu Herrn Kollegen Baldauf, der gegenüber einer Zeitung gesagt hat, er habe keine Zweifel, bin ich ein Mensch, der sehr wohl weiß, dass man Zweifel haben muss, um den richtigen Weg und eine richtige Gestaltung finden zu kön-

nen. Wenn man diese Zweifel aber nicht hätte – – – Furchtbar sind die, die nur selbstgewiss sind.

(Beifall der SPD)

In der Regierungserklärung findet sich ein gutes Motto, das durchgängig gilt: Wir lamentieren nicht, sondern wir handeln. Wenn wir etwas diskutiert haben und wenn wir von etwas überzeugt sind, dann handeln wir unter einer langfristigen Perspektive und verlässlich für die Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich in einer Wunde bohren, weil es für Sie eine Wunde ist, weil Sie gern das Land mies machen und weil Sie die Zustände so beschreiben, als ob wir in einer ganz anderen Hemisphäre leben würden, aber nicht in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der SPD)

Beim Wirtschaftswachstum belegt unser Land einen hervorragenden zweiten Platz. Wir sind Exportweltmeister unter den Flächenländern.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Die BASF!)

Die Arbeitslosenquote, die natürlich immer noch viel zu hoch ist, ist bei uns niedriger als in den allermeisten anderen Bundesländern. Rheinland-Pfalz liegt im Ländervergleich an drittbesten Stelle. Die Zahlen, die heute vorgelegt werden, zeigen, dass die Arbeitslosigkeit deutlich gegenüber dem Vorjahr gesunken ist, nämlich auf 8 % im Landesdurchschnitt. Das sind 0,8 % weniger als im Vorjahresmonat. Das ist ein deutliches Ergebnis und ein Zeichen für eine konjunkturelle Belebung, die im Übrigen alle Wirtschaftsverbände sehen.

Die Investitionsquote in diesem Land ist überdurchschnittlich. Experten bescheinigen uns, unsere Verkehrsinfrastruktur sei überdurchschnittlich gut ausgebaut.

Bei der Kinderbetreuung – dazu werden Sie noch öfter etwas in meiner Rede hören – liegen wir an der Spitze aller westdeutschen Bundesländer. In der „Süddeutschen Zeitung“ ist in einem Kommentar zur Regierungserklärung zu lesen: „Luxus für Eltern.“ Von Herrn Baldauf habe ich vorhin etwas ganz anderes gehört.

(Pörksen, SPD: Er hat die Zeitung heute noch nicht gelesen!)

– Wahrscheinlich hat er noch keine Zeitung gelesen, oder er nimmt nicht wahr, was im Lande stattfindet.

(Schweitzer, SPD: Er liest eine andere Zeitung!)

Ich könnte auch etwas zu den Spitzenplätzen bei der Inneren Sicherheit sagen. Das sieht anders aus, als Sie es uns schon jahrelang vorhalten. Ich will Sie nicht langweilen mit der Aufzählung dieser Spitzenplätze.

(Licht, CDU: Dann würden Sie auch etwas zur Verschuldung sagen!)

– Ich werde nachher noch etwas zur Verschuldung sagen. Damit habe ich überhaupt kein Problem; denn wir haben einen realistischen Blick.

(Licht, CDU: Auch zu den Spitzenplätzen! –
Ministerpräsident Beck: Stimmt überhaupt nicht!
Das ist eine Lüge! Ich werde es Ihnen nachher erzählen!)

In der Ausgabe des „Mannheimer Morgen“ vom 10. März ist nachzulesen, dass Herr Böhr auf die Frage, welche Fehler die Regierung Beck eigentlich gemacht habe, geantwortet hat: „Eigentlich keine.“

(Beifall der SPD –
Zuruf von der SPD: Gute Antwort!)

So vermessen wäre ich noch nicht einmal als Führer der regierungstragenden Fraktion. Natürlich passieren einmal Fehler. Wer viel macht, macht auch einmal kleinere Fehler. Aber die Linien stimmen. Diese werden wir natürlich fortsetzen; denn die Erfolge, die wir in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen haben, sind Erfolge, die wir zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern, mit der Wirtschaft und mit den Ehrenamtlichen erzielen konnten, und zwar in einem zunehmenden Wettbewerb in der Welt, in einer Konkurrenz mit den anderen Bundesländern, der wir uns selbstbewusst stellen. Diese Konkurrenz konnten wir in der Vergangenheit gut meistern. Wir konnten als aufsteigendes Bundesland mit dabei sein. Das werden wir auch fortsetzen. Das findet sich auch in der Regierungserklärung, die wir von Herrn Ministerpräsident Beck gestern gehört haben.

Nun zu dem schlanken Staat. Soll ich Ihnen etwa Ihre Wahlkampfforderungen vorhalten, wie viele hunderte von Millionen an Mehrausgaben dieser Staat schultern solle, und zwar ohne Einsparvorschläge? Bei den Haushaltsberatungen haben Sie aber immer gesagt: Wir sollten alle Mittel des aktivierenden Arbeitsmarkts streichen.– Auch darüber werde ich gleich sprechen. Das sind Ihre Vorschläge.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, Sie haben Ihre Wahlniederlage folgendermaßen kommentiert: „Es ist offensichtlich nicht gelungen, die richtigen Themen den Menschen zu vermitteln.“ Dies ist in der „Rhein-Zeitung“ vom 3. Mai 2006 nachzulesen.

Ja, da haben Sie Recht. Wenn ich sehe, wie Herr Kollege Hörter vor einigen Monaten hier Asylbewerber gegen Deutsche ausgespielt hat, ist das tatsächlich nicht das richtige Thema, mit dem man Wahlen gewinnt.

(Beifall der SPD)

Ich bleibe dabei, Ihr Auftritt am 15. Februar dieses Jahres – genau an dieser Stelle in diesem Haus – war peinlich für dieses Haus. Nicht das Spalten der Gesellschaft bringt uns vorwärts, sondern das Miteinander in einer Gesellschaft bringt uns vorwärts. Dazu gehören Migrantinnen und Migranten, die man in ihrer Menschenwürde auf der Basis unseres Grundgesetzes achten muss. Da brauchen wir gar keine neuen Regelungen. Dann kön-

nen wir die mitnehmen. Ja, das ist die Basis und nicht Ihre vermeintliche Interpretation zum Kopftuch, bei dem Sie einen Popanz aufbauen, an dem Sie sich abarbeiten können. Ich sehe schon den Versuch, den Sie wagen. Glauben Sie nicht, dass wir nicht dagegenhalten werden.

(Beifall der SPD)

Die CDU-Fraktion hat einen neuen Vorsitzenden und eine neue Führungsriege.

(Baldauf, CDU: Die SPD auch!)

Wie lange der Burgfrieden halten mag, mag dahingestellt bleiben. Herr Baldauf, Sie selbst offenbarten uns einen tiefen Einblick in Ihre Mannschaftsaufstellung: Auf 30 Mitglieder können Sie sich verlassen, sechs rudern in die andere Richtung – ich schaue gerade, wo die rudern –

(Heiterkeit bei der SPD)

und zwei schlafen. Herr Baldauf, unsere Aufstellung steht: 53 Kolleginnen und Kollegen

(Zurufe von der SPD: Plus eins!)

stehen hinter der Regierung und tragen die Regierung als sozialdemokratische Fraktion. Der Fraktionsvorsitzende freut sich über jegliche Unterstützung, auch wenn es manchmal ein schwarzes Schäflein sein mag.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass die Landesregierung einen neuen Aufbruch in Angriff nehmen will. Also nicht ein „Weiter so“. Ich weiß sehr wohl zeitungslesend, dass man kommentiert hat, da ist sehr viel Kontinuität drin. Ist es denn etwas Schlechtes, wenn man Kontinuität aus einer Spitzenposition heraus weiter ausbauen mag? Ich halte das für gut. In der Regierungserklärung sind neue Aufbrüche enthalten. Ich weiß, dass manche Kritik kam, so zum Beispiel von der IHK, weil man etwas anders zugeordnet hat. Der Verbraucherschutz ist gebündelt und die Energiepolitik ist anders gesetzt worden. Es gibt Kontinuitäten, wie wir unser Haus der Bildung weiter aufbauen werden als das Zukunftsthema, um das es geht. Da ist Aufbruch drin. Da stimmt der Satz „Wir lamentieren nicht, sondern wir handeln“. Die Regierung ruht sich nicht aus.

(Zuruf des Abg. Ernst, CDU)

– Herr Kollege Ernst, Sie wollen in den Tanzkurs gehen. Das Publikum sieht das leider nicht. Die Pirouetten müssen Sie am Pult drehen. Keine Frage, wir werden uns dann darüber amüsieren.

(Zuruf des Abg. Ernst, CDU)

Nehmen wir also die Zukunft ins Visier, die Zukunft für unsere Kinder. Herr Kollege Baldauf, da bin ich mit Ihnen einig, auch wenn ich Ihre Ausführungen zur Demografie und zur Frage, wie die Regierung das ernst

nimmt, wie sich Gesellschaft verändert, in keiner Weise teilen kann.

(Zuruf des Abg. Ernst, CDU)

Ich darf nur einmal kurz anmerken, dass im Jahr 2030, wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe – ich bete keine Statistiken herunter, da das ohnehin kein Mensch behält –, Rheinland-Pfalz wieder bei der Bevölkerungszahl liegen wird, die Rheinland-Pfalz hatte, als wir vor 15 Jahren angefangen haben, dieses Land zu regieren. Konnte man hier leben? Kann man hier leben? Ich werde zur Demografie nachher noch ein paar Sätze sagen. Bauen wir aber auch da keinen Popanz auf.

Die Gesellschaft wird sich verändern, wir werden uns dem stellen und werden das bewältigen. Es wird auch dann Spaß machen, in dieser Gesellschaft in Rheinland-Pfalz zu wohnen und zu leben, weil wir die richtigen Weichenstellungen getroffen haben.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich zu den Finanzen etwas einfließen lassen: Schon im Jahr 2005 hatten wir die geringsten Steigerungen der Ausgaben im Ländervergleich bei einem hohen Verschuldungsniveau aller Bundesländer, des Bundes und der Kommunen.

Jetzt gibt es die Apologeten eines schlanken Staats, die das fordern und die es sogar fertig bringen, in der gleichen Rede einen schlanken Staat zu fordern und dann zu sagen, wir geben das und das und das aus. Natürlich aktivieren wir Bürgerinnen und Bürger. Wir stellen uns aber auch der Diskussion, was denn des Staates ist. Des Staates ist die Bildung. Deshalb wollen wir Bildung von frühen Kindesbeinen an bis zu einem gebührenfreien Studium. Wir haben da nicht gespart. Ihr Musterland Niedersachsen, das Sie genannt haben, hat aus dem Wissenschaftsbereich locker 100 Millionen Euro in den vergangenen Jahren herausgezogen.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Ja, jetzt schnell weg mit Niedersachsen.

(Baldauf, CDU: Ich gebe Ihnen meine Rede!)

– Ja, da können wir gern nachsehen.

Das will man nicht gern hören. 100 Millionen Euro haben die aus der Bildung herausgezogen. Wir haben die Bildung kontinuierlich gestärkt. Es ist gerade das Jubiläum „60 Jahre Universität Mainz“ gefeiert worden. Das war die erste Universität in Rheinland-Pfalz, die nach dem Krieg gegründet wurde. Es gab eine zweite Welle in den 60er- und 70er-Jahren. Bernhard Vogel und „Schorsch“ Gölter haben sich da Verdienste erworben. Das ist gar keine Frage. Es gab eine dritte Welle im Zusammenhang mit der Konversion, indem wir Fachhochschulen in diesem Land gegründet haben, die die Infrastruktur dieses Landes nicht nur in den Zentren, sondern auch in der Fläche erheblich verändert haben und die Impulse setzen werden für wirtschaftliches Wachstum in Rheinland-Pfalz, für Bildung bei den Menschen. Zu uns nach Rheinland-Pfalz kommen mehr Menschen zum Studie-

ren hinein als in das Musterland Bayern, in dem für die Landeskinder noch nicht einmal genügend Studienplätze vorhanden sind.

(Beifall der SPD)

Ich will auch überhaupt nicht dem ausweichen, dass wir bei den Berufsanfängern die Einstufung herunternehmen – nicht bei den niedrigen Eingruppierungen, aber bei den höheren –, um auch in diesem Bereich ein Stück zu sparen. Was wäre aber die Alternative? Die Alternative wäre die, dass wir weniger junge Leute einstellen können. Das wäre die Alternative.

(Pörksen, SPD: Weniger Polizisten!)

Im Übrigen habe ich von Ihnen nicht gehört, wo die anderen Sparvorschläge sind. Es heißt, nicht lamentieren, sondern handeln. Wir stellen uns auch schwierigen Entscheidungen, und das ist wirklich eine schwierige Entscheidung.

Wenn Sie über die Landesgrenzen hinwegsehen, können Sie sehen, was andere Länder machen, in denen keine Weihnachts- und Urlaubsgelder gezahlt werden, in denen andere Einschnitte vorgenommen werden, oder wie in Sachsen-Anhalt, wo jährlich 2.000 Leute entlassen werden. Es ist doch nicht so, als ob wir hier auf einer Insel der Glückseligen leben und bar jeder anderen haushaltsmäßigen Vernunft handeln könnten.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Puchtler wird sich danach in einer weiteren Rede dem Thema noch einmal ausführlicher widmen und Ihnen da einiges aufzeigen, was für die Finanzpolitik im Land maßgeblich ist.

In der Politik ist viel von Leuchttürmen die Rede. Die Landesregierung will unser Land selbst zu einem Leuchtturm machen: zu einem Leuchtturm der wirtschaftlichen Prosperität, zu einem Leuchtturm für junge Familien und zu einem Leuchtturm, was die Chancen des uns betreffenden demografischen Wandels angeht.

Herr Ministerpräsident, Grundlage hierfür ist das Regierungsprogramm 2006 bis 2011 der SPD Rheinland-Pfalz. Ihre Regierungserklärung beweist, dass ein Gemeinwesen trotz knapper Mittel handlungsfähig sein und eindeutige politische Akzente setzen kann. Das, was wir vor der Wahl versprochen haben, werden wir mit dem Regierungsprogramm auch halten. Das ist Verlässlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich auf drei Bereiche der Regierungserklärung näher eingehen. Das sind die Themen „Bildung“, „Wirtschaft“ und „Bürgergesellschaft“. Natürlich kann man nicht alles streifen, wenn man zu einer Regierungserklärung spricht, zum Beispiel was im Land wichtig ist und wo sich kleine Dinge bewegen.

Ganz zentral ist die Bildung. Die Bildung ist der Grundstein für all das, was wir an Zukunft gewinnen können

und wollen. Hier gilt der alte Satz, dass das Bessere der Feind des Guten ist. Wir können und werden immer etwas verbessern.

Wir haben diese Akzente gesetzt und teilweise schon gesetzlich beschlossen. Wir werden weitere Gesetze, wie dies in der Regierungserklärung angekündigt ist, auch umsetzen. Bildung ist das wichtigste Gut, das wir jungen Menschen mit auf den Weg geben können. Sie sichert die individuelle Entfaltung, die gesellschaftliche Teilhabe und die demokratische Mitwirkung. Sie ist auch notwendig, dass wir uns wirtschaftlich in einer Konkurrenzwelt behaupten können. Für uns Sozialdemokraten ist die Chancengleichheit ein unverrückbarer Bestandteil der Bildungspolitik.

Herr Baldauf, wenn Sie das gelobte Land Bayern und die PISA-Studie erwähnt haben, dann ist genau da das Hauptmanko, das uns die PISA-Studie aufzeigt, nämlich dass es in unserer Gesellschaft – das gilt extrem für Bayern – nicht gelungen ist, die Chancengleichheit zu verwirklichen, sondern der soziale Ausgangspunkt eines Menschen und Kindes nach wie vor sehr bestimmend dafür ist, wie die Chancen im Leben später verteilt sind. Das müssen und werden wir ändern. Dafür haben wir die richtigen Ansätze.

(Beifall der SPD)

Das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ setzt schon jetzt Maßstäbe in der Bundesrepublik.

Herr Ministerpräsident, die SPD-Landtagsfraktion wird sie bei der geplanten Beitragsfreistellung des Kindergartens bis 2010 unterstützen.

Die CDU sagte lapidar, dass das sofort geschehen muss. Sagen Sie mir die Finanzierung! Geben Sie uns das Geld! Dann werden wir es sogar tun. Das, was Sie behaupten, ist unseriös, weil Sie das nicht gegenfinanzieren können.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Schon im Kindergarten wird der Grundstein für eine gute Schulbildung gelegt. Defizite in diesen frühen Entwicklungsjahren können nur schwer wieder aufgeholt werden. Das sagt uns die Hirn- und Entwicklungsforschung. Das wissen wir auch aus der Sprachforschung und und und.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Man kann es sich auch nicht schönreden, dass die Familienverhältnisse wieder so heil wären, wie wir uns sie vielleicht manchmal träumen und wie sie im Übrigen nie gewesen sind,

(Pörksen, SPD: So ist es!)

und zwar auch nicht im 18. Jahrhundert, 19. Jahrhundert und 20. Jahrhundert. Es gibt so genannte heile Familien. Sie als Rechtsanwalt, der wie ich auch im Beruf ist, wissen aus dem Blick hinter die Kulisse mancher heilen

Familie, wie mancher Riss da drin sein kann. Bewahre uns vor der Selbstgerechtigkeit, ein Bild aufzuzeigen, das nicht möglich ist. Familien brauchen Hilfen und Stärkungen. Den meisten gelingt es, ohne diese Hilfen aufzuwachsen. Es ist aber Aufgabe des Staats, sich um diese Hilfen zu kümmern, und zwar ganz intensiv.

(Beifall der SPD)

Die Eltern können frei entscheiden, ob ihre Kinder in den Kindergarten gehen oder nicht. Es soll jedoch nicht am Geldbeutel der Eltern hängen, dass Kinder nicht in den Kindergarten gehen können.

Der beitragsfreie Kindergarten dient auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist insoweit auch ein Beitrag zur Emanzipation der Frau. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Ländern Norwegen, Schweden und Finnland diskutieren diese Fragen nicht unter dem Begriff der Familie, sondern unter der Emanzipation der Frau und der Gleichberechtigung. Das ist etwas, was im Grundgesetz steht und immer noch nicht hinreichend verwirklicht ist.

Wenn ich mir die Sozialsysteme dieser Länder anschau, sind sie in vielen Bereichen vorbildlich. Wir können davon lernen und uns weiterentwickeln. Allerdings setzt es einen anderen gesellschaftlichen „Common Sense“ voraus, wie Gemeinschaft funktioniert. Das ist ein sozialdemokratisches Ziel, wohin wir uns entwickeln können, wenn schon vom Mangel an Visionen geredet wird. Das ist eine.

(Beifall der SPD)

Am Rand sei erwähnt, dass in der Regierungserklärung die Zahlen weiterer Lehrerstellen genannt wurden, die in den vergangenen Jahren geschaffen wurden. Ich wiederhole sie einmal: zusätzlich 240 im Jahr 2007 und 220 im Jahr 2008.

Seppel Keller hat das, was Sie zum Unterrichtsausfall gesagt haben, immer überzeugender vorgetragen. Es war aber nicht richtiger.

(Beifall der SPD)

Wir haben eine Unterrichtsversorgung von etwa 98 %. Das gelobte Land Hessen, das das versprochen hat, hat einen Unterrichtsausfall, der fast um das Doppelte höher ist. Ich weiß, dass wir bei den berufsbildenden Schulen Engpässe haben. Wir müssen uns bundesweit nach wie vor verbessern.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Ich weiß, dass sich der Kollege Baldauf den Kollegen Rüttgers zum Vorbild genommen hat. Wie könnte ich mit einem Feuerzeugelchen einen Schulkampf in Rheinland-Pfalz entfachen, damit ich darüber vielleicht meine Mehrheit erreiche, die Ruderer überzeuge und die Schlafenden wecke?

(Heiterkeit bei der SPD –
Ramsauer, SPD: Das wird
aber nicht gelingen!)

Schauen Sie einmal, was Herr Rüttgers in Nordrhein-Westfalen mit seinen vollmundigen Versprechungen gelungen ist! Dieser hat noch nicht einmal die Quoten erreicht, die wir haben. Das ist Wahlkampfgeklingel, sonst nichts.

Schminken Sie sich ab, dass wir in der Bildungsfrage in die Ideologiegräben zurückgingen, die in den 70er-Jahren gebuddelt worden sind und wo der eine auf einem großen Transparent die Ganztagschule und der andere die Gesamtschule vorgetragen hat! Dann haben sich die Bildungspolitiker quer durch die Reihen erschossen, wer das Gelbe vom Ei gefunden hat und was am Besten ist. Keine Sorge. In Rheinland-Pfalz werden Sie keinen Gegner im Schützengraben finden.

Wir machen Verschiedenes, um ein System anzubieten, das nachgefragt ist. Ihre lieben CDU-Kollegen Verbandsbürgermeister und Stadtbürgermeister haben eine rege Nachfrage nach den Sachen, die wir neu machen und denen Sie immer erst zehn Jahre nach deren Einführung zustimmen.

(Beifall der SPD)

Natürlich ist in der Regierungserklärung angekündigt, dass Veränderungs- und Weiterentwicklungsbedarf im Schulbereich besteht. Wer würde ihn angesichts der Studien und demografischer Veränderungen leugnen? Wir brauchen Kooperation und Weiterentwicklung und müssen schauen, wie wir lebenslanges Lernen von klein auf bis groß organisieren.

Das Motto „Kurze Beine – kurze Wege“ für die Grundschulen ist etwas, was uns kommunalpolitisch dient und das wir teilweise nur dort umsetzen können, wo man in Kooperationen arbeitet.

Wenn ich zu der Kollegin Schmidt schaue, weiß ich, dass der Landkreis halb so groß wie das Saarland ist und man die Schulen nicht konzentrieren kann. Man kann vielleicht in einem Schulbus unterrichten. Das sollte man aber nicht tun. Man muss realisieren, dass wir hier die Struktur nach wie vor wohnortnah gestalten müssen.

Lassen Sie mich auf die Ganztagschule zu sprechen kommen. Andere Bundesländer blicken mit neidischen Augen auf uns. Sie haben die Studien, die die einfachen Vergleichsdaten enthalten, vielleicht gelesen. Ich habe eher das Gefühl, Sie haben das Resümee und nicht die Antwort der Regierung darauf gelesen. Noch viel weniger haben Sie sich mit dem Thema befasst.

Die Ganztagschule sieht in Rheinland-Pfalz anders aus, als es in diesen Prüfmaßstäben nachgefragt wurde. Hierbei handelt es sich nicht um eine Betreuung am Nachmittag, sondern um Schule. Dies dient den Kindern, den Eltern und der Bildung.

(Beifall der SPD)

Wir werden zu den 360 Ganztagschulen in den nächsten fünf Jahren 200 weitere schaffen. Wir sind damit in der Bundesrepublik Spitze.

(Beifall der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das ist ein sinnvolles Konzept. Ob Sie es hören wollen oder nicht, Sie müssen es sich anhören. Das Bundesland Rheinland-Pfalz hat diese Lawine in Deutschland zum Rollen gebracht. Ohne das Bundesland Rheinland-Pfalz hätte Bundeskanzler Schröder nicht das Programm aufgelegt.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

– Der hat es mit Geld gemacht. Der Kofferträger aus Ludwigshafen hat das gerade gesagt. Vertiefen wir nicht das Thema mit dem Geld.

Wissen Sie, es ist doch so, ideologisch streiten wir dagegen, dass der Bund Geld dazugibt. Haben wir nicht allüberall das Geld gern in die Investitionen und für die Einrichtung von Schulen eingestellt und damit etwas Sinnvolles für unser Land, für unsere Kinder, für unsere Schulen getan?

(Beifall bei der SPD)

Einer der Leuchttürme des Landes Rheinland-Pfalz ist der Bildungsbereich. Martin Luther hat einmal gesagt: „Wenn die Schulen zunehmen, dann steht's wohl im Land.“ Luther hätte wohl seine Freude an unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

In unserer reichen Gesellschaft ist es tatsächlich ein Skandal, dass es Kinder gibt, die aus finanziellen Gründen nicht mit anderen Kindern zu Mittag essen können. Deshalb ist der Sozialfonds, den die Regierung angekündigt hat, mit einer Million bestückt, dass Kinder nicht beim Mittagessen ausgeschlossen sind. Das ist eine vernünftige Sache, eine klasse Sache und eine sozialdemokratische Herzensangelegenheit.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für die Erhöhung der Mittel für die Lernmittelfreiheit. Wenn wir diese ab 2007 um 50 % aufstocken, immerhin ein Betrag von 4,4 Millionen Euro pro Jahr, dann unterstützt das gezielt schwächere soziale Familien. Auch das hilft dem Bildungsbereich. Letztlich ist der freie Zugang zur Hochschule ein von Sozialdemokraten hart erkämpfter Bestandteil der Chancengleichheit.

Ich weiß, dass unser früherer Koalitionspartner andere Vorstellungen von Studiengebühren hat und vor Rückfall in die Kleinstaaterei warnt. Zunächst muss man einmal sagen: Wer fängt denn mit der Kleinstaaterei an, wenn er Studiengebühren einführt und Hürden einsetzt, und das immer davon ausgehend, dass in Deutschland ein Stipendiensystem existieren würde, das auf einem amerikanischen Niveau bei Universitäten, die Milliardenvermögen haben, oder einem australischen Niveau, das wir

gar nicht haben? Es führt zur verstärkten Selektion, wenn wir Studiengebühren einführen. Deshalb sind wir dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Bildung ist ein Bestandteil von Lebenschancen. Wenn natürlich so viele Studenten aus anderen Ländern kommen, müssen wir uns davor schützen. Das stimmt, weil wir es nicht komplett auf dem Rücken der hiesigen Studenten machen können. Wir verstärken die Mittel für die Universitäten, und wir schaffen neue Studienplätze, auch das asynchron zu vielem Abbau in anderen Ländern.

Ein Investitionsvolumen von 330 Millionen Euro im Hochschulbau und die Zusage des Ministerpräsidenten, dass er dafür steht, dass es fortgeführt wird, unabhängig davon wie die Veränderung im Föderalismus sein möge, ist ein Garant, dass man trotz schwieriger Verhältnisse an den Universitäten – da gilt mein Dank an Jürgen Zöllner –, trotz schwieriger Verhältnisse dort eine beträchtliche Weiterentwicklung zum Wohl und zum Nutzen der Studentinnen und Studenten hat.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich auf die Wirtschaft eingehen. Wirtschaft ist das zentrale Thema; denn nur mit dem, was wir erarbeiten, was wir erwirtschaften, lässt sich die Gesellschaft gestalten. Stimmt dieser Satz? Dieser Satz stimmt eigentlich heute nicht ganz so, weil es so ist, dass man mit Vermögen leichter und mehr Geld verdient als durch Arbeit und durch Wirtschaften. Das ist ein gesellschaftliches Problem.

(Billen, CDU: Deshalb hat Rheinland-Pfalz sein Vermögen verkauft!)

Wir müssen sehen, wie man in der Globalisierung damit umgehen kann. Das wollen wir gar nicht ausklammern. Wir sind nicht in Rheinland-Pfalz auf der beschriebenen einsamen Insel, sondern in einem globalisierten Weltsystem geht es darum, dass wir uns durch gute Rahmenbedingungen in der Konkurrenz behaupten können. Für manche Bereiche des Sozialen, des Arbeitens, der Konkurrenz von Wirtschaft müssen wir viel stärker daran arbeiten, dass wir in Europa die Systeme so harmonisieren, dass wir einen großen Binnenmarkt haben. Als Exportweltmeister zeigen unsere Unternehmen, dass sie in der Welt konkurrenzfähig sind. Sie müssen es auch verstärkt im eigenen Land zeigen. Es werden weitere gewaltige Umstrukturierungen auf unser Handeln zukommen, auf die Wirtschaft, auf die Landwirtschaft. Das ist im Gang. Nur durch Qualität, durch Innovation, durch neue Ideen, durch leichte Genehmigungen, durch verkürzte Wege können wir das machen.

Ja, ich bin an Ihrer Seite: Bürokratieabbau ist nach wie vor notwendig, aber der von Ihnen belächelte Lotse ist vielleicht manchmal hilfreich, weil ein kleinerer Mittelständler gar nicht das Potenzial in seinem eigenen Betrieb hat, sich überall zu kümmern. Auch das, was an notwendigen Regelungen vorhanden ist – sei es aus Umweltschutz- oder Verbraucherschutzgründen –, kann man nicht mit einem Federstrich wegbringen. Hier haben

die mittelständischen Unternehmen in der Landesregierung in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft einen verlässlichen und guten Partner, der neue Impulse setzt. Das, was Sie als Finanzierungsnotwendigkeiten gesehen haben – das Sparkassenwesen ist natürlich zu erhalten und auszubauen, weil es gerade den Mittelstand, die kleinen Unternehmen genauso wie die Genossenschaftsbanken unterstützt –, müssen wir weiter erhalten und dürfen es nicht untergehen lassen.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist nirgends in Deutschland so stark gestiegen wie hier. Mit einer Erwerbstätigenquote von 68 % besetzen wir den drittbesten Platz im Ländervergleich.

Herr Kollege Baldauf, Sie haben wieder die Platte aufgelegt, die der „Schorsch“ Gölter schon geliebt hat, mit den Arbeitsplätzen über dem Rhein.

(Zurufe von der CDU)

Das ist auch gut so. Wir befinden uns in einem Balungszentrum, aber diese Platte ist doch Schellack. Das ist doch eine alte Platte.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Ich habe auf etwas Neues von Ihnen in diesem Bereich gehofft. Das kam leider nicht. Sie mögen die alten Schellackplatten von „Schorsch“ Gölter abspielen, aber die Originalaussprache war dann immer noch besser als der Schellack auf Ihrer Platte.

(Beifall bei der SPD)

Ob Wirtschaft blüht oder stagniert, ist von verschiedensten Rahmenbedingungen abhängig. Ich will die gar nicht alle aufzählen. Nur ein Teil kann Politik überhaupt beeinflussen. Dazu stehen wir, dass wir beeinflussen, dass wir Einfluss nehmen. Konversion ist ein Erfolgsbeispiel aus Rheinland-Pfalz, nicht nur am Hahn, sondern in vielen anderen Regionen. Wo standen Sie da eigentlich immer am Anfang? Sie können sich positionieren. Insbesondere wenn der Erfolg vorhanden ist, applaudiert man gern, dass weiß ich. Wenn es dann nicht so ist, dann ist es schwieriger.

Wir haben die Energiepolitik neu geordnet. Energiepolitik ist in der Tat ein Schlüssel für künftige Generationen, wie wir uns als hoch industrialisiertes Land in der Welt bewegen. Ein kleines Land wie Rheinland-Pfalz kann sicherlich nicht die Weltmärkte der Energie beeinflussen.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, CDU)

– Das ist ein unheimlich wichtiger Fakt in diesem Zusammenhang, Frau Kollegin Schmitt. Ich nehme ihn zur Kenntnis. Vielen Dank!

Lassen Sie mich zurückkommen auf den Gedanken, dass Energiepolitik so wichtig ist. Wir werden die Weltmarktpreise nicht beeinflussen, aber in dem Wettbewerb darum, wer vorn ist, wenn man mit neuen Ideen, neuen Energien vom Öl, vom Gas nachhaltig wekommt, müssen wir vorn sein. Davon profitiert unsere Industrie. Die hohen Preise, so beklagenswert sie für die

Haushalte, für diejenigen, die heizen müssen, und für diejenigen, die wirtschaften, sind, sind eine Chance, dass wir andere Energien entwickeln. Wir verteuern dabei nicht wie Sie die Windenergie fast ideologisch. Dort wo es geht, sollte man es tun. Dort wo es nicht geht, sollte man es besser lassen. Das sollten die kommunalen Politiker auch entscheiden. Aber wir haben keine Ideologie dabei wie Sie.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nur die Ideologie, dass ein Energieumschwung notwendig ist und nicht Atomenergie oder fossile, endliche Brennstoffe weiter zukunftsweisend sind, sondern sie sind rückwärts gekehrt und führen uns nicht nach vorn. Wir haben Potenziale für die Landwirtschaft, bei Biogas, bei anderen Sachen, bei der Verbrennung nachwachsender Rohstoffe, im Solarbereich.

Im Übrigen auch Mittel, um den Kommunen Geld – – –

(Billen, CDU: War das jetzt ein Appell gegen die Besteuerung von Biodiesel?)

– Auch da sage ich Ihnen, die kann nur in dem Maß erfolgen und sinnvoll sein – überhaupt kein Thema, ich weiß mich einig mit unserer Umweltministerin Margit Conrad –, wie es wirtschaftlich nicht schädlich ist, dass sich das entwickelt.

(Billen, CDU: Wie hoch?)

Da sind wir einig. Da sind wir gar nicht weit entfernt. Darüber wird die große Koalition in Berlin sprechen. Alle beide sind wir dabei, aber über die Zielrichtung sind wir uns einig, Herr Kollege Billen.

Ich will auch sagen, dieses Potenzial, ob Geothermie oder anderes, werden wir fördern, weil es Zukunft gewinnt für unsere Wirtschaft und weil es uns weltweit in eine Position bringt, die uns unabhängig von bisherigen Primärenergien macht und Innovation bedeutet. Deshalb hoffen wir, arbeiten wir und investieren wir in diesen Bereich.

(Beifall der SPD)

Dass eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur wichtig ist – ich sehe Frau Thomas auf der Tribüne; den alten Kampf brauchen wir nicht zu kämpfen, aber ich bedaure es fast von der Qualität der Debatte her – – –

(Beifall der SPD)

Verkehrsinfrastruktur: Wir kämpfen auch dafür in Berlin, dass die Regionalisierungsmittel nicht zu stark gekürzt werden, weil wir daran ein Interesse haben. Ich hoffe, wir sind uns einig, weil wir in Berlin die Regierung tragen, auch wenn wir um Kürzungen nicht herumkommen, Herr Kollege Baldauf.

Aber es wird bei den Schwerpunkten, die in der Regierungserklärung dargelegt sind, bleiben. Das gilt für die Verkehrsprojekte „Straße“ genauso wie für die Verkehrsprojekte „Schiene“.

Mit der Investitionsmilliarde sind die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen, sodass wir weitere Arbeitsplätze sichern können und auch unsere Struktur im Land zukunftsfähig bleibt.

Sie sehen, wir wollen die Weichen so stellen, dass unser Land seinen erfolgreichen Weg fortsetzen kann. Unser Ziel ist es, dass wir weiter Aufsteigerland in Deutschland bleiben und uns auch in Europa bewähren werden.

Es ist aber so, dass bei allem Aufschwung die Arbeitslosigkeit Sorge machen muss, weil sie dauerhaft ist, weil es noch nicht gelungen ist, hier einen Durchbruch zu schaffen, dass von dem Sockel etwas vergeht.

Es ist zunehmend so, dass wenig qualifizierte Menschen, Menschen aus einem Hintergrund von Migrationsfamilien, die nicht die Bildungschancen hatten, außen vor bleiben. Deshalb bekennen wir uns zu Programmen des Landes begleitend, wie man Hilfestellungen für diese Menschen gibt: „6000 plus für Jung und Alt“ und andere Maßnahmen sind ein Zeichen hierfür.

Es wird eine der größten Herausforderungen – sie ist es – des Arbeitsmarkts sein, wie wir es auch bei einem Wirtschaftswachstum, bei einem prosperierenden Staat hinbekommen, dass wir diese Menschen mitnehmen. Dafür muss auch der Staat Geld in die Hand nehmen oder Kombilohnmodelle und anderes testen.

Deshalb bin ich dankbar dafür, dass die Regierungserklärung hier Akzente setzt. Frau Kollegin Grosse wird sich des Themas nachher noch annehmen. Das gilt auch für die aktuelle Ausbildungssituation.

Ich will überhaupt nicht verhehlen, dass die Situation um ALG II und Hartz IV – was für schiefe Namen für existenzielle Transferleistungen – einen natürlich mit Sorge umtreiben muss.

Die Leistungen betreffen die Würde des Menschen. Sollte man wirklich so technokratische Abkürzungen dafür benutzen?

In der Diskussion wird derzeit immer mehr davon ausgegangen, dass die Zahl der Inanspruchnehmer schon zurückgehen wird, wenn die Leistungen nur noch kräftiger heruntergefahren werden. Führen wir uns vor Augen, welches Menschenbild diesem Schluss zugrunde liegt.

Die meisten Bezieher von solchen Leistungen sind scheinbar faul. Man müsse nur die Höhe staatlicher Leistungen senken, dann kümmern sich die Menschen schon um Arbeit. Hier wird Ursache und Wirkung vertauscht.

(Beifall der SPD)

Der allergrößte Teil der Arbeitslosen arbeitet nur nicht, weil er keine Arbeit findet, nicht weil er keine Arbeit will. Das sollte Grundlage all unserer Überlegungen zu diesem Thema sein.

Dass Gesetze in diesem Bereich verändert werden müssen, weil sie Missbrauch ermöglichen und dadurch

große Summen fehlgeleitet werden, will ich überhaupt nicht verhehlen. Das ist eine Frage des Handwerks an Politik. Da sind wir gefordert.

Ich will auch aus persönlicher Anschauung sagen, das, was wir uns bei der Umgestaltung der Bundesagentur vorgenommen haben, ist eine schwierige Aufgabe. Ich habe viel Verständnis dafür, dass eine so große Verwaltung umstrukturiert werden muss, wobei ich manchmal mit dem Gedanken kokettiere, vielleicht könnte man den ganzen Laden doch auflösen. Ich teile aber nicht die Auffassung von Herrn Niebel, dass dann alles besser werde.

Wir haben da zu viel Bürokratie geboren, der wir begegnen müssen. Das muss schnell passieren. Ich weiß, dass Malu Dreyer an unserer Seite ist, dass es für das Land ein schwieriges Unterfangen ist.

Das Ansinnen, dass Nürnberg zentral die Agenturen leiten muss, weise ich etwas mit Grausen von mir, weil das für mich heißt, dass es nicht effizienter und unbürokratischer wird. Wir müssen sehen, dass wir unbürokratischer werden, weil die Agenturen dafür da sind, Menschen in Arbeit zu bringen und nicht Statistiken zu formulieren.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich mit dem Blick auf die Uhr auf den dritten großen Block kommen, nämlich die Bürgergesellschaft: die Bürgergesellschaft als Zielvorstellung, wie sich unser Staat entwickeln kann, kein Moloch Staat, der alle unterdrückt, sondern der Staat als Einrichtung, die dafür Sorge trägt, dass ein Ausgleich vorhanden ist, Ausgleich der Chancen, der Lebensumstände.

Dass Sicherheit gegeben ist, ist Sache des Staats, nicht von Privaten, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger in diesem Rahmen entwickeln können, ohne dass sie allüberall nur mit ihren Ellbogen durchkommen, sondern es ein Miteinander gibt, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt, Jung und Alt.

Dieses System wird tagtäglich von Neuem auf die Probe gestellt. Das ist eine der größten Herausforderungen, wie wir diese Bürgergesellschaft gestalten können, Bürgersinn rekrutieren können. In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auf die demografische Entwicklung eingehen.

Dass wir alle älter werden, ist doch ein Geschenk; denn das konnten unsere Vorfahren nicht zu hoffen wagen. Da sind andere, die vom Tod bedroht sind. Wenn Sie sich anderswo in der Welt umschauen, sind die Lebenserwartungen wesentlich kürzer.

Lassen Sie uns diese Aufgaben meistern. Ich darf vielleicht ganz kurz Herrn Bosbach aus einem Artikel der „WELT am SONNTAG“ zitieren. Herr Bosbach ist Autor eines Artikels in der „WELT am SONNTAG“ vom 14. Mai, lehrt Mathematik, Statistik sowie empirische Wirtschafts- und Sozialforschung an der Fachhochschule Remagen – Rheinland-Pfalz, Herr Baldauf.

Er empfiehlt Statistikern Vorsicht beim Umgang mit Statistiken – Sie haben sehr viele gebracht –, um mehr

Einsatz für die Kinder, die wir haben, statt über die niedrige Geburtenrate zu jammern.

Auszugsweise sagt er: „Wir bilden heute die Generation aus, die bis weit über 2050 hinaus die Versorgungsaufgaben trägt. Nur eine solide Bildung und Ausbildung kann sie dafür stark machen. Aber dazu fehlt angeblich das Geld. Über zu wenige Versorger zu klagen, aber 5 Millionen Arbeitslose zu akzeptieren, ist unlogisch. Wenn dann eine schlecht ausgebildete, teilweise arbeitslose erwerbstätige Generation entsteht, ist die Rente tatsächlich unsicher. Wer die Geburtenrate als Grundlage allen Übels ansieht, sollte nach Frankreich schauen, wo die Geburtenrate höher ist, die Probleme aber deshalb nicht kleiner sind.“

Nicht das Gesundbeten einer Bürgergesellschaft über die Geburtenrate, sondern die Investitionen, die wir in Rheinland-Pfalz vornehmen und die in der Regierungserklärung stehen, werden uns die Probleme des gesellschaftlichen Wandels meistern lassen.

Die Qualität einer Gesellschaft ermittelt sich meines Erachtens sehr stark daran, wie sie mit den Menschen umgeht, die am Rande stehen, vielleicht Außenseiter, Fremde oder Behinderte sind.

Das soll für uns Maßstab der Qualität der Bürgergesellschaft sein, nicht immer nur diejenigen, denen es gut geht, wie wir, die wir im Parlament sitzen, und andere. Unsere Gesellschaft in einem hoch entwickelten Industrieland muss sich das leisten können, dass wir mit denen, die am Rande stehen, gut umgehen, dass wir sie fördern und in die Gesellschaft integrieren.

(Beifall der SPD)

Das geschieht dadurch, dass wir so gute Ehrenamtstrukturen schaffen, wir den Menschen helfen, wir Aktionsbündnisse fördern und – diesen Themenkomplex habe ich nur ganz am Rande gestreift, weil dieses Thema als ehrenamtlicher Bürgermeister einer Kleinstadt mein ureigenstes ist – die Gemeinden selbstständig bleiben und die Menschen dort ehrenamtlich tätig sind und sich die Menschen für ihre Heimat engagieren. Dies alles gehört zur Bürgergesellschaft dazu.

Herr Baldauf, Sie haben kritisiert, dass wir uns für eine Reformzeit nehmen und – wie in der Regierungserklärung angekündigt – die Bürgerinnen und Bürger in diese Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Sie haben kritisiert, dass das Angebot steht, dass die Oppositionsparteien mitwirken. Wie gestalten wir unser System in den Gemeinden zukunftsfähig?

(Billen, CDU: Das ist kein Angebot, das ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass die Menschen mit einbezogen werden und mitwirken können!)

– Haben Sie keine Verantwortung mehr in den Gemeinden? – Ich glaube, Sie haben sie noch. – Gut, für uns ist es eine Selbstverständlichkeit. Ja, aber dann nehmen wir uns auch die Zeit, dies zu diskutieren und zu gestalten, damit nach der nächsten Legislaturperiode die ent-

sprechenden Umsetzungen mit den Menschen, nicht über die Menschen hinweg, erfolgt sind.

(Beifall der SPD)

Es ist nicht der Stolz, dass es in einem halben Jahr übergestülpt ist, sondern wir gestalten es gemeinsam.

In 15 Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ist unser Land gut vorangekommen. In erster Linie liegt dies an der Schaffenskraft der Bürgerinnen und Bürger – keiner will dies verhehlen, meine Damen und Herren –, aber es liegt auch an einer kraftvollen Politik der Landesregierung und an einem Ministerpräsidenten, der sich um sein Land in intensivster Form kümmert. Jemand, der wie ich Kommunalpolitik betreibt, weiß, dass gute Kontakte desjenigen, der Verantwortung für etwas trägt, noch nie der Sache geschadet haben, für die er sich eingesetzt hat. Das sollten Sie bei Ihrer Kritik auch bedenken.

(Beifall der SPD)

Unser Land belegt Spitzenpositionen in Deutschland. Wer hätte dies vor ein paar Jahrzehnten noch gedacht? – Wir können auf das Geleistete stolz sein, dürfen uns aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Es muss vorangehen mit unserem Land, ist die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben große Aufgaben vor uns, und wir werden sie meistern.

Lassen Sie mich Kardinal Karl Lehmann zitieren, der bei der Predigt anlässlich des Gottesdienstes zu seinem 70. Geburtstag sagte: „Vor soviel Gunst und Gnade entsteht in unserem Leben das, was ich gern mit dem Wort „Zuversicht“ bezeichnen möchte. Sie rührt davon her, dass es uns trotz mancher Schicksalsschläge bisher gut gegangen ist. Zuversicht ist mehr als Hoffnung; sie ist auch viel mehr als ein bloßer Optimismus. Es ist eine intensive, gestärkte, begründete Hoffnung. Sie schafft Vertrauen und Gewissheit, dass wir auch in Zukunft diese gnädige Unterstützung und Begleitung erfahren dürfen.“

Lassen Sie uns als Projekt so wie dieses kleine Land Gallien, wo Asterix und Obelix tätig waren, doch vornehmen, dass man gegen eine große Übermacht vieles Gute erreichen kann und sich behaupten kann. Die Rollenverteilung mögen Sie selbst ersehen. Aber Sie können sich eines gewiss sein: Die Mannschaft der SPD steht, sodass wir fünf Jahre gute Regierungsarbeit leisten und das Programm umsetzen werden. Herr Ministerpräsident, wir werden Sie auf gutem Weg begleiten. Vielen Dank für die Regierungserklärung, und vielen Dank für Ihre Geduld!

(Lang anhaltend Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, das Wort hat nun unser Kollege Mertin.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident und Herr Kollege Hartloff, Sie haben sich gestern und heute für die Zusammenarbeit mit der FDP-Fraktion in den vergangenen 15 Jahren bedankt. Ich möchte dies namens der FDP-Fraktion in gleicher Weise heute tun. Wir haben in diesem Land gemeinsam einiges bewegen können. Einiges konnte nicht so umgesetzt werden, wie wir uns das gedacht haben, aber alles in allem war es eine – wie ich finde – Gewinn bringende Zeit auch für unser Land. Insofern nehme ich die Gelegenheit wahr, ganz herzlich im Namen meines Vorgängers im Amt, des Kollegen Kuhn, und insbesondere auch des früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten, des Kollegen Bauchhage, für diese Zeit zu danken, auch für die Art und Weise, wie wir in dieser Koalition, die wir – zumindest vor der Wahl erklärtermaßen – gern fortgesetzt hätten, aber nun nicht mehr fortsetzen, dieses Auseinandergehen vollzogen haben. Ich denke, auch dies war vom Stil her so in Ordnung. Auch dafür herzlichen Dank!

(Beifall der FDP und der SPD)

Das Wahlergebnis will es, dass wir uns nun in einer anderen Rolle in diesem Landtag gegenüberstehen. Herr Ministerpräsident, wenn ich kurz aus Ihrer Regierungserklärung einen Satz zitieren darf, in dem es heißt: „Es wird keinen Bruch mit der bisherigen Politik der Landesregierung geben, wohl aber einen neuen Aufbruch“, so wird es Sie sicherlich nicht überraschen – wenn Sie es vielleicht auch nicht verstehen wollen –, dass ich diesen Satz heute nicht Punkt für Punkt unterstreichen will, sondern durchaus deutlich machen möchte, dass Veränderungen vorgenommen werden und es durchaus zu dem einen oder anderen Bruch kommen wird, es durchaus auch zu der einen oder anderen Akzentverschiebung in der Politik der Landesregierung gekommen ist.

Zu einer Akzentverschiebung wird es kommen, obwohl dieser Punkt in Ihrer Regierungserklärung mit keinem Wort eine Erwähnung gefunden hat. Er hat allerdings seine Ursache auch etwas weiter zurückliegend. Es geht um die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die diese Landesregierung nun wohl im Bundesrat beschließen wird. Die FDP an Ihrer Seite hätte eine solche Zustimmung nicht gegeben.

(Beifall der FDP)

Ich möchte in diesem hohen Hause wiedergeben, wie die SPD die von Frau Merkel geplante Mehrwertsteuererhöhung vor der Bundestagswahl charakterisiert hat: als Merkel-Steuer, als eine Steuer, die die Waren und Dienstleistungen verteuert und damit die Binnenkonjunktur gefährdet, als Programm zur Steigerung der Inflation und zur Förderung der Schwarzarbeit, und sie treffe die Ärmern am härtesten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dies alles sind Argumente, die vor der Wahl richtig waren und die nach Auffassung der FDP-Fraktion auch nach der Wahl richtig sind.

(Beifall der FDP)

Das ist nicht nur die Auffassung der FDP-Fraktion, sondern es ist durchaus auch die Auffassung der Wirtschaftswissenschaften. Ich darf aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 11. April 2006 zitieren. Dort lautet die Überschrift: „Die Welt boomt, nur Deutschland nicht“. In diesem Artikel wird der IWF zitiert. Er wird damit zitiert, dass er für dieses Jahr 1,4 % Wachstum vorsieht und für nächstes Jahr einen halben Prozentpunkt weniger. Er hat für das Jahr 2007 herunterkorrigiert, nicht zuletzt im Hinblick auf die geplante Umsatzsteuererhöhung, weil dies die Verbraucherpreise kräftig ansteigen ließe und eine höhere Preissteigerungsrate herbeiführen würde.

Ich zitiere die „Süddeutsche Zeitung“ an anderer Stelle: „In allen anderen Regionen der Welt, Asien, Nordamerika, aber auch Westeuropa, wird sich der Aufschwung dagegen im nächsten Jahr unbegrenzt fortsetzen, nur in Deutschland nicht.“

Dies führt nicht nur die „Süddeutsche Zeitung“ aus, wenn sie den IWF zitiert, dies zitieren Zeitungen auch an anderer Stelle, wenn sie deutsche und andere Volkswirte zitieren. Alle gehen davon aus, dass wir im nächsten Jahr den Boom, den wir bisher haben, nicht mehr fortsetzen werden. Wir brauchen diesen Boom.

(Beifall der FDP)

Wir brauchen einen Boom, um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu haben. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gibt es aber nur, wenn die Wirtschaft wächst. Das Gleiche gilt bei den Ausbildungsplätzen. Auch diese lassen sich durch eine Umsatzsteuererhöhung, die diesen Boom nicht zustande bringt, sondern bremst, nicht erreichen.

Herr Kollege Baldauf, Sie nicken. Aber Ihre Bundesvorsitzende macht auf Bundesebene mit. Wir würden uns wünschen, dass Sie dort Einfluss nehmen, damit diese wirtschaftsschädliche Steuererhöhung so nicht kommt.

(Beifall der FDP)

Diese Politik bremst somit eine sozial gerechte Wirtschaftspolitik, weil mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, auch in Rheinland-Pfalz, auf diese Art und Weise nicht entstehen können.

Dazu fand sich in Ihrer Regierungserklärung kein Wort. Sie und andere aus Ihrer Partei haben diese Kehrtwendung nach der Bundestagswahl damit erklärt, dass dies die staatspolitische Lage erfordere, es wegen der Lage der öffentlichen Haushalte erforderlich sei und man nicht anders könne, als diese Steuererhöhungen vorzunehmen.

Das wäre für mich alles ein Vielfaches glaubwürdiger, wenn die SPD nicht vor der Bundestagswahl auch den Finanzminister gestellt hätte. Wer konnte besser in Deutschland wissen, wie die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte ist, wenn nicht die SPD vor der letzten Bundestagswahl? Wenn sie vorher gesagt hat, eine Umsatzsteuererhöhung ist nicht notwendig, dann muss das danach erst recht gelten. Weil die FDP in Rheinland-Pfalz nicht mehr an Ihrer Seite ist, werden Sie bedauerlich

cherweise im Bundesrat – so muss ich es formulieren – umfallen.

(Beifall der FDP)

Wenn es schon notwendig ist, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, so vermisse ich jedwede Aussage in Ihrer Regierungserklärung, wie denn diese Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuererhöhung zur Schuldentilgung oder zur Verringerung der Verbindlichkeiten in Rheinland-Pfalz verwendet werden sollen. Geschätzt werden rund 400 Millionen Euro im ersten Jahr, im folgenden Jahr rund 500 Millionen jährlich. Das hat natürlich wie immer bei Schätzungen Schwankungsbreiten nach unten und nach oben. Es fehlt aber jede Erklärung, wie damit umgegangen werden soll.

Wir finden lediglich einen Satz, den ich von Seite 22 der Regierungserklärung zitieren darf: „Das zentrale finanzpolitische Ziel für die nächsten Jahre ist es, die Verfassungsgrenze wieder ohne Vermögensveräußerungen einzuhalten.“ Das ist ein sicher wichtiges Ziel, das wir auch in dieser Form unterschreiben wollen. Aber es muss dazukommen, dass die Verschuldung zurückgeführt wird, weil Zins und Tilgung eine Belastung für zukünftige Generationen sind.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Wenn die Prognosen der Wirtschaftsfachleute zutreffend sind, dass dies die Inflation fördern wird, wird auch für uns der Schuldendienst teurer. Es ist also auch im Interesse der Staatskasse, dass die Schulden zurückgeführt werden.

Dazu findet sich keine Aussage in der Regierungserklärung. Eine Chance für zukünftige Generationen, eine Verbesserung der Lage zu erreichen, wird nicht wahrgenommen. Das hat meines Erachtens mit Chancengerechtigkeit nichts zu tun. Ich habe die Sorge, dass dies die Gesellschaft ein Stück weit in diejenigen spaltet, die heute konsumieren, und diejenigen, die es vielleicht später bezahlen müssen. Das kann keine sinnvolle finanzpolitische Regierungspolitik sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich vermisse auch eine Aussage darüber, wie sich denn nun angesichts dieser Ausgaben die mittelfristige Finanzpolitik darstellen soll, wann man denn erreichen möchte, dass wir damit beginnen, unseren Kindern weniger Schulden als heute zu hinterlassen. Auch dazu gab es keine Erklärung, obwohl letztendlich entsprechende Einnahmen aus dieser Steuererhöhung zu erwarten sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stimme der SPD durchaus zu, wenn sie sagt, dass diese Umsatzsteuererhöhung die breiten Massen trifft. Vor diesem Hintergrund finde ich es auch verständlich, dass Sie die Reichensteuer erheben wollen. Vor diesem Hintergrund kann ich es sehr gut nachvollziehen.

Es ist aber für die Wirtschaft und auch für die zukünftigen Arbeits- und Ausbildungsplätze in dieser Gesellschaft wichtig, dass dann, wenn sie schon eingeführt

wird, um das Gewissen zu beruhigen, wenigstens die Gewinne ungeschoren bleiben, die den Unternehmen verbleiben. Diese werden investiert, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Diese sollten nicht zusätzlich belastet werden. Ich hoffe, es bleibt dabei.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verräterischer sind da schon einige Sätze ebenfalls aus der Regierungserklärung, in der auf Seite 22 ausgeführt wird: „Auf weniger breite Zustimmung stößt, dass dem Staat für die Verwirklichung dieser Ziele auch ein angemessener Teil der Wirtschaftsleistungen zugestanden werden muss. Leider sehen manche Menschen und auch einige Unternehmen in der Steuer- und Abgabepolitik nur den ‚Griff in die Tasche‘. Sie vergessen darüber, dass Lehrer und Polizisten ihren gerechten Lohn erhalten müssen, dass Straßen, Theater, Schulen einen hohen finanziellen Aufwand erfordern und dass Beiträge für den Besuch privat finanzierter Universitäten nur von Wenigen gezahlt werden können.“ –

Dieser Hinweis ist schon ein wenig verräterisch, weil er eine Erklärung des Ministerpräsidenten auf Bundesebene durchschimmern lässt, mit der er schon bisher Schiffbruch erlebt hat, nämlich die Behauptung, dass die Staatsquote zu gering sei und wir eine höhere Staatsquote benötigen.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt ja gar nicht!
Die Steuerlastquote! Das ist etwas ganz anderes!)

– Steuerlastquote. Ich nehme es zurück, Entschuldigung. Das ist in Ordnung, Herr Ministerpräsident. Ich nehme zur Kenntnis, dass ich mich an der Stelle versprochen habe. Aber entscheidend ist nicht allein die Steuerlastquote, Herr Ministerpräsident, sondern entscheidend ist die Summe aus Steuerlastquote und Abgaben. Da sind wir europaweit mit an der Spitze.

(Beifall der FDP und des Abg. Billen, CDU)

Deswegen ist es schon etwas verräterisch, wenn mit Verweis auf andere Länder eine niedrige Steuerlastquote reklamiert wird. In anderen Ländern ist dafür die Abgabenquote anders strukturiert. Da sollte man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

Insofern meine ich, dass auch ein wenig das durchschimmert, was bei der Begründung für die Reichensteuer gern durchschimmernd erläutert wird, dass nämlich die Reichen durchaus ein Stück weit mit dazu beitragen könnten, die Dinge in Ordnung zu bekommen.

Ich möchte das gern unterstreichen, das ist kein Problem. Wenn man das aber schon so erklärt, dann sollte man dazu sagen, dass bereits heute etwa 25 % derjenigen, die Einkommensteuer bezahlen, 80 % erbringen

(Beifall der FDP)

und sich deshalb nicht sagen lassen müssen, dass sie sich in die Büsche schlagen und nichts beitragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich kann man das machen. Natürlich kann man solche Steuern erhöhen. Aber man sollte nicht die Kuh prügeln, die man melken möchte. Es könnte sein, dass sie von der Weide läuft. Dann bekommen Sie keine Milch mehr. Das kann auch nicht im Sinn unseres Landes sein.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Es gibt schon
genug alte Kühe!)

– Ja. Es wäre aber schön, wenn noch ein paar Kühe da wären, die Sie melken können, nicht wahr, Herr Kollege Hartloff. Das ist die Schwierigkeit, in der wir uns befinden.

(Hartloff, SPD: Da sind wir uns einig!)

Die Schwierigkeit ist durchaus auch virulent vorhanden. Ich erinnere mich an eine Presseerklärung der Genossenschaftsbanken aus Bayern, die eine Kapitalflucht nach Österreich beklagt haben. Es ist eine Kapitalflucht, die für uns nicht gut sein kann. Kapital, das nicht hier ist, kann nicht investiert werden und kann nur zu höheren und teureren Zinssätzen investiert werden. Es schafft nicht zusätzliche Arbeitsplätze, schafft nicht zusätzliche Ausbildungsplätze. Deswegen muss man alles machen, eine solche Kapitalflucht zu verhindern.

(Beifall der FDP)

Höhere Steuern sind nicht immer das geeignete Mittel dafür.

Sie gefährden auch Arbeitsplätze bei uns, weil natürlich im Kapitalbereich, im Bankenbereich Arbeitsplätze angeboten werden, die so nicht vorgehalten werden können, wenn ein Großteil des Kapitals im Ausland verwaltet wird.

Der Herr Ministerpräsident hat aber in dem eben zitierten Satz auch gesagt, dass diejenigen, die nicht höhere Steuern zahlen wollen, vergessen, dass Lehrer und Polizisten gerechten Lohn erhalten müssen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion vergisst dies nicht.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind auch der Auffassung, dass Lehrer und Polizisten einen gerechten Lohn haben sollen. Ich erinnere mich aber daran, dass wir gemeinsam für die Beamten im öffentlichen Dienst die Arbeitszeit verlängert und verabredet haben, dass Entsprechendes für Arbeiter und Angestellte im Tarifbereich nachgeholt wird.

Ich darf feststellen, dass der letzte Tarifvertrag nicht geeignet ist, die gleichen Belastungsverhältnisse herzustellen.

(Beifall der FDP)

Arbeiter und Angestellte arbeiten nach diesem Tarifvertrag nicht so viel, wie wir gemeinsam für Beamte beschlossen haben, nämlich 40 Stunden pro Woche.

Hier auf die Krankenschwester zu verweisen, der ich gern die 38,5 Stunden gönne, ist nicht ganz zielführend, wenn man gleichzeitig den Strafvollzugsbediensteten nimmt, der 40 Stunden arbeiten muss. Die Belastungen sind ähnlich und vergleichbar.

(Beifall bei der FDP)

Von daher ist nicht ganz nachvollziehbar, wo der soziale Ausgleich gelungen sein soll.

Ich stelle fest, dass die Beamten immer noch eine gewisse Vorleistung erbringen, um unseren Staatshaushalt zu sanieren. Nach dem, was die Regierungserklärung gestern zutage gebracht hat, sollen sie auch zukünftig Vorleistungen erbringen, so der höhere und gehobene Dienst mit einer niedrigeren Eingangsbesoldung um etwa 10 %. Das halte ich unter familienpolitischen Gesichtspunkten für nicht besonders gelungen.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Gerade wenn die Berufsanfänger nach einem Studium bei uns in den Dienst treten, wollen sie eine Familie gründen. Sie brauchen das Einkommen. Gerade sie sollen dazu erhalten, etwas abzugeben.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Es sind nur sie. Es ist nicht davon die Rede, dass im Tarifbereich Ähnliches eingeholt bzw. eingefordert werden soll. Wenn man soziale Gerechtigkeit groß schreibt, dann ist das nicht ganz nachvollziehbar.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in den letzten Jahren bei Beamten für viele Maßnahmen um Verständnis bitten müssen. Man kann für vieles Verständnis erreichen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sehr genau und sorgfältig darauf achten, wie oben damit umgegangen wird. Sie werden registrieren, dass es eine zusätzliche Staatssekretärsposition gibt und einen zusätzlichen „Quasi“-Staatssekretär.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie werden nicht nachvollziehen wollen, weshalb sie die Konsolidierung der Haushalte herbeiführen sollen, wenn eine Alleinregierung der SPD mehr Regierungspersonal benötigt als eine Koalitionsregierung. Gemeinhin sind Koalitionsregierungen verdächtig, mehr „Personalverhead“ zu haben, weil Interessen zu befriedigen sind. Das kann man auf Bundesebene bei der großen Koalition sehr gut nachvollziehen.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, ich befürchte, das spaltet ein Stück weit die Gesellschaft, die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, weil Belastungen nicht in gleicher Art und Weise verteilt werden.

Für die FDP-Fraktion unterstreiche ich ausdrücklich den letzten Teil des von mir vorhin zitierten Satzes, der sich auf den Besuch privat finanzierter Universitäten bezieht,

in dem es heißt, dass dies nicht von jedem bezahlt werden kann. Ja, das sieht die FDP-Fraktion auch. Das ist nicht unser Vorschlag. Wir schlagen nicht vor, dass alle Welt in eine private frei finanzierte Universität geht. Herr Kollege Hartloff, nein, wir schauen uns die Lage und die Situation an den rheinland-pfälzischen Universitäten an. Wir stimmen den Ausführungen des Ministerpräsidenten von gestern zu, dass das Land Rheinland-Pfalz mehr Studienplätze vorhält, als nach der Zahl der Abiturienten, die es auf den Markt schickt, notwendig wären. Wir stimmen bei der Feststellung zu, dass andere Bundesländer das nicht tun, zum Beispiel Baden-Württemberg, Bayern, aber auch viele neue Länder. Insofern ist das ein Tatbestand, der das Land in seinen Interessen berührt. Wir müssen darüber nachdenken, wie mit diesem Umstand umgegangen werden soll.

(Vizepräsidentin Frau Klamm
übernimmt den Vorsitz)

Der Vorschlag des Herrn Kollegen Zöllner, dies über einen Finanzausgleich mit allen anderen Bundesländern zu lösen, unterstützen wir. Das ist richtig und vernünftig, weil ich nicht einsehe, weshalb Bayern und Baden-Württemberg mehr Geld in die Forschung stecken können, weil sie keine Studienplätze anbieten, dann auch noch bei der Exzellenzinitiative des Bundes besser als wir abschneiden und dafür belohnt werden, dass sie keine Studienplätze anbieten. Das ist schon in Ordnung so.

(Beifall der FDP, bei der CDU
und vereinzelt bei der SPD)

Das unterstützen wir ausdrücklich. Wir wünschen Herrn Kollegen Zöllner viel Erfolg dabei, dies auf Bundesebene umzusetzen. Wir haben Zweifel, ob diese Umsetzung gelingen wird. Ich muss davon ausgehen, dass bestimmte Länder dies nicht machen wollen. Dazu gehört das schon erwähnte Bayern oder Baden-Württemberg. Diese werden das nicht tun. Die neuen Länder werden dies im Zweifel auch nicht tun, sodass wir davon ausgehen müssen, dass dieser Finanzausgleich in dieser Form nicht zustande kommen wird.

Die FDP-Fraktion wäre sogar bereit, einen etwas kleineren Finanzausgleich zu unterstützen, zum Beispiel einen Finanzausgleich mit unseren Nachbarn Hessen und Nordrhein-Westfalen, wo vielleicht die Zahlungsströme nicht so extrem auseinander laufen. Vielleicht können diese drei Bundesländer einen solchen Finanzausgleich als Vorreiter zustande bringen. Damit könnten wir uns einverstanden erklären. Eine solche Regelung würden wir natürlich unterstützen wollen.

Herr Kollege Hartloff hat vorhin erwähnt, dass wir Schwierigkeiten bei der so genannten Landeskinderregelung bekommen werden. Natürlich klingt es auf den ersten Blick plausibel. Man sagt, gut, wenn die anderen es erheben, dann müssen diejenigen, die von dort zu uns kommen, auch Gebühren zahlen. In unserer heutigen Zeit haben wir das Problem, dass wir für die anderen den falschen Anreiz setzen, wenn wir für unsere keine Gebühren erheben. In den Zeiten der globalisierten Welt sind wir darauf angewiesen, dass auch unsere Studenten anderswo hingehen und studieren. Wissen-

schaftlicher Austausch muss auch außerhalb unseres Bundeslandes stattfinden. Wissenschaftlicher Transfer muss zustande kommen. Eine solche Landeskinderregelung, wie sie vorgeschlagen wird, zementiert lediglich das Prinzip „Hotel Mama“, bleibe möglichst im Land, bewege dich nicht weg. In Zeiten der Globalisierung ist das aus unserer Sicht der falsche Ansatz. Es ist ein Ansatz, der das Land nicht voranbringt.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir von einer moderaten, sozial fairen Mitfinanzierung der Studenten reden, dann will ich das Wort Gebühren vermeiden. Gebühren bedeutet, dass der Student allein das ganze Angebot finanziert. Darum geht es nicht. Es geht darum, einen moderaten und fairen Beitrag von dem Studenten zu erbitten, um die Lage zu verbessern.

(Beifall der FDP)

Wir meinen, wir kommen um einen solchen Beitrag nicht herum.

Nehmen wir als Beispiel die Universität Mainz. Wir konnten in den letzten Tagen nachlesen, sie war für 18.000 Studenten konzipiert. Sie hat heute 35.000 Studenten. Sie muss in Zukunft weitere tausende erwarten, nicht zuletzt wegen der Rahmenbedingungen in den umliegenden Ländern, wo Studiengebühren erhoben werden. Sie können es nicht verhindern. Wenn sie es tun, dann erheben sie es, dann haben Sie diese Wanderungseffekte. Das können Sie nicht vermeiden. Wir können nicht bestimmen, was in anderen Bundesländern geschieht. Wir müssen die Folgerungen aus den uns drohenden Konsequenzen ziehen. Man muss schauen, wie man diese Finanzierung hinbekommt, wenn man nicht den von uns unterstützten Finanzausgleich hinbekommt.

Herr Kollege Kuhn hatte sich in der vergangenen Legislaturperiode intensiv in Gesprächen mit vielen Universitäten und deren Vertretern hiermit beschäftigt. In der Fraktion waren wir uns alle einig, dass eine landesweite Unterfinanzierung von rund 50 Millionen Euro jährlich besteht und dringender Handlungsbedarf besteht. Wir haben uns in der Koalition und im Hinblick auf die finanziellen Rahmenbedingungen auf einen Kompromiss von 25 Millionen Euro jährlich geeinigt.

Die Landesregierung hat gestern in ihrer Regierungserklärung erläutert, dass ab 2008 dieser Betrag auf 37,5 Millionen Euro erhöht werden soll, aber dann mit zusätzlichen Studenten, die kommen werden, sodass wir davon ausgehen müssen, dass weiterhin eine Unterfinanzierung besteht. Es besteht die Sorge, dass diese Unterfinanzierung letztlich sozial nicht gerecht ist, wenn es nicht gelingt, eine Spitzenausbildung zu gewährleisten.

(Beifall der FDP)

Wenn wir weiterhin diese Unterfinanzierung haben, dann werden wir keine Spitzenausbildung haben. Diejenigen, die Geld haben, werden die Spitzenausbildung und die

besseren Chancen anderswo holen. Unsere Schüler und Studenten im Land werden die nicht haben.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU –
Zuruf von der FDP: So ist es!)

Deshalb meint die FDP-Fraktion, dass in diesem Zusammenhang das aus Rheinland-Pfalz kommende genossenschaftliche Prinzip vielleicht ein Stück weit helfen kann, dass alle mit einem kleinen Beitrag mit dazu beitragen, die Situation zu verbessern, damit alle eine Spitzenausbildung erhalten und nicht nur diejenigen, die es sich leisten können, woanders hinzugehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich meine, das ist durchaus sozial gerecht.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir das nicht tun, fürchte ich, dass auch hier ein Stück weit die Gerechtigkeit und damit auch ein Stück weit die Spaltung vorangetrieben wird, weil natürlich diejenigen, die es finanzieren können, die Spitzenangebote dann anderswo wahrnehmen können. Ich meine auch, dass im Verhältnis zu anderen, die einen Beruf erlernen, ein solch moderater und sozial fairer Beitrag gerechtfertigt ist. Der Dachdeckermeister, der vom Herrn Ministerpräsidenten im Wahlkampf häufig bemüht worden ist, muss seinen Meisterbrief im Zweifel selbst finanzieren.

(Ministerpräsident Beck: Es gibt BAföG!)

– Es gibt BAföG, zum Teil auch als Darlehen. Das muss er zurückzahlen. Auch ich habe mein Darlehen als BAföG zurückgezahlt. Das ist kein Problem. Nicht, dass Sie meinen, ich hätte das alles selbst finanziert. Auch ich habe diese Unterstützungen wahrgenommen. Ich habe sie aber zurückgezahlt, und es hat mir nicht geschadet.

(Beifall der FDP)

Auch hier lässt sich eine entsprechende Regelung finden, dass derjenige, der den Vorteil einer guten Hochschulausbildung hat, aus der er den größten Nutzen für sich zieht, dann auch ein Stück weit beteiligt wird. Wir haben im Wahlkampf auch mit vielen Studenten über diese Frage gesprochen. Sie haben uns durchaus bestätigt, dass sie bereit wären, so etwas mitzutragen, wenn sichergestellt ist, dass diese zusätzlichen Gelder in den Hochschulen verbleiben und der Finanzminister nicht anderswo die Mittel kürzt. Sonst ist das kein vernünftiges Geschäft.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in einem anderen Punkt, den wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, würden wir einen etwas anderen Akzent gesetzt haben. Wir waren uns gemeinsam einig – ich glaube, daran zweifelt niemand –, dass Frühförderung unserer Kinder eine wichtige und richtige Sache ist. Deswegen hat die Koalition in der vergangenen Legislaturperiode auch das Programm auf den Weg gebracht, mit dem das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt

werden sollte, um dort Defizite abzubauen, die bei den Kindergartenkindern vorhanden sind, damit sie von Anfang an in der Grundschule chancengleich und chancengerecht mitstarten können; denn jemand, der nicht richtig deutsch kann, kann natürlich nicht in der Grundschule von Anfang an mitkommen und kann auch nicht von Anfang an seine Chancen ordentlich wahrnehmen. Deswegen haben wir dieses Programm gern mitgetragen.

Die nächsten Stufen – auch wir haben in unserem Programm stehen, dass Kindergartenbeiträge mittelfristig freigestellt werden sollen, glaube ich – der Rakete im Programm der Landesregierung sollten aber aus unserer Sicht erst gestartet werden, wenn sichergestellt ist, dass das, was wir mit dem beitragsfreien letzten Kindergartenjahr erreichen wollen, auch tatsächlich erreicht wird. Sollte sich nämlich herausstellen, dass wir mit den Mitteln, die wir zur Verfügung stellen, dieses Ziel nicht erreichen können, müssen wir erst dort nachbessern. Erst wenn sichergestellt ist, dass jeder, der diesen Kindergarten verlässt, auch in der Schule mitkommt, kann man an die nächsten Stufen denken.

(Beifall der FDP)

Wir haben dafür 8 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Das ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten schon viel Geld gewesen. Wir wollen auch hoffen, dass dies reicht. Nur ob es reicht, kann heute noch niemand sagen. Deswegen sollten wir die nächsten Raketenstufen erst zünden, wenn die erste Stufe voll brennt und das bringt, was sie bringen soll. Das ist noch keinesfalls gesichert.

Deswegen meine ich, dass hier eine Akzentverschiebung notwendig wäre, dass man erst einmal überprüft, ob das, was wir auf den Weg gebracht haben und bringen wollten, auch tatsächlich greift. Erst dann ist es möglich, weiterhin die Kindergartenbeiträge zu senken; denn es macht keinen Sinn, auch Menschen wie mir – als ich in den Landtag kam, hatte ich noch zwei Kinder im Kindergarten, als ich Minister wurde, war noch einer im Kindergarten – die Beiträge zu nehmen, wenn anderswo noch Aufgaben zu erledigen sind. Die müssen erst erledigt werden. Dann macht es Sinn, auch mit der Gießkanne entsprechend die Beitragsfreiheit zu bringen.

Das ist noch keineswegs gewährleistet; denn es geht natürlich nicht nur darum, diejenigen abzusichern, die in die Grundschule kommen, sondern es geht auch darum, die Defizite bei denjenigen abzubauen, die vielleicht mit einem höheren Alter zu uns gekommen sind, die deutsche Sprache nicht haben, und auch bei denen muss zunächst gewährleistet sein, dass sie das sprachliche Defizit aufgeholt haben, in der Schule mitkommen, Abschlüsse erreichen und damit eine Perspektive für ihr Leben bekommen. Erst wenn das erledigt ist, können wir den nächsten Schritt wagen und die nächste Raketenstufe zünden. Auch das ist noch nicht erreicht. Auch das ist noch nicht gewährleistet. Ich wünschte mir, dass dieses erst gemacht wird, wenn diese Stufe erreicht wird.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich gibt es auch in der Bildungspolitik andere Akzente. Das ist klar. Herr Hartloff, glauben Sie bloß nicht, wir wären so blöd zu glauben, Sie würden in die alten Schützengräben hinunterfallen. So doof sind wir nicht.

(Hartloff, SPD: Das, was der Herr Kollege Baldauf erzählt hat, war nicht an Ihre Adresse!)

Wir haben doch jahrelang zusammengearbeitet. Ich schätze schon Ihre Intelligenz insoweit ein, dass Sie in diese Falle nicht tappen werden.

(Hartloff, SPD: Das war wohl eher der Kollege Baldauf!)

– Herr Kollege Hartloff, aber gleichwohl müssen Sie doch zugestehen, dass Akzentverschiebungen schon vorgenommen werden, dass schon eine Akzentverschiebung Richtung Gesamtschulinitiativen – in welcher Form auch immer und weshalb und mit welcher Begründung auch immer – vorgenommen wird. Dass Sie da gewisse Sympathien haben, kann man auch an den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten in der Publikation der GEW nachlesen. Insofern ist es nicht völlig unbegründet, wenn der Kollege Baldauf hier gewisse Sorgen entwickelt, die wir durchaus entwickeln können, weil wir nicht – da stimme ich mit Ihnen überein – zurück wollen in diesen Schützengrabenkampf, wo man über die Schulform streitet.

Herr Baldauf, wir können natürlich jetzt – wie Sie es auch getan haben – herunterbeten, dass die Gesamtschulen, so wie sie in Deutschland laufen, wohl nicht so funktionieren, wie die Erfinder es sich gedacht haben. Das habe ich auch gelesen. Ich habe auch gelesen, dass die Länder, die das verstärkt propagiert haben, bei PISA nicht gut abschneiden. Da stimme ich Ihnen zu. Das habe ich auch gelesen. Ich stimme Ihnen auch zu, dass auch in den Ländern selbst die Gesamtschulen im Verhältnis zum gegliederten Schulsystem nicht so gut abschneiden, und zwar in allen Schularten der Gesamtschule. Da stimme ich Ihnen zu. Deswegen sollten wir auch vermeiden, in diesen alten Glaubenskrieg zu verfallen.

Nur eine Idee, die dahintersteckt, die ich in einer Zeitung auch einmal so gelesen habe, dass die Idee der Gesamtschule darin liege, dass die Starken die Schwachen mitziehen sollen, klingt auf den ersten Blick sehr einleuchtend. Ich möchte auch niemandem zu nahe treten, weswegen ich mich selbst als Beispiel nehmen will. Sie hätten mich in eine Klasse mit zwölf Karajans stecken können, aus mir wäre kein Orchestermusiker geworden. Ich habe einfach kein Talent dafür. Da ist nichts zu machen. Deswegen kommt es entscheidend auf die Begabung des Einzelnen an.

(Beifall der FDP und des Abg. Lelle, CDU)

Deswegen kommt es entscheidend darauf an, dass der Einzelne in seiner Begabung gefördert wird, und zwar unabhängig davon, in welcher Schulform er sich befindet, egal, ob es eine Gesamtschule ist, egal, ob es eine gegliederte Schule ist. Aus Sicht der FDP lohnt dieser

alte Krieg überhaupt nicht, sondern unser Ziel muss sein zu erreichen, dass jedes Kind in Rheinland-Pfalz, egal in welcher Schule, optimal nach seinen Fähigkeiten gefördert wird. Das ist das, was wir auch für die Zukunft einfordern.

(Beifall der FDP –
Billen, CDU: Wie machen wir das jetzt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das macht man dadurch – Herr Kollege Billen, dazu wollte ich nämlich gerade kommen; ich habe schon gehaut, dass Sie mit entsprechenden Fragen kommen, auch Sie kenne ich schon länger –, dass man verbindliche Standards für alle Schulformen setzt

(Lelle, CDU: Das ist richtig!)

und vorgibt, dass diese Standards auch zu erreichen sind, den Schulen dabei aber die größtmögliche Freiheit gibt, wie sie sie erreichen. Aber am Ende muss auch überprüft werden, ob diese Standards auch erfüllt worden sind, um sicherzustellen, dass die Hauptschule in Neuwied genauso gut arbeitet wie die in Ludwigshafen.

(Beifall der FDP und der CDU)

Herr Kollege Billen, so kann man das nach der Vorstellung der FDP machen. Damit wissen Sie auch, was wir uns in diesem Teil vorstellen können.

Wir wollen auch, dass die Hauptschulen weiterhin die notwendige Beachtung erhalten. Die Probleme lösen sich nämlich nicht, wenn die Hauptschule, wenn sie nicht mehr attraktiv ist, in irgendeiner Regionalen Schule und Ähnlichem aufgeht. Die Schüler, die das Problem waren, sind nämlich noch da, die Schüler, die nicht ausreichend Sprachkenntnisse haben, die erzieherische Defizite haben. Die gilt es weiterhin aufzuarbeiten. Deswegen ist es vollkommen egal, in welcher Schulform sie sich letztlich befinden. Diese Dinge müssen angepackt werden.

Das sollte auch an den bestehenden Hauptschulen, wo es nicht überall Probleme gibt, aber dort, wo es sie gibt, in Zukunft verstärkt angepackt werden.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben zur Kenntnis genommen, dass es jetzt auch in Rheinland-Pfalz ein Abitur nach zwölf Jahren geben soll. Aus Sicht der FDP ist es aber nicht weitgehend genug; denn auch hier werden den Schülern unterschiedliche Chancen geboten. Auch wird ein Stück gespalten, wenn man den Vorschlag so macht wie hier, weil bestimmte Schüler eben nicht die Chance haben, früher Abitur zu machen, früher ins Studium zu kommen, früher in Arbeit zu kommen und damit Chancen vertan werden.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Auch hier wünschten wir uns etwas mehr Mut. Insoweit wird von uns die Forderung weiterhin aufrechterhalten, dass das Abitur auch in Rheinland-Pfalz nach zwölf Jahren gemacht werden kann, wie dies in vielen anderen Ländern zwischenzeitlich beschlossen wurde.

Einen größeren Bruch, eine größere Diskontinuität stellen wir in einem von uns bisher verantworteten Bereich fest, ein Bereich, der uns so, wie er entwickelt wird, zunächst Sorge bereitet. Wir stellen fest, dass die Wirtschaft nicht mehr kraftvoll und nicht mehr mit entsprechendem politischem Gewicht im Kabinett vertreten ist, weil das Wirtschaftsministerium in seinen Kompetenzen schon beschnitten worden ist.

Herr Ministerpräsident, das lässt sich nicht leugnen. Die ISB ist vom Wirtschaftsministerium an das Finanzministerium verlagert worden. Das wird mit dem Vier-Augen-Prinzip begründet. Das mag man so begründen. Es war aber bis heute nicht so, dass das Wirtschaftsministerium dort machen konnte, was es wollte. Das Finanzministerium war in den Kontrollgremien selbstverständlich mit drin.

(Beifall bei der FDP)

Das ist aus unserer Sicht keine Begründung für diese Verlagerung.

Das Gleiche gibt es bei der wirtschaftsnahen Technologieförderung. Auch sie wird zu großen Teilen vom Wirtschaftsministerium weg an das Wissenschaftsministerium verlagert. Zu gewissen Teilen wird die Forschung – – –

(Ministerpräsident Beck:
Das stimmt doch gar nicht!)

– Doch.

(Ministerpräsident Beck:
Aber nicht die wirtschaftsnahen!)

– Herr Ministerpräsident, das werden wir dann im Vollzug im Einzelnen feststellen.

Aus Sicht der FDP wird, wenn dies aber so gemacht wird, das Wirtschaftsministerium wichtiger Instrumente beraubt, die notwendig waren und dem Wirtschaftsministerium die Möglichkeit gaben, als Strukturministerium in diesem Land zu fungieren. Wenn diese Instrumente verlagert werden, dann wird der Wirtschaftsminister zu einem Operateur, dem die Instrumente genommen werden. Und ein Chirurg ohne Skalpell kann schlecht operieren. Das finden wir nicht in Ordnung. Wir gehen davon aus, dass diese neuen Strukturen sich nicht bewähren werden.

Genauso gehen wir davon aus, dass es nicht der richtige Weg ist, die Kompetenz für die Energie aus dem Wirtschaftsministerium herauszulagern. Bei der Energie sind drei Punkte wichtig: Versorgungssicherheit, Preisstabilität und selbstverständlich umweltschonende Erzeugung. Aber die ersten beiden Punkte werden aus dem Blickpunkt geraten, wenn dies eben nicht mehr im Wirtschaftsministerium betreut wird. Diese Punkte sind für die wirtschaftliche Entwicklung schon von großer Bedeutung.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sehen mit Sorge, dass der Kompromiss bei der Mobilität auf Bun-

desebene zulasten des Landes gehen wird. Zwar führen Sie in der Regierungserklärung aus, dass es eine Investitionsmilliarde geben soll, diese Investitionsmilliarde auch zur Hälfte für die Investitionen in Mobilität verwandt werden soll, dort Straßen und Schienen zusammengekommen werden – also 500 Millionen Euro –, wenn aber gleichzeitig auf Bundesebene die Regionalisierungsmittel um 170 Millionen Euro gekürzt und gleichzeitig in der Regierungserklärung ausgeführt wird, dass der Rheinland-Pfalz-Takt gestärkt werden soll, dann muss man sich fragen, woher das fehlende Geld kommen soll.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, offensichtlich von diesen 500 Millionen Euro, also Landesmittel, die dann für andere Infrastrukturmaßnahmen im Land nicht zur Verfügung stehen werden. Das ist aus unserer Sicht keine glückliche Politik an dieser Stelle. Es ist auch kein glücklicher Kompromiss, der auf Bundesebene gefunden wurde. Das ist eher ein Kompromiss, der der großen Koalition auf Bundesebene geschuldet wird, aber letztlich aus dem Landeshaushalt zu finanzieren ist. Das ist aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz keine vernünftige Politik,

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

weil wir diese Mittel – wie bisher – für die Zukunft unseres Landes benötigen, für eine gute Infrastruktur. Das geht nicht ohne entsprechende Finanzierung, zumal wir in einem Land leben – Herr Kollege Hartloff hatte darauf hingewiesen –, wo viele Menschen als Pendler ihr Geld verdienen müssen.

(Wirz, CDU: Eben!)

Menschen, die gern bei uns leben, aber anderswo ihr Geld verdienen, benötigen eine gute Verkehrsinfrastruktur sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene.

(Hartloff, SPD: Da sind wir uns einig!)

– Herr Kollege Hartloff, es ist ein Unterschied, ob wir es aus eigenen Mitteln finanzieren müssen oder der Bund gegebene Finanzierungszusagen von früher nicht mehr aufrechterhält.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, hier wird sehr deutlich, dass es schon notwendig ist, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern vielleicht neu zu ordnen.

(Hartloff, SPD: Das wird uns nächste Woche beschäftigen!)

– Herr Kollege Hartloff, natürlich wird uns das nächste Woche beschäftigen.

Herr Kollege Hartloff, wir wissen doch, dass die Regionalisierungsmittel nicht vom Himmel gefallen sind. Wer als normaler Bürger diesen Begriff hört, der weiß überhaupt nicht, was sich dahinter verbirgt. Man muss es ihm erläutern. Man muss darauf hinweisen, dass der Bund, als er die Bahn privatisiert hat, gesagt hat, die Länder

sind für den Schienenpersonennahverkehr zuständig. Da haben die Länder gesagt: Das ist in Ordnung, das machen wir, da du es aber bisher gemacht hast, gib auch das Geld mit herüber.

Es sollte immer so sein, dass die Aufgabe von denen übernommen wird, die auch über das Geld verfügen. Anders ausgedrückt: Das Geld muss der Aufgabe folgen.– Hier ist es aber nicht so geschehen, Herr Kollege Hartloff.

(Beifall der FDP)

Es ist nicht geschehen, weil die originären Einnahmequellen nicht beim Land sind. Wir hängen weiterhin am Tropf des Bundes und erleben jetzt, was 170 Millionen Euro weniger in den nächsten Jahren bedeuten. Das geht zulasten des Landeshaushalts, zulasten unserer Entwicklungsmöglichkeiten. Deswegen halten wir es für wichtig, bei den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern verstärkt nachzudenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem Zusammenhang kann die Pendlerpauschale nicht unerwähnt bleiben.

Wenn die Mehrwertsteuer und die Versicherungssteuer erhöht werden, ein Gesundheitssoli ins Gespräch gebracht wird, dann ist die Pendlerpauschale, wenn sie gekürzt wird, für die Pendler in unserem Land eine weitere zusätzliche Belastung.

(Beifall der FDP)

Wir lassen gern mit uns über die Pendlerpauschale reden. Aber dann muss es anderswo Entlastungen geben, aber nicht Belastung, Belastung und Belastung addieren und dann auch noch die Pendlerpauschale obendrauf packen. Das kann nicht im Sinn der Bürger unseres Landes Rheinland-Pfalz sein.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben mit Interesse gelesen und auch von Ihnen gehört – Herr Ministerpräsident, da sind wir durchaus aufgeschlossen –, dass Sie einen Landesbetrieb Mobilität planen. Darüber kann man durchaus nachdenken. Wenn ich aber dann lese, dass die Zweckverbände für den Schienenpersonennahverkehr Süd und Nord davon unangestastet bleiben sollen und Synergieeffekte der Grund für einen solchen Landesbetrieb Mobilität sind, frage ich mich, ob nicht zusätzliche Synergieeffekte verspielt werden, wenn diese beiden Zweckverbände in die Betrachtung nicht mit einbezogen werden.

In unserer Betrachtung sind wir da nicht abschließend festgelegt. Das wollen wir genauer überlegen. Aber aus unserer Sicht wäre es hier zielführend, darüber nachzudenken, ob nicht zusätzliche Synergieeffekte dann auch mit der Einbeziehung dieser Zweckverbände erreicht werden können.

(Beifall der FDP)

Wir würden bitten, vielleicht insoweit in diese Richtung nachzudenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Regierungserklärung auf Seite 6 auch gelesen, dass die Selbstständigkeit gefördert werden soll, Selbstständigkeit erwünscht ist. Das sehen wir aus Sicht der FDP genauso. Wir haben nur die Sorge, dass die bisherigen Förderinstrumentarien vielleicht nicht mehr in dem Umfang zur Verfügung stehen werden wie bisher; denn wenn die ISB beim Finanzminister angesiedelt wird, kann sie auch für andere Finanzierungszwecke verwendet werden als bloß für Strukturinvestitionen, wie wir es uns eigentlich wünschten, sodass von daher gegebenenfalls weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Ich meine, eine gewisse Beschränkung einer Äußerung des Kollegen, Herrn Staatsminister Hering, zu entnehmen, der von einer Konzentration der Mittel sprach, und zwar von einer Konzentration der Mittel auf Existenzgründer über 50 und Migranten der zweiten und dritten Generation.

(Zuruf des Ministerpräsidenten)

Ich habe überhaupt nichts dagegen einzuwenden, wenn Sie diese Personengruppen fördern wollen. Wenn Sie aber die Mittel an dieser Stelle konzentrieren, wünsche ich mir, dass andere Existenzgründer weiterhin genauso wie bisher gefördert werden. Wir benötigen nämlich die Arbeitsplätze, die alle Existenzgründer schaffen. Konzentration wirkt ein Stück weit so, als ob Sie einschränken wollen. Das werden wir genau beobachten.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu einigen Bereichen kommen, bei denen die Unterschiede zur bisherigen Regierungspolitik – jedenfalls nach dem, was sich aus der Regierungserklärung ergibt – nicht in dem Maß auseinander gehen werden wie von mir dargestellt. Wir stimmen darin überein, dass eine Mindestausstattung der Polizei mit 9.000 Polizeibeamtinnen und -beamten gewährleistet werden muss. Wir hoffen, dass die von Ihnen genannten Zahlen berücksichtigen, dass ab dem Jahr 2010 eine Pensionierungswelle eintritt und diese Pensionierungswelle jetzt schon oder demnächst mit einer entsprechenden Ausbildung von Nachwuchskräften vorbereitet werden muss. Ich habe auf die Schnelle die Zahlen nicht überprüfen können.

(Frau Kohnle-Gros, CDU:
Das können die auch nicht!)

Ich hoffe aber, dass diese Pensionierungswelle bei den von Ihnen genannten Zahlen Berücksichtigung findet, sodass weiterhin eine gute Ausstattung der Polizei und der Justiz gewährleistet werden kann.

Herr Kollege Baldauf, wir haben uns im Wahlkampf häufig über die Sicherheitslage gestritten. So dramatisch, wie Sie die Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz dargestellt haben, ist sie nicht. Die Zahlen sprechen dagegen. Die Aufklärungsquote ist im bundesweiten Vergleich sehr hoch. Es ist im Übrigen vollkommen klar, dass sich die Kriminalitätsraten im Land bei zunehmender Bevölkerung verändern. Einen bundesweiten Ver-

gleich müssen wir deshalb aber nicht scheuen. Deshalb sollte man diesen Gaul nicht auch noch zu Tode reiten.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines vermisste ich im Innenbereich. Vielleicht ist das aber nur der Kürze der Zeit geschuldet. Nachdem wir gemeinsam das Polizeigesetz novelliert haben, hat das Bundesverfassungsgericht zwischenzeitlich zwei Entscheidungen getroffen, die sich sehr wohl auf dieses Gesetz auswirken. Es handelt sich um den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts betreffend den Großen Lauschangriff und um den Beschluss betreffend die Rasterfahndung. Beide machen es aus meiner Sicht und aus Sicht der FDP-Fraktion notwendig, das Polizeigesetz entsprechend anzupassen, wobei wir nicht über das hinausgehen wollen, was das Bundesverfassungsgericht uns vorgibt. Wir wollen aber, dass das, was das Bundesverfassungsgericht vorgibt, auch umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang sind wir anderer Meinung als beispielsweise der Kollege Hörter, der dazu aufgefordert hat, dies mehr oder minder nicht zu beachten.

Hinsichtlich der Rasterfahndung ist zum Beispiel von Herrn Beckstein gesagt worden, dass dies der falsche Schritt sei und damit der Polizei jegliche Möglichkeit genommen werde, präventiv tätig zu werden. Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt – was immer unstrittig war –, dass Polizeirecht nur bei konkreter Gefahr greifen soll. Alles andere ist nicht Sache der Polizei. Auch das hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt. Für alles andere, was weiter im Vorfeld steht, haben wir Geheimdienste. Wenn der Bundesnachrichtendienst sich mehr damit beschäftigen würde, als Journalisten auszuspionieren, hätten wir in dieser Hinsicht eine bessere Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und des Abg. Hartloff, SPD)

Nachdem unstrittig sein dürfte, dass Deutschland inzwischen ein Zuwandererland geworden ist, ist Integration eine wichtige Aufgabe, die im Bildungsbereich, im Vorschulbereich, aber auch gesamtgesellschaftlich angegangen werden muss. Ich stimme den Beschlüssen der Innenministerkonferenz ausdrücklich zu, dass derjenige, der Deutscher werden will, ausreichende deutsche Sprachkenntnisse haben und sich auch zu unseren verfassungsrechtlichen Grundlagen bekennen muss. Das steht für mich außer Zweifel. Ich denke, das wird von allen so unterstützt.

Natürlich akzeptieren wir nicht, dass Ehrenmorde begangen werden. Ich finde allein den Begriff schon unpassend. Das hat mit Ehre nichts zu tun. Das hat mit Angstmachen und Unterdrückung zu tun. Das sind Unterdrückungsmorde. Wir sollten uns diesen Begriff nicht aufschwätzen lassen, weil er verniedlichend ist.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hinsichtlich der Integration müssen wir auch als Gesellschaft insgesamt nachdenken. Wir fordern von demjenigen, der sich bei uns einbürgern will, dass er sich zu unserer Gesellschaft

bekannt. Wissen wir aber eigentlich so genau, wie wir uns als Gesellschaft definieren? Wie sieht es denn aus, wenn jemand sagt „Ich bin gern Deutscher, ich lebe gern in Deutschland, ich liebe mein Vaterland, und ich will meinen Nationalfeiertag feiern“? – Was muss derjenige sich manchmal in unserer Gesellschaft dazu sagen lassen?

(Frau Kohnle-Gros, CDU:
Da haben Sie Recht!)

Wir müssen definieren, was wir von unserem Land halten und wie wir dazu stehen. Erst wenn wir das richtig definiert haben, können wir von anderen abverlangen, wozu sie sich bekennen sollen. Das ist eine wichtige Aufgabe, die wir noch nicht gelöst haben, die wir gemeinsam angehen müssen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich bin gegen die nazistischen Umtriebe, die unterwegs sind. Ich weigere mich aber, diesen Kreisen das Monopol dafür zu überlassen, sich zu diesem Land bekennen zu dürfen. Das sollten wir nicht zulassen. Wir sollten es unserer Jugend ermöglichen, sich zu diesem Land zu bekennen. Sonst können wir diese Kreise nicht erfolgreich bekämpfen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei SPD und CDU)

Insoweit gehen wir davon aus, dass wir uns darüber klar werden müssen, wozu sich die Zuwanderer bekennen sollen. Wir selbst müssen mit uns ins Reine kommen. Wir selbst müssen auch mit Kindern dieser Zuwanderer anders umgehen. Ich habe das einmal in einer Diskussionsrunde im Fernsehen erwähnt, an der ich gemeinsam mit Herrn Kollegen Bruch teilgenommen habe.

Ich fuhr einmal abends nach Hause, und der Sportreporter im Radio sagte, dass es doch misslich sei, dass einige türkische Spieler, die in Deutschland aufgewachsen sind, für die türkische Nationalmannschaft spielen, aber nicht für die deutsche Nationalmannschaft. Wenn man einem türkischen Kind immer sagt, seine Eltern seien Türken und er sei auch Türke, dann wird er, wenn er 18 Jahre alt ist, für die Türkei spielen. Wenn Sie diesem jungen Menschen aber sagen, seine Eltern seien Türken, Kroaten oder was auch immer, er sei aber in Deutschland geboren, er wachse hier auf und sei einer von uns, dann spielt er vielleicht für die Bundesrepublik Deutschland. Diese Haltung müssen wir ändern.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Sie müssen das ändern, Frau Kollegin. Sie müssen diese Kinder in diese Gesellschaft mit einbeziehen. Sie müssen ihnen das Gefühl vermitteln, dass sie dazu gehören. Integration ist keine Einbahnstraße. Auch wir müssen unseren Beitrag dazu leisten. Dazu fordere ich Sie herzlich auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Ende kommen. Ich weiß nicht, wie die Föderalismuskommission letztlich entscheiden wird. Zu dem

früher von mir vertretenen Geschäftsbereich noch einige Sätze. Es wird darüber diskutiert, dass die Länder für den Strafvollzug zuständig sein sollen. Ich vermag nicht zu sagen, ob es dabei bleiben wird oder nicht. Ich kann nur für die FDP-Fraktion erklären: Sollte es so kommen, dann wird die FDP-Fraktion die Landesregierung dabei unterstützen, wenn sie an der bisherigen Strafvollzugspolitik festhält, die unter anderem die Resozialisierung in den Vordergrund der Bemühungen stellt; denn nur das ist eine wirksame Strafvollzugspolitik, nur das ist praktizierter Opferschutz. Das wird sehr häufig falsch dargestellt. Nur dann, wenn ich den Straftäter erfolgreich resozialisiere, bin ich mir sicher, dass er zukünftig keine Straftaten mehr begeht. Das ist praktizierter Opferschutz. Wenn das in Rheinland-Pfalz gesetzestechisch umzusetzen ist, haben Sie unsere Unterstützung in diese Richtung.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend festhalten, dass wir durchaus mit einigen Sorgen nach dieser Regierungserklärung in die nächsten Jahre gehen. Wir stellen fest, dass die Haushaltskonsolidierung nicht mehr in den Vordergrund der Politik gerückt worden ist. Stattdessen ist ein Stück weit das Füllhorn ausgepackt worden. Das ist ein Politikanatz, den wir so nicht mittragen können.

Wir werden das kritisch weiterverfolgen. Ich habe schon zum Ausdruck gebracht, dass wir mit Sorge sehen, dass das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau durch die Veränderungen die Fähigkeiten verliert, weiter als Strukturministerium zu wirken, wodurch Rheinland-Pfalz erst zum Aufsteigerland wurde. Auch das wollen wir in den nächsten Wochen und Monaten weiter kritisch begleiten.

Wir haben durchaus auch die Sorge – jedenfalls nach den Ausführungen, so wie sie gemacht worden sind –, dass die Lasten nicht immer gerecht verteilt werden. Ich denke dabei an die Einschnitte bei den Beamten, die aus meiner Sicht etwas einseitig wirken.

Wir meinen auch, dass nicht alle Chancen zum Beispiel im Rahmen der Studienfinanzierung genutzt werden. Wir meinen, dass die Nutzung dieser Chancen dazu dienen könnte, Spaltungen und Ungleichgewichte, die in der Gesellschaft bestehen, abzubauen. Wir wünschen uns, dass diese Chancen genutzt werden. An vielen Stellen geschieht dies aus unserer Sicht leider nicht. Wir wollen das aber weiter kritisch und konstruktiv begleiten.

(Anhaltend Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck.

Beck, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bedanke mich zunächst bei den Rednern des

heutigen Vormittags herzlich für den Meinungs austausch und dafür, dass es bei allen Passagen gab, die Gemeinsamkeiten signalisiert haben. Ich bedanke mich herzlich bei meinem Fraktionsvorsitzenden, wenn ich das so formulieren darf – bei Herrn Hartloff –, für die Unterstützung der Politik, die die Landesregierung vorgeschlagen hat. Ich bin mir sicher, dass wir in einem konstruktiven Miteinander und auch in der Offenheit, die die parlamentarische Debatte mit sich bringen muss, die Ziele umsetzen werden, die wir uns vorgenommen haben.

Ich bedanke mich auch für die Signale der Gemeinsamkeit in einigen Bereichen von Herrn Kollegen Mertin, obwohl ich mich des Eindrucks nicht erwehren konnte, dass das alte Wort doch richtig ist, dass das Sein das Bewusstsein sehr stark prägt. An mancher Stelle hätte ich mich gern in die Situation versetzt, wenn Sie bei der gestrigen Beratung des Kabinetts über die Haushalts Eckwerte noch am Tisch gesessen hätten und wie dann argumentiert worden wäre, lieber Herr Kollege Mertin. Ich erinnere mich dabei an die teilweise auch gerechtfertigten Einwände, dass nicht nur kein Hauch, sondern noch nicht einmal ein Ansatz von Beiträgen zur Konsolidierung des Haushalts aus Ihrer Sicht möglich war. So prägt das Sein das Bewusstsein.

(Zuruf des Abg. Mertin, FDP)

Ganz vergessen werden wir das aber nicht. Sie wissen, dass wir alle gemeinsam sehr gut wissen und kennen, was wir in den vergangenen 15 Jahren miteinander bewegt haben. Wir sollten uns da in den Erinnerungslücken, die wir uns zumuten, nicht überfordern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich auch bei Herrn Baldauf, obwohl ich mir schon gewünscht hätte, wenn Sie wenigstens einiges an Fassbarem, an Alternativen genannt hätten, lieber Herr Kollege Baldauf.

(Beifall der SPD)

Sie waren in Ihrer Kritik mir gegenüber und gegenüber der Landesregierung sehr hart. Das ist Ihr gutes Recht. Darüber beschwere ich mich auch nicht. Erlauben Sie mir aber, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen, dass ich unseren früheren Kollegen Hans Hermann Dieckvoß zitiere, der auf eine ähnliche Rede eines Ihrer Vorgänger einmal gesagt hat: „Wenn das eine Hoffnung war, möchte ich nicht wissen, was eine Verzweiflung ist.“

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war ein Zitat.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will gern einige der gegebenen Anstöße in der Debatte aufnehmen. Es ist überhaupt keine Frage, dass wir uns in besonderer Weise – ich habe das meines Wissens gestern auch in der breitesten Passage meiner Regierungserklärung deutlich gemacht –, dass wir uns der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsmarktentwicklung zuwenden müssen. Diese Regierung und die sie tragen-

de Fraktion werden dafür stehen, dass wir dieses Thema nicht getrennt von der sozialen Dimension in unserer Gesellschaft und der ökologischen Verantwortung betrachten werden. Dabei wird es bleiben.

Es wird auch dabei bleiben, dass wir darauf fußend, dass bei einer sehr starken Betonung des Mittelstands und der Chancen, die in der Gründung neuer, gerade auch neuer dienstleistungs- und technologieorientierter Unternehmen stecken, eine Chance sehen, um Arbeitsplätze für die Menschen zu schaffen, die zum einen in der Zukunft und auch im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig sind und die zum anderen uns helfen, einen Teil dessen auszugleichen, was aufgrund der Rationalisierungserfolge insbesondere in der produzierenden Wirtschaft an Arbeitsplätzen nicht mehr zur Verfügung steht. Wir befinden uns auch im Bereich vieler Dienstleistungssektoren aufgrund der gegebenen technologischen Möglichkeiten in einer Rationalisierungswelle. Ich meine, dass darin durchaus eine gemeinsame Überzeugung steckt.

Darin steckt, dass Rheinland-Pfalz seinen Industrieunternehmen weiter gute Bedingungen bieten will. Darin steckt aber auch, dass wir insbesondere unser Handwerk als eine große Chance betrachten, um nicht nur selbstständige Existenzen auf der Breite aufgestellt zu haben, sondern auch um Dienstleistungen in der Fläche unseres Landes anbieten zu können. Darüber hinaus wissen wir, welcher Beitrag – das füge ich ausdrücklich hinzu – dort für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt geleistet wird.

Ich will erneut betonen, dass in Rheinland-Pfalz die Bereiche der Landwirtschaft und des Weinbaus immer zu den Säulen unserer Wirtschaft gehört haben und weiter gehören werden. Da sind für mich die Zahlen, wie sie das Statistische Landesamt gerade vorgelegt hat, nur selektiv zu sehen, wonach die Landwirtschaft noch 1,2 % zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, weil die Gesamtwirkung auf den Tourismus und die Erhaltung unserer Kulturlandschaft sowie natürlich auf ein Stück ländlicher, guter und gewachsener Struktur, die auch ein Teil der Wurzeln unserer Gesellschaft insgesamt darstellt, aus dieser landwirtschaftlichen Herkunft rührt. Das alles wollen wir nicht verloren gehen lassen. Deshalb bleiben wir dabei, dass diese Säule unabhängig vom messbaren Beitrag am Bruttoinlandsprodukt wichtig ist und der Weinbau und andere Sonderkulturen noch einmal dazu beitragen, den besonderen Charakter dieses Landes herauszuheben, die ein Alleinstellungsmerkmal sind, wenn man das so sagen darf. Auch das ist die Wahrheit, und auch das wird unser politisches Handeln bestimmen.

Es ist richtig, dass dazu als vierte Säule in starkem Maße ein wachsender Dienstleistungssektor kommen muss. Wir haben Ansätze angesprochen, die es uns, so hoffe ich, ermöglichen, in Dienstleistungssektoren mit ordentlicher Arbeit, also nicht mit Grauzonen oder Schwarzarbeit, sondern mit ordentlicher Arbeit, neue Beschäftigungschancen für Menschen zu schaffen.

Dies gilt insbesondere für die Dienstleistung am Menschen, für die Mithilfe in einer Familie, für die Mithilfe über den Fachpflegebereich hinaus für die Pflege von

schwerstbehinderten Menschen und von alten Menschen, die der Betreuung bedürfen. Ich meine, da sind Chancen enthalten.

Herr Baldauf, deshalb halte ich Ihre Schlussfolgerung für unzutreffend, die Demografie werde zwar das Abrufen von hohen Qualifikationen, aber keine Lösung für eine Minderqualifikation mit sich bringen. Zum einen befassen wir uns damit und finden uns nicht damit ab, dass es eine so große Zahl von Minderqualifizierten gibt. Dazu haben wir Vorschläge vorgelegt, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Zum anderen müssen wir sehr sorgfältig die Worte der Qualifikation und der Wertigkeit, die damit verbunden ist, wägen; denn wenn wir damit anfangen, die Dienstleistung am Menschen auch durch unsere Wortwahl im Image noch geringer zu schätzen, als sie leider schon geschätzt wird, werden wir keine Menschen gewinnen, die dort hingehen. Das müssen wir ganz sorgfältig aufnehmen.

(Beifall der SPD)

Deshalb bleibe ich dabei, dass sich der Respekt vor der Arbeit, unabhängig davon, welche Arbeit es ist, an der Qualität und am Einsatzwillen und nicht an der Art der Tätigkeit festmacht. Anderes drückt sich in Lohnstrukturen aus, aber nicht im Respekt, den wir Menschen für eine Tätigkeit entgegenbringen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn wir die Weichenstellungen vernünftig vornehmen, sehe ich durchaus eine Chance, dass wir das, was wir Vollbeschäftigung in einer mobilen Gesellschaft nennen, anstreben und auf der Zeitschiene erreichen können.

Meine Damen und Herren, wenn wir den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz betrachten, ist es keine Selbstverständlichkeit und nicht nur ein Verdienst einer Regierung – das habe ich nie behauptet und werde ich nie behaupten –, sondern Gott sei Dank so, dass wir immer knapp hinter Bayern an drittbestigster Stelle in dieser Republik stehen. Das ist eine fantastische Sache.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn man aus den Arbeitsamtsbezirken die Effekte herausnimmt, die immer im Frühjahr zu verzeichnen sind, weil Leute Abitur gemacht haben, auf das Studium warten und sich arbeitslos melden, damit die Eltern das Kindergeld weiter bekommen – das ist völlig in Ordnung und nicht zu kritisieren –, gibt es welche, die nahe an der Vollbeschäftigung sind. Wir haben solche, die im Mai deutlich unter 6 % liegen. Wir haben in Rheinland-Pfalz keinen Arbeitsamtsbezirk mehr – auch nicht in Pirmasens und an der oberen Nahe –, der über 10 % liegt.

Ich finde, das kann uns Hoffnung machen. Das ist aber kein Grund, sich auszuruhen. Das ist auf keinen Fall eine Basis dafür, dass wir dieses Land nur in Moll-Tönen beschreiben oder düsteren Farben malen. Diesen Grund gibt es nicht. Es gibt aber wohl Gründe, sich weiterhin kraftvoll anzustrengen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass ich nicht das wiederholen muss, was ich gestern zur Förderung der Wirtschaft in großer Breite und in großem Bewusstsein gesagt habe. Ich stimme zu, dass wir uns die neu gegründeten Unternehmen sehr sorgfältig anschauen müssen, und zwar nicht nur bei der Gründung, sondern auch bei der zweiten und dritten Investitionsschwelle, wo es oft noch schwieriger als bei der Gründung ist, weil durchaus Risikokapital zur Verfügung steht, aber dann oft Liquiditätsprobleme der Unternehmen vorhanden sind.

Wenn diese schnell wachsen, wächst die Bereitschaft der Banken, die Liquidität zur Verfügung zu stellen, nicht immer mit. Das ist ein richtiges Problem. Dem wollen und haben wir uns bereits über die Investitions- und Strukturbank zugewendet, indem wir solche Liquiditätsabsicherungen vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, wir haben doch unseren Beitrag in Rheinland-Pfalz weiß Gott dazu geleistet, dass wir eine gegliederte Banklandschaft behalten und die Mittelständler und die Bürger nicht nur auf die Geschäftsbanken, die nicht immer die feinsten Methoden angewandt haben, angewiesen sind.

Jetzt scheint man sich wieder darauf zu besinnen, dass der Mittelstand doch ein interessantes Geschäft ist. Eine Zeit lang war es anders. Mir haben Mittelständler in meiner Sonntagsprechstunde Folgendes erzählt: „Sie glauben es nicht. Mein Vater tätig schon seit 25 Jahren mit dieser Bank seine Geldgeschäfte. Jetzt kam jemand Neues, der mich wie den letzten Dreck behandelt hat.“ – Ich sage nicht, die Geschäftsbanken sind so. Es hat aber solche Beispiele gegeben.

Deshalb haben wir alles in unserer Kraft Stehende dafür getan, dass neben den Genossenschaftsbanken, die einen wichtigen Beitrag leisten und ihre Wurzeln in Rheinland-Pfalz, nämlich im Norden unseres Landes im Westerwald, haben, auch zukünftig die Sparkassenlandschaft besteht.

Mit unserem Sparkassengesetz, aber auch mit der Positionierung unserer Landesbank haben wir zu einer Zeit Weichen gestellt, als wir noch gute Ergebnisse erzielen konnten. Ich bin sicher, es gibt eine Reihe Länder – ich will sie jetzt nicht nennen – und auch solche, die nicht weit weg sind, die froh wären, wenn sie mit ihrer Landesbank so aufgestellt wären, wie es Rheinland-Pfalz ist. Das wiederum ist eine entscheidende Basis dafür, dass unsere Sparkassen handlungsfähig bleiben.

(Beifall der SPD –
Frau Spurzem, SPD: So ist das!)

Lieber Herr Dr. Rosenbauer, es mag sein, dass Sie das nicht interessiert. Mich interessiert es. Das ist ein entscheidender Punkt.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Ich habe
doch gar nichts gesagt!)

Lieber Herr Baldauf, wenn Sie über diese Dinge in allgemeiner Form reden, müssen Sie hinnehmen, dass

man Ihnen die Zusammenhänge, wie sie in Rheinland-Pfalz sind, in Erinnerung ruft, wenn Sie sie aus der Erinnerung verloren haben sollten.

(Beifall der SPD)

Das Leben ist konkret und nicht voller Blumen und Wolken, wie sie heute Morgen von Herrn Baldauf in die Welt gesetzt worden sind. Ich sage Ihnen, damit kann man keine Politik machen. Damit kommen Sie keinen Millimeter weiter.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

– Seien Sie nur aufgeregt. Ich wäre es auch, wenn ich in Ihrer Situation wäre. Das können Sie mir glauben.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich zu dieser Wirtschaftsbetrachtung noch einen Punkt von dem aufnehmen, was Herr Mertin hinsichtlich der Ausstattung des Wirtschaftsministeriums gesagt hat. Hier sind wir unterschiedlicher Auffassungen. Für die Regelung von Problemen ist es keine elementare Frage, aber vielleicht für den, der einmal Staatssekretär war und gern mitgeredet hätte. Das mag sein.

Sie wissen, dass ich, als wir die ISB gegründet haben, noch Fraktionsvorsitzender war. Ich sage Ihnen jetzt zu dem, was wir gemacht haben, meine Position. Das sage ich nicht vorwurfsvoll. Das hat bisher Gott sei Dank auch gut funktioniert.

Es ist eines meiner Prinzipien – daran werde ich festhalten –, dass es dort, wo über Finanzressourcen verfügt wird, die sich zu einem großen Teil am Markt refinanzieren müssen, gut ist, wenn der „Bestellende“, das Wirtschaftsressort, und derjenige, der die banküblichen Verantwortlichkeiten in der Hand hat, ohne die Ressortzuständigkeiten hinsichtlich der inhaltlichen Anwendungen infrage zu stellen, von einem anderen Augenpaar mit überwacht wird. Das ist der einzige Punkt an dieser Stelle.

(Eymael, FDP: Das war
bisher schon der Fall!)

– Es ist nicht wahr, dass es bisher schon der Fall war. Das Finanzministerium war beteiligt, weil es im Bürgerschaftsgeschäft auch zuständig war.

Lieber Herr Eymael, ich bin schon so lange da, dass Sie mich nicht belehren müssen, wie die Dinge zusammenhängen.

(Zurufe von der FDP)

– Das bestreite ich nicht. Deshalb können Sie aber nicht sagen, das sei nicht wahr.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Sie können es anders sehen. Das respektiere ich. Dann sage ich Ihnen, wie ich es sehe. Deshalb haben

wir es jetzt so gemacht. Ich will einen Dialog und die Diskussion. Ich nehme das gern auf. Das ist Zweck einer Debatte.

Meine Damen und Herren, ein Wort zur Verkehrsinfrastruktur.

(Zuruf aus dem Hause)

– Man weiß nie, wer wo auf dieser Welt rudert.

Lassen Sie mich zur Verkehrsinfrastruktur sagen, dass es keinerlei Auffassungsunterschiede gibt. Ich will auch einmal deutlich sagen, dass ich von keiner politischen Kraft in diesem Haus zu den wichtigen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, die in nächster Zeit anstehen, so klare Worte gehört habe, wie ich sie gestern gesagt habe.

Bitte Sie einmal Herrn Schreiner und die Repräsentanten der Mainzer FDP – ich habe all die Diskussionen vor der Landtagswahl verfolgt –, zum Flughafen in Frankfurt das Gleiche zu sagen, wie ich es gestern gesagt habe. Sie sind herzlich eingeladen. Ich bin froh darüber, wenn es so ist. Ich will nur sagen, ich bin keinem Thema ausgewichen. Das hat auch keinen Sinn.

Wir wissen, dass das notwendig ist und worum wir kämpfen, nämlich um eine Entlastung der Menschen in dieser Region, soweit es geht. Wir wissen auch, was solche Einrichtungen bedeuten. Das gilt auch für das Stichwort „Hochmoselübergang“ und andere. Diese sind alle genannt worden.

Ich habe Sie nicht genannt, weil Sie unbedeutend sind. Ich habe die genannt, die politisch im Diskurs sind. Dazu muss man die Position zu dem beziehen, zu dem wir uns alle einig sind. Das kann man nicht alles aufzählen, auch nicht in einer Regierungserklärung.

Dann zum Stichwort „Regionalisierungsmittel“. Ich habe mich zu einem frühen Zeitpunkt gegen die Art und Weise, wie dieses so genannte Koch-Steinbrück-Papier gestrickt war, gewandt. Sie wissen das. Ich habe das hier mehrfach gesagt. Ich bin sehr wohl bei denen, die sagen, man muss auch einmal über eine Subventionslandschaft gehen können und gleich zurücknehmen. Man muss aber wissen – so habe ich es, glaube ich, formuliert –, dass dort Blumenbeete enthalten sind. Die Forschungsförderung würde ich als ein solches betrachten, aber eben auch den Schienen- und Regionalverkehr. Für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist das ganz wichtig. Das war sicher auch ein ganz großer Erfolg, dass dieser Rheinland-Pfalz-Takt auch von den Menschen so angenommen worden ist und er bundesweit sicher beispielgebend ist.

Deshalb werden wir um diesen Schienenpersonennahverkehr auch kämpfen und ihn nicht kaputt machen.

Herr Kollege Baukhage weiß, wie oft wir darüber geredet haben, dass man punktuell da und dort auch einmal eine Optimierung vornehmen kann. Es kann nicht immer jeder Zug zu jeder Uhrzeit für alle Zeiten sakrosankt sein, aber die Strecken, die Vernetzungen, die Verzahnungen, die Schnittstellen, sodass man wirklich mög-

lichst optimal auf den Schienen unterwegs sein kann, müssen bleiben. Das werden wir auch miteinander hinkommen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen verhandeln wir auf der Bundesebene. Wir nehmen die Verhandlungen auf, die Sie auch schon geführt haben. Sie werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. Ich hatte in der letzten Woche den Besuch des Bundesfinanzministers hier in Mainz. Wir haben darüber gesprochen. Wir werden intensiv diskutieren – der Wirtschaftsminister, der Verkehrsminister, der Finanzminister haben schon Termine vereinbart –, um die Verhandlungen fortzuführen. Parallel dazu laufen die offiziellen Bemühungen in den Ausschüssen des Bundestags und natürlich im Bundesrat; denn das ist ein zustimmungspflichtiges Gesetz.

Insofern sind wir nicht hilflos und machtlos. Ich gehe davon aus, dass wir eine deutliche Verbesserung erreichen können gegenüber dem, was derzeit mit den vorhin genannten 173 Millionen Euro für den Zeitraum bis 2010 auf dem Tisch sein wird, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sein werden. Da bin ich für jede Unterstützung dankbar. Das gilt auch für die Bundestagsfraktionen, wo ich mich bei einigen, die uns gut unterstützen, sehr herzlich bedanken will. Es ist auch niemand daran gehindert, seine Abgeordneten zu bitten, gerade im Verkehrsausschuss und im Haushaltsausschuss einen Beitrag zu leisten. Gemeinsam können wir sicher mehr erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem zweiten zentralen Thema kommen, das etwas mit der Wirtschaft, der Sozialarbeit, der ökologischen Verantwortung, mit den Zukunftsfähigkeiten dieses Landes zu tun hat.

Ich bin völlig einverstanden damit, dass wir hier miteinander festhalten, dass die Rolle der Familien in unserer Gesellschaft, insbesondere der Familien mit Kindern, eine stärkere Beachtung finden muss, als dies in Deutschland insgesamt in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Ich habe davon gesprochen, dass ich die Diskussion um das Erziehungsgeld versucht habe voranzubringen. Es war ein Teil des sozialdemokratischen Programms zur letzten Bundestagswahl. Es ist umgesetzt, zumindest ist es in einer unstrittigen Umsetzungsphase innerhalb der großen Koalition.

Wir haben immer gesagt: Da muss einiges dazukommen. – Da muss dieser ideale Bereich hinzukommen, der Kinderfreundlichkeit genannt wird. Da muss das Bewusstsein immer klar bleiben, dass wir Familien, jungen Menschen nicht hineinreden, wie sie leben. Es ist nicht das Recht des Staates zu sagen: Entscheide dich zum Kind, sonst bist du ein schlechter Bürger, oder gegen das Kind, dann bist du ein schlechter Bürger.–

Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir wissen aber aus Umfragen, dass viele junge Menschen das Ideal Familie und Kind haben. Das ist gut. Das ist eine richtig große Chance für uns. Es ist aber offensichtlich so, wie es sich insbesondere in Akademikerfamilien zeigt, dass es

Hemmschwellen gibt, sich letzten Endes für das Kind zu entscheiden.

(Baldauf, CDU: Das hat nichts mit Geld zu tun!)

– Das hat nichts mit Geld zu tun. – Das hat nicht nur mit Geld zu tun, es hat aber eine Menge damit zu tun, ob man ein Bild hat, das – glaube ich – der Löwenanteil der jungen Frauen zu Recht von ihrer Zukunft haben, nämlich eine berufliche Karriere mit einer Familie mit Kind zu verbinden, dass man Hilfen anbietet und Unterstützung gewährt.

(Beifall bei der SPD)

Darauf fußt unsere Familienpolitik in diesem Land Rheinland-Pfalz mit all dem, was wir noch in diesem Jahr auf den Weg bringen werden. Ich kann nur unterstreichen, was Jochen Hartloff gesagt hat. Wenn Sie uns sagen, wie Sie die Finanzierung 2007 hinbekommen, ohne eine Luftbuchung zu machen, dann machen wir gern alle Kindergartenjahre schon ab 2007 beitragsfrei. Sie wissen aber so gut wie ich, dass das eine absolute Illusion ist. Vor dem Hintergrund dessen, was Sie hier über den Landeshaushalt gesagt haben, kann man so etwas ernsthaft nicht zusammenbringen und dann noch 800 Lehrer zusätzlich und zusätzliche Polizisten fordern.

(Beifall bei der SPD)

Milliarden haben Sie hier gefordert, und zwar dauerhaft.

(Zuruf des Abg. Licht CDU)

– Wir belegen es doch, Entschuldigung. Wir haben es doch finanziert. Wir haben doch Gesetze hier eingebracht. Sie stellen Forderungen auf und haben noch nie einen belastbaren Haushaltsantrag gestellt, seit ich in den letzten Jahren hier bin.

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Baldauf, Sie haben heute kein einziges Wort gesagt, wo Sie bereit wären, Einschnitte vorzunehmen.

(Zurufe von der CDU)

– Warten Sie einmal. Zu der Staatskanzlei komme ich noch.

Realistisch, den Familien zugewandt und familien- und kinderfreundlich, so wird unsere Politik sein. Das gilt auch für die Ganztagschulen. Meine Damen und Herren, eine künstliche Debatte über Schulformen hier zu versuchen, da werden Sie sich an uns die Zähne ausbeißen. Wir sind keine Schuldebattenideologen. Mit uns werden Sie das Ping-Pong-Spiel nicht machen. Es bleibt bei der Politik dieses Landes Rheinland-Pfalz. Dort, wo die Eltern das wünschen, werden solche Schulformen angeboten. Wo die Eltern das nicht wünschen, werden sie nicht angeboten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Baldauf, ich prophezeie Ihnen, zu dieser Entwicklung der Regionalen Schule werden Sie genauso eine Kehrtwendung machen wie zur Ganztagschule, weil Ihre Bürgermeister vor Ort natürlich genauso wie sozialdemokratische oder freidemokratische Bürgermeister Druck auf uns machen. Machen wir uns da nichts vor. Vielleicht der Oppositionsrolle geschuldet, worüber ich nicht böse bin, es wird aber in Rheinland-Pfalz keine Schulideologiedebatte mit uns geben. Es gibt überhaupt keinen Grund dazu, weil absolut entlang der bisherigen Linie weiter verfahren wird. So schlecht können es die Leute nicht gefunden haben nach dem Wahlergebnis.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Demografie. Wie Sie auf die Behauptung kommen konnten, ich hätte zur Demografie in meiner Regierungserklärung nichts gesagt, erschließt sich mir wirklich nicht. Das war wie ein roter Faden. Man kann es falsch finden, das ist etwas anderes, aber es war wie ein roter Faden durch die gesamte Regierungserklärung durchgezogen, von der Kinderfreundlichkeit – das ist wohl ein zentraler Ansatz – bis zur Pflege der Menschen, bis zu Wohnformen, die wir entwickeln, bis zum Thema „Soziale Stadt und Dorferneuerung“. Das alles finden Sie in ganz vielfältiger Form, im Übrigen auch zum Thema „Wirtschaft“, wo wir mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, Herr Kollege Bauckhage, glaube ich, auch bundesweit beachtete Thesen zur ökonomischen Situation in einer altersmäßig anders zusammengesetzten Gesellschaft entwickelt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist so.

Ich will noch einmal in Erinnerung rufen dürfen: Als ich vor knapp zwölf Jahren die Verantwortung als Ministerpräsident übernommen habe, waren in Rheinland-Pfalz die Zahlen so, dass es knapp 3,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger gab. Es sind jetzt knapp 4,1 Millionen. Halten wir die Kirche im Dorf, wie ich so gern sage.

Es wird eine Altersverschiebung geben. Es wird vielleicht auf lange Frist – das wird man sehen, wie die unterschiedlichen Szenarien eintreffen – einen Rückgang der Bevölkerung geben, aber bei Weitem nicht so dramatisch, wie es dargestellt wird.

Wir sind dennoch gefordert. Wir werden natürlich nicht aus dem Auge verlieren, dass wir Regionen haben, die dort besonders gefährdet sind. Ich nenne die Südwestpfalz und die Westpfalz, die zu Recht genannt worden sind.

Meine Damen und Herren, es war aber doch kein Zufall, dass wir im Zuge der Konversion und im Raum Pirmasens, Südwestpfalz und Zweibrücken, auch im Rahmen von Konversion und einer Veränderung in der Monostruktur, dort die zentralen Punkte gesetzt haben, was die Mittelverteilung im Konversionsprogramm und bei den Strukturhilfen anging.

Ich sage Ihnen, Kaiserslautern mit der Universität, der Fachhochschule, der Meisterschule, zwei Fraunhofer-

Instituten, einem Max-Planck-Institut gemeinsam mit Saarbrücken, mit einer Entwicklung im PRE-Park oder in Siegelbach, wenn Sie diese jungen Unternehmen, die aus der Universität herausgewachsen sind, nehmen, mit einem zweiten PRE-Park, der gerade in der Entwicklung ist, mit einer Verkehrsinfrastruktur, wie Sie sie kaum irgendwo günstiger finden – wenn jetzt das, was sich gerade im Bau befindet, fertig ist, einschließlich der internationalen Schnellbahn –, wird einer unserer Kernpunkte sein.

In sieben bis zehn Jahren – Sie werden das erleben – wird das einer der prosperierenden Orte in Rheinland-Pfalz sein. Wir arbeiten daran, dass wir – natürlich ist es kleiner – in Zweibrücken und in Pirmasens ähnliche Punkte aufbauen.

Schauen Sie sich an, was aus der Husterhöh-Kaserne in Pirmasens schon geworden ist, lieber Herr Lelle, lieber Herr Fuhr. Wir haben es leider sehr spät von den Amerikanern zurückbekommen. Aber es ist doch eine tolle Entwicklung, die dort auf den Weg gebracht worden ist. Das haben das Land und die Kommunen gemeinsam gemacht. Den Löwenanteil haben wir bezahlt, meine Damen und Herren. Dazu bekenne ich mich auch.

(Beifall der SPD)

Es geht, wenn man dies unter dem Gesichtspunkt der Demografie anspricht, darum, die Ströme umzukehren, Geldströme wieder in diese Region hineinzusteuern. Deshalb haben wir darum gekämpft, nicht weil wir gern mit den Einzelhändlern Streit haben, dass in Zweibrücken mit dem DOZ etwas entsteht, das sich als neuer Kristallisationspunkt darstellt. Gott sei Dank sind die Zweibrücker Einzelhändler heute damit zufrieden.

Ich war vor der Wahl dort und bin dort durchgegangen. Unsere Hoffnungen, nicht die Befürchtungen dieser Menschen sind eingetroffen.

Geldströme umdrehen in der Erwartung, dass man damit wirtschaftliche Impulse in der Breite gibt, und Menschenströme umkehren; deshalb Fachhochschulstandort, Technologiezentrum sowohl in Pirmasens als auch in Zweibrücken.

Wir haben schon ein Konzept, wie wir mit diesen Entwicklungen umgehen. Das könnte man doch auch für Bitburg sagen, lieber Herr Kollege Billen. Das ist doch eine phantastische Entwicklung, die dort auf den Weg gekommen ist, was den ehemaligen Flugplatz Bitburg und die Entwicklung dieser Stadt angeht.

Ich kann wirklich nur sagen, das ist der Weg, den wir auch in Zukunft gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn Klagen darüber, es gibt Prognosen, die Negatives verheißen, das hilft uns nicht weiter. Das zur Demografie.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, nun ein Wort zu den Steuern und den Ausgaben des Landes. Ich bin schon ein bisschen erstaunt gewesen, wie mit den Zahlen umgegangen wird. Der Schuldenstand des Landes liegt nach den

offiziellen Statistiken bei 24,7 Milliarden Euro, nicht bei 28 Milliarden Euro. Das ist doch ein kleiner Unterschied.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Es scheint aber nicht darauf anzukommen, wenn man gerade so schön daherreden kann.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Ihnen zu dieser Entwicklung der Schulden in diesem Land Rheinland-Pfalz noch einmal einige Fakten nennen. Ich weiß, dass es wohlfeiler ist, es anders zu sehen. Ich will mich auch nicht um unseren Teil der Verantwortung drücken.

Ich habe es aber schon in der letzten Legislaturperiode versprochen: Wer mit diesem plumpen Verschuldungsgerede kommt, der bekommt von mir immer die Fakten genannt, Redezeit hin, Redezeit her.

(Harald Schweitzer, SPD: Das ist gut so!)

Sie haben es gemacht. So plump lassen wir es nicht durchgehen.

1980 bis 1991: CDU-Regierung, Steuereinnahmen 6,4 % – immer im Schnitt –, Ausgabenvolumen – – –

(Baldauf, CDU: Das ist 20 Jahre her!)

– Das ist doch egal. Da ist die Basis gelegt worden. Ich weiß auch, dass 1980 20 Jahre älter ist als 2000. Das weiß ich auch.

(Licht, CDU: Dann bauen Sie auch die Brücke!)

– Hören Sie doch einfach einmal zu, einmal bitte. Es schadet nicht, glauben Sie mir, weil Sie sonst bei diesem Niveau von Reden bleiben, wenn Sie nie zuhören.

(Beifall der SPD)

Bereinigte Gesamtausgaben in dieser Zeit: 6,2 % im Schnitt der Jahre.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Empfehlung des Finanzplanungsrats in dieser Zeit: 3 %. Sie haben doppelt so viel an Zuwächsen an Ausgaben gehabt, als der Finanzplanungsrat in diesen Jahren zugestanden hat. Das hat die Basis der Schulden in diesem Land Rheinland-Pfalz gelegt, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Was denn sonst?

Ich nenne Ihnen noch ein paar Zahlen. Auch das Verdrängen der Wahrheit beseitigt die Wahrheit nicht.

(Licht, CDU: Zur Basis Ihrer Politik gehört das Zitat von Herrn Mertes!)

– Sie sind jetzt als Tennisspieler nicht mehr so gefragt, seit die Ruderer dran sind. Deshalb lassen Sie mich einmal reden.

Jetzt sage ich Ihnen, wie es seit 1992 aussieht; denn den Haushalt von 1991 haben Sie noch gemacht.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Bracht, Sie reden immer über Zahlen und haben sie offensichtlich nicht verstanden, also versuchen Sie es einfach einmal.

1992 bis 2006 – laufender Haushalt einbezogen: – –

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Das ist nicht unter Niveau; das ist Niveau, wenn man über Fakten redet, anstatt zu schwadronieren, liebe Frau Kohnle-Gros.

– – In diesen Jahren Steigerung der Einnahmen unter dem Strich: 2,1 %, ein Drittel dessen, was Sie im Vergleichszeitraum zu Ihrer Zeit hatten. Durchschnittliche Ausgaben: 2,1 %, Vorgaben des Finanzplanungsrats für die Ausgaben: 2,1 %. Wir sind also unter dem geblieben.

(Bracht, CDU: Das ändert nichts an den Schulden, die Sie gemacht haben!)

Jetzt erzähle ich Ihnen, wie es in den Jahren 2001 bis 2006 allein gewesen ist, wo Sie gerade heftig darauf eingeschlagen haben.

(Baldauf, CDU: Mit Landesbetrieb oder ohne?)

– Mit Landesbetrieb; das ist immer Konzernbetrachtung.

2001 bis 2006: Einnahmen: Minus 0,6 %, Ausgaben: Plus 0,7 %, bei der Preissteigerungsrate, die bei 1,5 % lag.

(Bracht, CDU: Trotzdem Schulden gemacht!)

– Herr Bracht, es ist wirklich ein Niveau. Das tut einem körperlich weh, was Sie veranstalten. Sie sind überhaupt nicht imstande, Fakten wahrzunehmen. Jetzt sage ich Ihnen, Sie sind doch Haushälter, dann verstehen Sie doch – – –

(Harald Schweitzer, SPD: Da bin ich mir nicht so sicher!)

– Gut, ich glaube schon, dass er es verstehen will.

Die Kreditfinanzierungsquote: – –

Sind wir uns einig, dass das ein wichtiger Maßstab ist, um zu wissen, wo man steht? Sind wir uns einig? – Prima.

– – In Ihrer Verantwortungszeit: 9,3 %, in unserer Verantwortungszeit: 8,4 %, in den letzten fünf Jahren allein betrachtet: 7,2 %.

Wo sind denn die Schuldenmachereien, von denen Sie geredet haben?

(Harald Schweitzer, SPD: Dort drüben!)

Ich bestreite doch überhaupt nicht, dass wir insgesamt zu hohe Kreditaufnahmen haben, aber was Sie uns vorwerfen, stimmt schlicht und einfach nicht.

Wir haben die finanzpolitischen Leitlinien seit unserer Verantwortungszeit deutlich zum Besseren verändert; sonst wären diese Zahlen nicht denkbar. So ist es!

(Starker Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Haben Sie gelesen, was der Rechnungshof gesagt hat?)

– Ja, aber Sie bringen alles durcheinander.

Jetzt zerstöre ich Ihnen noch eine Illusion von dem Land Rheinland-Pfalz, das mit der Schuldenzunahme je Einwohner am schlechtesten dasteht. Richtig ist, wir haben 1991 eine Verschuldung je Einwohner übernommen, die Platz 11 aller Bundesländer bedeutet hat. Wir sind jetzt unter allen Bundesländern auf Platz 7 und unter den westlichen Bundesländern, die man eigentlich nur vergleichen kann, auf Platz 6 nach vorn gerückt. Verschuldungspolitik – ja, wir haben zu viele Schulden gemacht, aber gemessen an der Relation der Entwicklung in Deutschland haben wir uns gegenüber der Zeit der CDU-Regierung und ihrer Verantwortung deutlich verbessert.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Das hören Sie nicht gern, nicht wahr? Aber es ist wahr!

Ich möchte nun noch etwas zur Schuldenzunahme je Einwohner zwischen 2000 und 2005 sagen. Sie lag in Rheinland-Pfalz mit 1.515 Euro objektiv zu hoch, aber relativ hinter Bayern, Baden-Württemberg und Hessen war es die viertniedrigste.

(Baldauf, CDU: Und 2006 einen ausgeglichenen Haushalt!)

– Wir hatten keinen ausgeglichenen Haushalt, erzählt er jetzt. Hessen hatte keinen ausgeglichenen Haushalt, schon in der Aufstellung, lieber Herr Baldauf, – –

(Baldauf, CDU: Bayern hat jetzt einen!)

– Ja, Bayern hat einen! – Wenn wir so viel Vermögen veräußern würden, wie es Bayern tut, wäre das auch möglich. So ist es!

(Zurufe von der CDU –
Beifall der SPD)

Lassen Sie uns doch auch einmal ein paar Jahrzehnte mit absoluter Mehrheit regieren, dann werden Sie sehen. Wir werden genauso gute Zahlen wie Bayern vorlegen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall der SPD)

Nein, ich mache dieses Spiel nicht mit. Das kann man draußen in Hinterzimmerveranstaltungen erzählen, da kann keiner widersprechen. Aber im Parlament können wir debattieren, und dort können wir es richtig stellen. Sie können jede meiner Zahlen nachprüfen; sie sind alle aus offiziellen Finanzstatistiken. – Na ja, Sie haben sich schon um 2,5 Milliarden Euro bei der Verschuldung verhaun. Wer so daneben liegt! – Sie haben sich um 10 % verrechnet. Das ist ganz schön viel für einen Haushälter. Da wäre ich vorsichtig.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU –
Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zur Frage des Sparens ein Wort sagen. Einverstanden, es ist eine gemeinsame Anstrengung. Ich bin für jeden Hinweis dankbar. Wir werden auch jedem Hinweis nachgehen, das ist keine Frage. Wir werden nicht unsere Politik konterkarieren, aber wir werden jedem Vorschlag nachgehen.

Ich habe gestern einiges vorgeschlagen. Ich lese heute, dass das auf jeden Fall nicht kommen darf. Wir haben gestern im Kabinett die Eckwerte für die Haushaltsberatungen miteinander besprochen und beschlossen. Ich werde einmal sehen, was bei den Haushaltsberatungen von Ihnen an schmerzhaften Eingriffen mitgetragen wird. Ich prognostiziere Ihnen, wie es sein wird: Drüben auf der Wiese werden Gewerkschaften und der Beamtenbund protestieren, und Sie werden dabei sein. So wird es wieder sein.

(Zuruf von der SPD: Und Herr Jullien auch!)

– Nein, Herr Jullien wird nicht mehr dabei sein, aber die CDU wird dabei sein. Sie wird dann ins Parlament kommen und sagen: Es muss viel mehr gespart werden. – Dann sagt Herr Baldauf: „Warum spart ihr nicht bei euch?“ – Was soll das heißen?

Ich bekenne mich dazu, dass wir wieder den einen Staatssekretär oder die eine Staatssekretärin mehr haben, die wir bei unserer vorletzten Regierung auch hatten

(Keller, CDU: Ach so! –
Baldauf, CDU: Sparmaßnahme!)

und die ich dann auf unserem Buckel in den Koalitionsvereinbarungen abgeschafft habe, damit wir einig geworden sind, wenn Sie sich noch recht erinnern. Aber es hat sich gezeigt, dass wir für die Kultur eine eigene Position haben. Ich glaube, dies ist auch richtig, und dazu stehe ich.

Dann kommt: Spart doch einmal bei euch! – Dann kommen so wunderbare Behauptungen. Wie sagten Sie doch gleich? – 66 % – ich habe mich doch nicht geirrt! –, 66 % sei die Staatskanzlei aufgebläht worden. 66 % mehr Personal.

(Zuruf von der SPD:
Er hat Bayern gemeint!)

Jetzt können Sie es noch zurücknehmen. Dann sage ich Ihnen die Zahlen: 1991, im letzten Jahr der CDU-Regierung, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz: 165,5 Stellen, 2005 166 Stellen – also eine halbe Stelle mehr – und 2006 170 Stellen. Nun sage ich Ihnen, wie es zu den 170 Stellen gekommen ist: Die Stellenmehrungen bis 2006 sind ausschließlich Auszubildende, die wir im Rahmen der Ausbildungsinitiative neu eingestellt haben.

(Beifall der SPD)

66 %! – Herr Baldauf, ich unterstelle Ihnen, Sie haben sich in Ihrer Rede geirrt. Wenn Sie es weiter behaupten, sagen Sie die Unwahrheit.

(Baldauf, CDU: Sagen Sie doch einmal etwas zur Zentralabteilung!)

– Was hat dies damit zu tun, wie groß die Zentralabteilung oder eine andere Abteilung ist? – Unterm Strich sind es so viele Stellen!

(Hartloff, SPD: Seriosität!)

Was hat denn das mit der Zentralabteilung zu tun? – Im Übrigen, wenn ich dort nachschauen würde, wäre es wahrscheinlich genauso, und keine Stelle mehr. Wenn Sie es nicht korrigieren, haben Sie die Unwahrheit gesagt, und zwar in einer Dimension, die unglaublich groß ist, nämlich 66 %!

(Beifall der SPD)

Wenn Sie weiterhin versuchen, so Ihre Rolle als Oppositionsführer zu spielen, – – – So viel zur Seriosität!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem versöhnlichen Thema schließen, nämlich mit dem Ehrenamt. Wir sind uns in hohem Maß darüber einig, dass dies ein ganz wichtiger Bereich ist. Aber ausgerechnet Rheinland-Pfalz vorzuwerfen, wir hätten dort zu wenig getan und die Leute im Stich gelassen, ist doch mutig. Wenn der Bundestag eine Enquete-Kommission einberuft, erlebe ich, dass wir als Sachverständige eingeladen werden.

Als die Bundesfamilienministerin kürzlich eine Veranstaltung durchgeführt hat, hat sie mich gebeten, über die Erfahrungen in Rheinland-Pfalz zu berichten, was ich auch getan habe. Ich erlebe, dass bei unseren Ehrenamtstagen und den dort stattfindenden Veranstaltungen unglaublich viele Menschen, auch viele junge Menschen, präsent sind, gerade wieder am letzten Samstag in Rockenhausen.

Meine Damen und Herren, wir waren es, die eine Haftpflicht- und eine Unfallversicherung für die ehrenamtlich Tätigen abgeschlossen haben, und wir sind es, die ihnen, auch durch unsere Angebote im Internet sowie durch die Ehrenamtsstelle, bei der Gründung neuer Initiativen helfen, die sie beraten und sie bei den ersten Schritten unterstützen. Wir müssen uns also in diesem Bereich nichts vorhalten lassen. Rheinland-Pfalz hat mit 4,1 Millionen Einwohnern 1,4 Millionen ehrenamtlich tätige Menschen. Das ist prima, und das wollen wir erhalten. Das, was ich immer Anerkennungskultur nenne,

werden wir uns auch bewahren und erhalten und nicht kaputtreden lassen.

(Beifall der SPD)

Ich habe schon begriffen, was die zentrale Angriffslinie auf diese Regierung und auf mich sein soll, lieber Herr Baldauf, nämlich meine Funktion als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ich darf Ihnen sagen, das ist ein Ehrenamt, und Ehrenämter übt man üblicherweise neben Hauptämtern aus. Ich fühle mich an der Seite der Bundeskanzlerin und des bayerischen Ministerpräsidenten, die beide die gleiche Funktion für ihre Partei inne haben, so unwohl nicht.

(Heiterkeit und Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Es scheint eine Stärke von Ihnen zu sein, dass Sie Zeitung lesen können. Ich fühle mich nicht so unwohl. Wenn Sie mir vorwerfen, ich würde mein Hauptamt – –

(Abg. Baldauf hebt eine Zeitung hoch)

– Was heben Sie denn immer eine Zeitung hoch? Ich lese sie doch selbst. Sie halten mir vor, ich würde das Amt des Ministerpräsidenten darunter leiden lassen. Sind Sie denn der Meinung, dass eine Bundeskanzlerin im Hauptamt weniger zu tun hat als ein Ministerpräsident? Seien Sie also vorsichtig mit diesem Kurs. Er ist nicht geeignet, wirklich auf Dauer tragfähig zu sein. Ich lebe ganz gut mit dieser Kritik.

Wenn nicht mehr dabei herauskommt, als wir heute erlebt haben, dann finde ich es schade. Ich fand es schon anregender, was Herr Kollege Mertin gesagt hat, um sich damit in der Sache auseinander zu setzen.

Sie haben gefragt, wo unsere Politik hinführt. „Wo hat das hingeführt?“, so haben Sie heute Morgen gefragt.

(Harald Schweitzer, SPD:
Zu der absoluten Mehrheit!)

Zu einem Land, das ganz ordentlich aufgestellt ist und in dem die Menschen der Meinung waren, diese SPD sollte es allein regieren. Das ist kein so übles Ziel, was wir da erreicht haben.

(Lang anhaltend starker Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Wir treten bis 14:15 Uhr in die Mittagspause ein.

Unterbrechung der Sitzung: 13:22 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14:17 Uhr.

Vizepräsident Schnabel:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen die Plenarsitzung fort.

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder der Dorfakademie Hambuch. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Abgeordneter Marlies Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht der Versuchung unterliegen, noch einmal das eine oder andere aufzugreifen, was jetzt schon diskutiert worden ist. Erlauben Sie mir aber ganz kurz eine Vorbemerkung.

Herr Ministerpräsident, ich kenne Sie in dieser Funktion schon seit zwölf Jahren. Sie sind sich treu geblieben. Dies sage ich jetzt einmal am Anfang.

(Beifall bei der SPD)

Immer wenn Sie angegriffen werden, ziehen Sie in gleicher Art und Weise Ihre Vorstellung ab. Wir nehmen das gern zur Kenntnis. Ich kann Ihnen aber sagen, wir, die CDU-Fraktion, und auch die Partei sind froh, dass Christian Baldauf in dieser Funktion für uns tätig ist. Er hat unsere ganze Unterstützung. Das möchte ich nur an dieser Stelle am Anfang sagen.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck:
Er hat sie auch nötig!)

Herr Ministerpräsident, weil Sie ganz weit zurückgeblickt haben, möchte ich am Anfang meiner Bemerkungen auch zurückblicken, allerdings nicht ganz so weit, sondern nur in die Zeit Ihrer Regierungszeit. Ich möchte Ihnen etwas vorhalten, weil mir das gestern bei Ihrer Rede aufgefallen ist, was Sie an meiner Reaktion gemerkt haben. Ein bisschen kam es einem so vor, als ob ein neuer Ministerpräsident angefangen hätte, der mit den Problemen der Vergangenheit gar nichts mehr zu tun hat, nicht an jeder Stelle, aber doch an entscheidenden Stellen.

Ich möchte am Anfang eine Stelle ganz exemplarisch nennen, nämlich die Frage der Ausbildungsplatzsituation, die in den letzten drei Tagen wieder in allen Medien zu finden war. Wir haben gestern und heute darüber auch gesprochen.

Meine Damen und Herren, die Probleme, die hinter der Frage stecken, warum es so viele Jugendliche gibt, die keinen Ausbildungsplatz finden, sind, was die Wirtschaftsseite anbelangt, schon genannt worden. Die Arbeitsplätze gehen zurück, und überhaupt ist die Situation in Deutschland schwieriger geworden.

Wir haben aber ein fundamentales Problem in der Frage der Ausbildungsplatzsituation, nämlich die Ausbildungsfähigkeit der jungen Leute. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, da frage ich Sie: Haben Sie

denn in den letzten 15 Jahren keine Schulpolitik in diesem Land gemacht?

(Beifall der CDU)

Haben Sie nicht wenigstens einmal auf die Opposition gehört? Ich nenne jetzt einmal die CDU-Fraktion. Ich kann Erhard Lelle, Seppel Keller und viele andere nennen. Wir haben in den Ausschüssen in den letzten zehn Jahren das Thema „Hauptschule in städtischen und problematischen Regionen“ mehrfach vorgetragen. Wir haben Programme und Konzepte vorgelegt, die Hauptschulleiter entwickelt hatten, und haben Sie auf die Situation hingewiesen: problematische Jugendliche, Migrationshintergrund, sozial schwach, bildungsfern usw.– Sie können alle Schlagworte an dieser Stelle verwenden. Was hat man uns gesagt? In Rheinland-Pfalz gibt es das Problem nicht.

(Beifall der CDU)

Frau Ahnen, Frau Baumann, ich kann sie alle namentlich nennen. Ich kann die Protokolle vorlegen. Das Problem hat es nicht gegeben. Frau Morsblech hat es vielleicht auch gesagt, jetzt sagt sie vielleicht etwas anderes.

(Frau Morsblech, FDP:
Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Wir haben gesagt, wir brauchen Sozialarbeiter an den Schulen. Wir haben gesagt, wir brauchen betreuende Stadtteilschulen mit Ganztagsangebot, mit Verpflegung und mit allem. Es war alles nicht wahr. Man hat es nicht gebraucht.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie haben sich in dieser Frage an einer ganzen Generation von jungen Menschen schuldig gemacht. Sie haben ihnen die Zukunft verbaut, weil Sie die Probleme nicht angegangen sind.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: O je!)

Das will ich Ihnen ganz deutlich ins Stammbuch schreiben. Sie können heute nicht so tun, als ob Sie heute erst wieder anfangen werden. Sie müssen auch zurückblicken. Im Übrigen habe ich dazu von der SPD-Fraktion noch nichts gehört, wie das gehen soll.

(Harald Schweitzer, SPD: Sie hören nicht zu,
Sie reden nur!)

Meine Damen und Herren, Sie haben uns an anderer Stelle in den letzten Jahren nicht zugehört. Sie haben auf Druck der FDP im Hochschulbereich neues Geld zur Verfügung gestellt. Sie schreiben wieder, Sie wollen die Studienplätze ausbauen. Sie wollen mehr Studenten. Sagen Sie uns, ob Sie das so wollen, wie es in den Zeitungen steht. Wollen Sie die Generation Praktikum, nämlich junge Leute, die aus den Hochschulen kommen und keinen Arbeitsplatz in diesem System zurzeit finden? Wollen Sie das noch vorantreiben? Wollen Sie das wirklich? Wollen Sie uns nicht sagen, wo das hinführen soll? Wollen Sie uns nicht sagen, dass Sie Frankreich als Beispiel nehmen, wo junge Menschen Existenzängste haben, nicht diejenigen aus den „banlieues“, sondern

die Studierenden von Hochschulen, weil sie nicht wissen, was sie mit ihrem Studienabschluss anfangen können? Wäre es nicht sinnvoller zu schauen, was unsere Wirtschaft und Gesellschaft an Qualifikationen in dem Bereich braucht, anstatt zu sagen: Wir wollen mehr Studenten.– Es hilft nachher nichts, wenn man keinen Arbeitsplatz findet.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben ausdrücklich darauf hingewiesen, Sie wollen in den Hochschulen wieder einiges verändern. Großer Gott hilf uns, kann ich nur sagen. Es gibt schon wieder eine Hochschulgesetzänderung, schon wieder neue Modelle, schon wieder neue Vorgaben.

(Frau Spurzem, SPD:
Gott schützt Rheinland-Pfalz!)

Ich will nur sagen, in dieser Regierungserklärung taucht ein Begriff nicht auf. Es ist symptomatisch. Man muss schauen, was nicht drinsteht. Das hat Herr Mertin auch gesagt. Es steht kein Wort von der Autonomie drin. Wahrscheinlich hat die Landesregierung gemerkt, dass es mit der Autonomie in diesem Land nicht weit her ist.

(Ministerpräsident Beck: Stimmt gar nicht!
Steht ausdrücklich drin!)

– Also gut, dann steht es ausdrücklich drin.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Ich will Ihnen sagen, dass Sie mit dem, was Sie in den letzten Beratungen angekündigt haben, noch nicht einmal auf halbem Weg angekommen sind. Die Probleme der Hochschulen im Wettbewerb, im Vergleich zu anderen Bundesländern und bei der heute Morgen schon angesprochenen Exzellenzinitiative sind ganz groß.

Ich will ausdrücklich unterstreichen, dass das, was Sie hier abliefern, mit Qualität an Ausbildung und mit Zukunftschancen für junge Menschen nichts mehr zu tun hat. Das ist heute Morgen schon angesprochen worden. Es ist ein Massenbetrieb, der die Chance der jungen Menschen eher begrenzt als nach vorn bringt.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Sie sagen, Sie wollen Flächenmanagement einführen und andere Dinge verändern. Der LBB soll Eigentümer der Grundstücke werden. Christian Baldauf hat heute Morgen die Klopapierrollen und solche Dinge genannt, bei denen gespart wurde.

(Ministerpräsident Beck:
Schwachtes Niveau!)

– Ja, genau, das war das Niveau, aber das ist auch das Problem an den Hochschulen.

Jetzt sagt der LBB, an den Hochschulen wird in den Physikräumen kein heißes Wasser zugeleitet, weil das nicht unbedingt gebraucht wird. Man prüft, ob man Boiler einsetzt oder die Wasserleitungen renoviert. Das gibt

Flächenmanagement à la SPD-Landesregierung in diesem Land.

(Beifall der CDU)

Die Kosten für die Umsetzung dieses Managements sollen bei 25 % liegen. Das für die Verbesserung der Räumlichkeiten und der Gebäude zur Verfügung gestellte Geld geht zu 25 % in die Verwaltung. Das sind die Dinge, die uns hier weiter beschäftigen werden.

Ich glaube, Herr Hartloff hat es gesagt. Wir werden das umsetzen, was wir vor der Wahl gesagt haben. In dieser Regierungserklärung finde ich auf einmal das Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität. Der Ministerpräsident hat gesagt: Wir können so nicht weitermachen.– Da stimme ich ihm ausdrücklich zu. Wir haben hier ein Problem. Wir wollen das lösen. Er sagt: Wir wollen keine Privatisierung.– Sie kennen das. In Hessen wurde das gemacht. Es fehlt aber das Aber. Was haben Sie an diesem Universitätsklinikum vor? Wie wollen Sie das dort entstandene Problem lösen? Herr Zöllner, Sie haben vor wenigen Monaten in den Landtagsgremien und in der Öffentlichkeit gesagt, Ihr Konzept wird beibehalten. Es wird keine weiteren Veränderungen geben. Ich bin gespannt, was das Personal insgesamt zu diesen Entwicklungen sagen wird. Ich glaube, man hätte vor der Wahl bei diesem Punkt Andeutungen machen können, dass etwas kommt.

Jetzt sage ich etwas zu der Einstufung der Beamten nach ihrer Ausbildung. Das ist das Gleiche wie bei der Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Polizei. Die Maßnahme wird gemacht, ohne mit den Betroffenen, den Personalräten und den Gewerkschaften darüber geredet zu haben. Es nützt nichts, wenn Sie hineinschreiben, Sie hätten ein ausgezeichnetes Verhältnis und die Wirklichkeit sieht anders aus.

(Beifall der CDU)

Sie haben unsere Unterstützung an zwei Stellen im Zusammenhang mit Kindern, Schule und Bildung. Das betrifft den Essenszuschuss und die Hilfe bei vernachlässigten Kindern. Lassen Sie mich beim Essenszuschuss bzw. bei der Übernahme der Kosten etwas sagen. Das passt zu dem, was Christian Baldauf zur Subsidiarität gesagt hat. Sie müssen uns darlegen, wie Sie die Mitnahmeeffekte in dieser Frage ausschließen wollen. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die sich das leisten können, aufgrund irgendwelcher anderen Auswege auch dieses Geld beanspruchen und wir wieder einen neuen Topf aufmachen. Wir kennen das zuletzt bei den Hartz-Geschichten. Wieso kann der sozial schwach situierte Elternteil sich den Essenszuschuss leisten, und der andere leistet ihn sich nicht? Was macht er mit dem Geld, das ihm dafür zusteht? Ich denke, man muss genau hinschauen. Es soll nicht heißen, dass wir nicht sagen, es gibt ein Problem. Frau Ahnen, als ich Sie damals gefragt habe, haben Sie gesagt: Das Problem gibt es überhaupt nicht.– Das sind wir gewohnt.

Ich will etwas zu den vernachlässigten Kindern sagen. Sie kennen alle die Debatte. Ich brauche das nicht weiter auszuführen. In der Zeitung habe ich gelesen, Sie haben im entsprechenden Ausschuss des Bundesrates

die Initiative vom Saarland und anderen Bundesländern mit unterstützt und gesagt, wir brauchen stärkere Regeln und die Einbindung verschiedener Institutionen, die sich um Kinder kümmern, die in ihrem Elternhaus nicht die Zuwendung bekommen, die ihnen nach der Menschenwürde zusteht. Sie haben ein Problem mit der Bundestagsfraktion der SPD, die an dieser Stelle nicht gern mitmachen würde. Das wissen Sie. Ich denke, das wäre eine lohnende Aufgabe für Berlin.

Wenn wir vernachlässigten Kindern, also bei Randgruppen, wie es Herr Hartloff bezeichnet hat, sind, möchte ich auf die Behinderten im Land zu sprechen kommen. Diese kommen bei Ihnen an verschiedenen Stellen in der Regierungserklärung vor. Wir haben geschaut, wie es um die Zahlen der behinderten Beschäftigten in der Landesregierung steht. Wir haben festgestellt, dass von 1994 bis 2003 die Zahl immer weiter nach unten gegangen ist. Anstrengungen müssen unternommen werden. Das hat etwas mit Vorbildfunktion zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Einzelintegration im Kindergarten und in der Schule genannt. Ich habe mir die Notizen von einem vor kurzem mit einer Institution stattgefundenen Gespräch mitgebracht, damit keiner denkt, ich hätte es erfunden. Herr Ministerpräsident, Sie müssen ein Auge auf den Bereich Ihrer Politik im Land haben. Man sagt, dass die Behindertenpolitik im Land schleichend nach unten geht, dass das Personal in der entsprechenden Abteilung nahezu halbiert ist und sich die Sachkompetenz durch den ständigen Wechsel nicht verbessert hat. Ich glaube, gerade dieser Bereich an Menschen in unserem Land hat Ihre besondere Fürsorge verdient. Sie schreiben sich das auf die Fahne. Ich will das an dieser Stelle ausdrücklich sagen.

(Pörksen, SPD: Zu Recht!)

Ich will etwas zur Einzelintegration sagen, damit Sie es gehört haben. Ein Konzept gibt es seit zwei Jahren im Landesjugendhilfeausschuss und kommt nicht voran.

Die Ehrenamtlichen, die so sehr gelobt werden, und auch die, die das von Berufs wegen machen, sollen vor Ort die Probleme lösen. Ich denke, das ist ein Bereich, der wirklich noch einmal Ihrer Aufmerksamkeit bedarf.

Ich habe eben schon gesagt, dass die Frage der Herabsetzung des Eingangsamts bzw. der Eingangsbezahlung von Beamtinnen und Beamten für uns Fragen aufwirft. Ich will das einmal so formulieren. Wir wollen uns nicht grundsätzlich sperren zu diskutieren, wie Sie in diesem Land Sparvorschläge machen, aber wir haben ein Problem damit, wenn Sie ausgerechnet und nur an dieser Stelle mit einem konkreten Sparvorschlag kommen. Das muss ich jetzt auch noch einmal ausdrücklich sagen.

(Beifall der CDU)

Ich sage Ihnen auch – da blicke ich auch noch einmal ein Stück zurück –, wir haben das in den letzten 15 Jahren oder so ähnlich erlebt, Sie haben die Zwei-Drittel-Stellen, die Angestelltenverträge bei den Lehre-

rinnen und Lehrern durchgesetzt. Was Sie damit bewirkt haben, darunter leiden wir heute noch.

(Pörksen, SPD: Deswegen nicht!)

Wir haben zu wenig Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer, weil die Leute aus Rheinland-Pfalz fortgelaufen sind oder in die Wirtschaft gewechselt sind.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Das glauben Sie selbst nicht, Frau Kollegin!)

Wir haben unsere besten Leute in dieser Frage verloren, und wir verlieren sie zum Beispiel auch im Hochschulbereich, weil Sie auch da die WBesoldung als Sparprogramm gestaltet haben. Ich will das auch an dieser Stelle sagen. Ich betone noch einmal, man hätte das zum Beispiel auch vor der Wahl noch einmal aussprechen können und nicht jetzt als Überraschungspaket hier bringen können.

Meine Damen und Herren, zur Inneren Sicherheit ist vieles gesagt worden. Ich will noch einmal einen Zwischenruf von mir von gestern aufgreifen und das auch noch einmal ein bisschen in den Zusammenhang stellen.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD:
Nicht doch!)

Wir haben immer gesagt, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten ist kein Selbstzweck, sondern es geht darum, für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land Sicherheit zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, Sie selbst wissen offensichtlich nicht mehr, mit welchen Zahlen Sie hantieren. Der Kollege Rosenbauer hatte die Protokolle der Haushaltsberatungen von vor fünf Jahren noch einmal mitgebracht und die entsprechende Rede dabei. Da war ganz klar, bis 2007 oder 2008 sollten es 300 sein. Ich weiß gar nicht mehr, was es zwischendurch alles war. Es waren jedenfalls immer weniger. Jetzt kommen 285, also Ihre Zahlen.

(Pörksen, SPD: 250 und 35 sind 285!
Können Sie das rechnen?)

– Okay, das ist Ihr Problem. Ich denke, Sie sollten da irgendwann auch einmal zu Potte kommen. Sind Sie jetzt für die Durchfaller, oder ist es für irgendetwas anderes? Das bleibt Ihr Geheimnis.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Fuhr, SPD: Das war jetzt aber eine genaue Rechnung!)

An dieser Stelle will ich noch etwas sagen. Was in dieser ganzen Situation – das verwundert mich, ich bin mir noch nicht so ganz darüber im Klaren, woran das liegt – überhaupt keine Rolle gespielt hat, ist die Fußballweltmeisterschaft im Zusammenhang mit Sicherheit. Die Zeitungen sind voll – jetzt nicht nur nach den Messerstecherangriffen in Berlin, sondern auch schon davor –, dass die Weltmeisterschaft ein Sicherheitsproblem beinhaltet. Ich will nicht sagen, dass wir nicht darauf vorbe-

reitet sind, aber ich würde doch gern zumindest einen Satz gehört haben, wie Sie sich an dieser Stelle positionieren.

(Hartloff, SPD: Wie wir uns die WM in den nächsten fünf Jahren vorstellen!)

An dieser Stelle will ich auch sagen, wir haben zum Beispiel das Thema „Zwangsprostitution“ auch aufgegriffen und versucht, mit Ihnen darüber zu sprechen, meine Damen und Herren. Es gelingt nicht immer, weil Sie immer alles abwiegeln. Ich will es Ihnen aber trotzdem einmal vorhalten. Es hat immer geheißen, wenn wir über die Zahl der Razzien gesprochen haben, was man da alles tun müsste und könnte, dass man das alles nicht brauche und es überhaupt keine Probleme gebe. Vor wenigen Tagen gab es mehrere flächendeckende Razzien, die im ganzen Land zu diesem Themenbereich stattfanden.

(Pörksen, SPD: Das ist doch nichts Neues, Frau Kollegin!)

Vielleicht liegen wir doch nicht immer so ganz falsch mit dem, was wir anregen.

(Pörksen, SPD: Das will ich zugeben!
Das stimmt: „Nicht immer ganz falsch!“)

Das ist aber eben auch das Schicksal der Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Aber vielleicht wollte auch der Herr Ministerpräsident einfach nichts zu den Fragen von Stadien und Sport sagen, weil er sicher noch nicht weiß, wie er das alles, was da in Zukunft auf uns zukommt, einmal lösen will.

Ich möchte noch eine Bemerkung zur Frage der Kommunalreform machen. Es wurde schon gesagt, dass wir das vielleicht gar nicht mehr erleben, jedenfalls nicht als aktive Abgeordnete, bis die Sache kommt. Aber eines möchte ich doch an dieser Stelle begrüßen, dass nämlich ausdrücklich drinsteht, dass eine Aufgabenkritik kommen soll, bevor irgendetwas zu Papier gebracht wird oder in die Umsetzung geht. Wir haben das mit der Bezirksregierung ganz anders erlebt. Die hat man einfach aufgelöst, ohne zu fragen, wer denn welche Aufgaben zukünftig sinnvoller machen kann oder was das alles kostet.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich denke, das ist ein guter Ansatz. Sie haben da natürlich auch ein Stück weit unsere volle Mitarbeit garantiert.

Meine Damen und Herren, ich habe zu Beginn gesagt, auf der einen Seite denkt man, Sie hätten mit den letzten Jahren nichts zu tun gehabt, auf der anderen Seite finden wir uns – das will ich ausdrücklich noch einmal unterstreichen – an der einen oder anderen Stelle doch einfach auch wieder, zumindest mit dem, was wir auch als Anstoß – um das vornehm zu sagen – hier in diesem Parlament mitgegeben haben. Ich denke, das ist auch

das, was Spaß an der Opposition macht, wenn man sich nachher dann trotzdem auch wieder findet.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Als nächster Redner hat Herr Kollege Puchtler das Wort.

Abg. Puchtler, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute schon viel gehört, zum Beispiel das Stichwort „Entsolidarisierung“. Da denke ich nur einmal ein paar Tage zurück. Vor knapp zehn Tagen fand der Rheinland-Pfalz-Tag in Speyer statt. Da haben ein paar hunderttausend Menschen den Rheinland-Pfalz-Tag besucht. Über 4.000 Menschen haben sich am Festzug beteiligt, Leute, die im Ehrenamt stehen, die sich tagelang vorbereiten. Wir waren mit dabei. Da ist man ein bisschen früher da, wenn man den Festzug aufstellt.

Dann führt man Gespräche. Da sieht man alle Generationen. Kinder, Jugendliche, Männer, Frauen aus allen beruflichen Bereichen haben sich eingebracht, weil sie stolz sind, ihr Land zu vertreten, weil sie stolz sind, Rheinland-Pfalz zu repräsentieren, und weil sie spüren, hier ist ein Land, das in einer Aufwärtsentwicklung ist, und ein Land, wo auch Lebensfreude herrscht. Genau das ist der Punkt.

(Starker Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sind wir Aufsteigerland, weil die Menschen wissen, gemeinsam können wir es anpacken, nicht zuschauen, sondern nach vorn gehen. Wir als Sozialdemokraten sind mittendrin. Wir sind nah bei den Menschen. Das war die Grundlage des Erfolgs für die Wahl am 26. März 2006. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Starker Beifall der SPD –
Schreiner, CDU: Machen wir jetzt
ein Ranking, wer den längsten
Rosenmontagszug hat?)

– Lieber Herr Kollege, keine Angst, bei uns wird im Team gearbeitet. Bei uns wird in die gemeinsame Richtung geschafft. Da wird nicht so viel gerudert, sondern wir packen an. Wir sind kämpferisch, und wir bringen uns ein für Rheinland-Pfalz, aber auch für unsere Bundesrepublik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sind wir Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz stolz darauf, und auch viele aus der gesamten Bevölkerung in Rheinland-Pfalz, dass unser Ministerpräsident Kurt Beck Vorsitzender der SPD, der größten und ältesten Partei in Deutschland, ist.

(Starker Beifall der SPD)

Ich bin mir sicher, da gibt es eine Dame an wichtiger verantwortungsvoller Position in Berlin, die noch oft dankbar sein wird, dass der rheinland-pfälzische Ministerpräsident mit als Partner dabei ist. Da gibt es andere Ministerpräsidenten in Deutschland, die ihr das Leben schwieriger gestalten werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben nach der Leitlinie gefragt. Ich habe das eben mit dem Bürgerengagement aufgezeigt und was der Rheinland-Pfalz-Tag quasi als Symbol darstellt. Das ist Tradition und Fortschritt miteinander verknüpft. Das ist das Fundament einer stolzen und soliden Geschichte, aber immer am Puls der Zeit bleibend. Diese Verknüpfung dieser zwei Elemente machen wir auch finanzpolitisch, indem wir auf finanzielle Konsolidierung setzen und investieren; denn beides gehört zusammen.

(Beifall der SPD)

Finanzielles Konsolidieren haben wir gezeigt. Die Dokumentierung der Zahlen – Thema „Ausgabensteigerungen“, da sind wir deutlich unter den anderen Flächenländern – zeigt, dass wir konsolidiert haben. Wir haben aber auch Vorsorge getroffen. Da möchte ich ein Beispiel erwähnen: Die Einführung des Pensionsfonds war wichtig und eine entscheidende Weichenstellung. Das ist gerade auch Politik für die Zukunft, für kommende Generationen; denn sie entlastet unseren Haushalt.

(Beifall der SPD)

Ein weiteres Beispiel wichtiger Entscheidungen war heute auch schon Thema: Einführung und Schaffung der Investitions- und Strukturbank als Förderbank, die Motor ist und – meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Angst – auch Motor bleiben wird. – Auch in der vergangenen Periode konnten wir doch schon dank sozialdemokratischer Initiative eine Bürgerschaft direkt auf den Weg bringen und zeigen damit deutlich, dass wir auch in der Lage sind, das eine oder andere nach vorn zu bringen; denn das ist genau der Punkt, wenn es um Mittelstand und Kapitalversorgung geht, dass wir den Unternehmen entsprechend die Hürden verkleinern.

Ein weiterer Punkt ist die Einführung von Landesbetrieben. Diese haben gezeigt, dass im Bereich der Effektivität vieles machbar ist.

Ich möchte auch nicht verschweigen, dass schmerzliche Maßnahmen getroffen wurden und auch zu treffen sind, weil es darum geht, Handlungsspielräume zu schaffen; denn es geht um Politik für Generationen. Nur der entscheidende Punkt ist: Wenn ich eine finanzielle Entwicklung kommen sehe – die ist nicht nur in unserem Bundesland, sondern auch in vielen anderen Bundesländern spürbar –, muss ich gegensteuern, handeln und etwas auf den Weg bringen. Genau das dokumentiert sich in der Regierungserklärung.

Schritt für Schritt werden wir unseren Kurs fortsetzen und erfolgreiche Prinzipien wie die Budgetierung weiterführen und die Stabilisierung, was den Bereich der Kommunen betrifft, die Einführung des Stabilisierungs-

fonds: Das sind Punkte, die uns Schritt für Schritt auf einen soliden Kurs weiterführen werden.

(Beifall der SPD)

Dem möchte ich nur einmal eines gegenüberstellen: die Forderungen, insbesondere auch der Union, im Wahlkampf.– Wie wäre es da mit der Finanzierung, mit den Summen, gewesen? Das stelle ich unserer Regierungserklärung und der sozialdemokratischen Politik gegenüber.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist das Stichwort gefallen, Geld von der Bank zu besorgen. Zum einen sollten wir froh sein – das ist heute auch schon einmal deutlich angesprochen worden –, dass wir ein dichtes Netz an Genossenschaftsbanken und Sparkassen in unserem Land Rheinland-Pfalz haben. Das sind die Versorger für Finanzdienstleistungen für Millionen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler und insbesondere auch für unseren Mittelstand.

(Beifall bei der SPD –
Hartloff, SPD: Da spricht er
aus Erfahrung!)

Aber der entscheidende Punkt ist doch, wenn ich mir finanzielle Mittel bei einer Bank oder Sparkasse besorge, was ich damit tue, der Verwendungszweck.

(Zuruf des Abg. Harald Schweitzer, SPD)

Der Privatmann geht zur Bank. Er könnte sagen, okay, ich finanziere damit meinen Urlaub. Aber er steckt es in sein Haus. Oder der Unternehmer sagt, ich könnte meinen Privat-Pkw damit finanzieren. Er kauft sich einen Lkw, damit er seine Güter entsprechend transportieren kann.

Genau das haben wir auch gemacht. Wir haben Geld in die Hand genommen und haben damit Zukunftsinvestitionen getätigt; denn nicht investieren bedeutet Stillstand und Rückschritt. Deswegen war es entscheidend und wichtig, auch für wichtige Zukunftsbereiche, Geld von der Bank in die Hand zu nehmen.

(Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Geld von der Bank auch für Investitionen in die Hand genommen wurde – – – Ein Blick über den berühmten Rhein, die Investitionsquote in Hessen und Rheinland-Pfalz: Da gibt es einen deutlichen Unterschied.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn es um Bildung, Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftsförderung geht, dann gilt es, jetzt zu investieren. Deswegen ist die Investitionsmilliarde für wichtige, entscheidende Baustellen sehr wichtig.

Beispielhaft, es wurde eben wieder angesprochen: Der kostenfreie Mittagstisch, dass jedes Kind im Rahmen der Ganztagschule am Mittagstisch teilnehmen kann, und die Möglichkeit eines kostenfreien Studiums und der Bereich der Sozialarbeit ist ganz wichtig. Ich glaube, da ist das Geld gut eingesetzt.

Wenn wir schon von Zinsen reden: Geld von der Bank kostet Zinsen. Aber diese Investitionen in zukünftige Generationen bringen uns auch Zinsen.

(Beifall der SPD)

Das ist soziale Politik, aber auch Politik, die volkswirtschaftlich sinnvoll ist, und es ist sozialdemokratische Politik.

Dann wurde von Visionen, Leitlinien und Grundsätzen gesprochen. Für uns ist der Grundsatz entscheidend, und der steckt gerade auch in diesen drei Beispielen: im schulischen und sozialen Bereich. Wir möchten, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz eine Perspektive haben, insbesondere auch die Jugend, dass sie eine Chance haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und eine Ausbildung zu machen. Deswegen investieren wir in diese Bereiche. Ich glaube, das ist gut so.

(Beifall der SPD)

Da wird der Schwerpunkt weiter im Investitionsbereich bleiben; denn ein Fördereuro hat – wie man so schön sagt – Folgeeffekte. Er löst ein Vielfaches an volkswirtschaftlichen Effekten aus. Das sind wieder Steuereinnahmen, das schafft Arbeit, und das ist der richtige Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit verbunden ist es auch wichtig – wie es die Regierungserklärung dokumentiert hat –, dass wir Politikbereiche vernetzen: Da ist der Bereich der Wirtschaft, da ist die Wissenschaft, da ist das bürgerschaftliche Engagement. Da ist es nicht entscheidend, in welchem Bereich das eine oder andere angesiedelt wird, sondern dass man im Team gut zusammenarbeitet und gemeinschaftliche Effekte erzielt.

Konsolidieren bedeutet zu sparen, aber auch zu gestalten. Deswegen stehen wir auch zu den Zukunftsausgaben, die wir tätigen. Es ist keine schlechte Kennziffer, wenn man sagen kann, in Rheinland-Pfalz wird jeder vierte Euro im Bildungsbereich investiert. Andere, auch hier aus diesem Hause, lamentieren und prangern unsere Verschuldung an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von vor Ort, von zu Hause könnte ich euch Lokalzeitungen aus den Wahlkreisen bringen. Da wird gefordert und noch einmal draufgesattelt.

(Beifall bei der SPD –
Harald Schweitzer, SPD: So ist es!)

Dann kommt es, dass kraft der Investition des Landes die eine oder andere Maßnahme auf den Weg gebracht wird.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Sie kennen die berühmte Freigabe von Straßen, wenn Bänder durchschnitten werden. Dann sind diejenigen, die hier die Verschuldung kritisieren und alles anprangern, ganz vorn. Da ist das berühmte Band. Da sind sie

nicht vorn an dem Band, sondern manchmal schon vor dem Band.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das Ganze haben wir vor dem Hintergrund einer nicht einfachen Ausgangsbasis gemacht.

(Frau Spurzem, SPD: Die getroffenen
Hunde bellen gerade!)

Es war keine einfache Ausgangsbasis; denn es gibt auch noch das Thema „Konversion“. Auch da haben wir angepackt. Da haben wir nicht kommen lassen, sondern wir sind auf die Themen zugegangen und haben mit einem Kraftakt – – – Da gibt es das schöne Beispiel des Flughafens Hahn, welche Arbeitsmarkteffekte und welche Effekte für unser Land erzielt wurden.

All diese Dinge haben dazu geführt, dass wir solide Arbeitsmarktdaten haben und wirtschaftlich dynamisch sind. Deswegen haben wir mit Recht die Bezeichnung „Aufsteigerland Rheinland-Pfalz“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das auch vor dem Hintergrund, dass andere Länder eine wesentlich bessere Ausgangsbasis haben. Heute Morgen haben wir es gehört. Die vielen CDU-Länder: Ich schaue wieder über den Rhein. Da gibt es ein Land, das schon einige Jahre von der CDU geführt wird. Wo sind denn da die Erfolge bei einer ganz anderen Ausgangsbasis mit den entsprechenden Strukturen? Ich glaube, wir Rheinland-Pfälzer können uns mit unserer Bilanz sehen lassen.

(Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte schon einmal das Thema der Vernetzung angesprochen. Ich bin mir sicher, das ist ein guter Weg, den man noch stärker weitergehen kann. Beispiele sind auch dokumentiert worden. Wenn ich in einer Gemeinde ein Projekt der Dorferneuerung mache und das mit dem bürgerschaftlichen Engagement und der Verkehrsweginfrastruktur verknüpfe, dann sind das Beispiele, wie man arbeiten kann. So geht es auch im privaten Bereich.

Wenn du bei deinem Haus das Dach nicht in Ordnung hast, hast du drei Möglichkeiten: Erstens, man tut nichts – das wäre das Schlechteste –, zweitens, man bringt es einfach in Ordnung, oder drittens, man bringt das Dach in Ordnung und macht sich noch ein paar Gedanken. Man denkt zum Beispiel darüber nach, Solardach oder Wärmedämmung einzuführen. Das sind Folgeeffekte.

An diesem praktischen Beispiel will ich deutlich machen, wie man Politik gestalten kann, indem man vernetzt ökologische und wirtschaftliche Effekte erzielt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen ist die Investitionsmilliarde der entscheidende Punkt mit vielen wichtigen Baustellen, die unsere Entwicklung in unserem Land weiter voranbringen wird.

(Beifall der SPD)

Es gibt den Satz, das Wichtigste in unserem Leben ist das Morgen. Deswegen machen wir Politik für Generationen. Das ist Konsolidierung. Mit Recht geht es darum, dass auch zukünftige Generationen noch Gestaltungsspielräume haben. Aber zu investieren, ist auch Politik für Generationen; denn wir müssen heute in Bildung und Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzungen schaffen, dass die Früchte in der Zukunft geerntet werden. Deswegen setzen wir Sozialdemokraten auch auf den aktiv handelnden Staat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, denn der aktiv handelnde Staat steht für Sicherheit, Vertrauen und Zukunft.

(Beifall des Abg. Pörksen, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei setzen wir – unsere sozialdemokratische Fraktion hat es bewiesen – auf Teamgeist. Bei uns verteidigt die Abwehr, das Mittelfeld spielt die Pässe und der Mittelstürmer schießt die Tore, das heißt, nicht so viel rudern und segeln, sondern mit Herzblut gemeinsam für unser Land arbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wort „Aufsteigerland“ ist heute mehrfach genannt worden von Herrn Kollegen Hartloff, vom Ministerpräsidenten und von der CDU-Fraktion eher zurückhaltend. Fakt ist jedoch, dass die volkswirtschaftlichen Kennzahlen dies belegen. Wir haben die drittgünstigste Arbeitslosenquote. Auch bei der Produktivität je Arbeitsplatz sind wir ganz weit vorn. Hinsichtlich des Wachstums belegen wir in der Regel einen Platz zwischen Platz 1 und Platz 5. Bei der Exportquote stehen wir ganz oben, nämlich auf Platz 1 neben Bremen.

Meine Damen und Herren, fast 20 Jahre lang haben liberale Wirtschafts- und Verkehrsminister und in den vergangenen zehn Jahren auch Agrarminister die Verantwortung hierfür getragen. Das ist eine Erfolgsstory liberaler Politik.

(Beifall der FDP)

Herr Ministerpräsident, wir können nur hoffen, dass auf diesen Grundlagen in diesen Bereichen aufgebaut werden kann, wobei ich hier und da meine Bedenken habe. Unser Ziel war es in der Vergangenheit, nicht nur Arbeitsplätze zu erhalten, sondern auch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist uns auch gelungen. Es ist uns gelungen, nicht nur Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch besonders wertvolle Arbeitsplätze zu schaffen, nämlich im Bereich der neuen Technologien und im Hightechbereich. Das sind übrigens Arbeitsplätze, die

vom Mittelstand geschaffen worden sind. Ich war schon etwas verwundert, als Sie ausgerufen haben, wir benötigen nun den modernen Mittelstand. War der Mittelstand bisher etwa altbacken oder herkömmlich? Es war der moderne Mittelstand in Rheinland-Pfalz, der diese Arbeitsplätze und die Grundlagen für diese positive wirtschaftliche Entwicklung geschaffen hat. Daran wollen wir natürlich auch in der Zukunft festhalten.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

An dieser Stelle will ich dem Mittelstand sowie den kleinen und mittleren Unternehmen sehr herzlich danken, nicht nur dafür, dass sie Arbeitsplätze geschaffen haben, sondern auch, dass sie Garant dafür waren, dass wir in den vergangenen Jahren genügend Ausbildungsplätze in diesem Land hatten. Ein herzliches Dankeschön der Wirtschaft, die im freiwilligen Bemühen gemeinsam mit den Kammern und den Verbänden diese Ausbildungsplätze geschaffen hat. Ich bin im Grundsatz guter Hoffnung, dass all diejenigen, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, in diesem Jahr einen entsprechenden Ausbildungsplatz bekommen werden.

Wir werden Sie darin unterstützen in all ihren Bemühungen. Ich kann nur hoffen, dass die Programme, die in der Vergangenheit aufgelegt wurden – zum Beispiel über die Investitions- und Strukturbank –, zum Nutzen der vielen Jugendlichen fortgesetzt werden, die heute einen Ausbildungsplatz suchen. Dazu bitten wir Sie und fordern Sie entsprechend auch auf.

Meine Damen und Herren, der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Rheinland-Pfalz ist im Übrigen das mittelstandsgprägteste aller Bundesländer. Rund 98 % der Betriebe gehören dem Mittelstand an. Über 80 % der Arbeitsplätze, über 70 % der Umsätze und über 80 % der Ausbildungsplätze werden heute über den Mittelstand sichergestellt.

Wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Mittelstand auch in Zukunft erfolgreich sein wird. Dazu gehören natürlich kleine und mittlere Betriebe sowie der Aufbau der kleinen und mittleren Betriebe. Wir sind im Übrigen in den vergangenen Jahren zu einem Existenzgründerland geworden. Ich werde mit Argusaugen beobachten, wie die Förderung im Bereich der Existenzgründung fortgesetzt werden wird. Wird es beispielsweise bei den Technologiezentren und bei den Existenzgründerzentren im Land bleiben? Wir haben 25 Existenzgründerzentren, die mit Erfolg gewirtschaftet haben. Daraus sind viele selbstständige Existenzen entstanden, und zwar im neuen Technologiebereich. Das ist ganz entscheidend, weil insbesondere in diesen Bereichen Arbeitsplätze Zukunftschancen haben. Sie werden nicht wegrationalisiert oder verlagert, sondern bleiben hier. Deswegen wird es wichtig sein, dass gerade im Bereich der neuen Technologien neue Ansätze für Existenzgründer gefunden werden.

Mit jeder Existenzgründung sind drei bis vier neue Arbeitsplätze verbunden. Wir wissen, dass es in der Großindustrie beim produzierenden Gewerbe noch weitere Verlagerungen geben wird. Deshalb muss eine Kompensation über die mittelständischen Betriebe erfolgen.

Daher wird unser besonderes Augenmerk diesen Betrieben gelten, die den modernen Mittelstand repräsentieren; denn zur Exportquote, die in Ihrer Regierungserklärung einseitig nur auf die Industrie bezogen worden ist, leisten auch die kleinen und mittleren Unternehmen einen erheblichen Beitrag.

Insbesondere das Wachstum in diesen Betrieben ist in den vergangenen Jahren geradezu sensationell verlaufen, und zwar wesentlich positiver als in vielen anderen Bundesländern. Insofern tragen die mittelständischen Betriebe erheblich zu der Erfolgsstory der Exportquote bei.

Meine Damen und Herren, das Thema der Beauftragten ist ein Thema für sich. Der „Mittelstandslotse“ ist ein vornehmes Wort für einen Beauftragten. Ich bin der Auffassung, dass wir genügend Beauftragte haben.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Mit jedem Beauftragten ist ein Mehr an Bürokratie, an Aufwand und an Kosten verbunden. Ich freue mich, dass der ehemalige Wirtschaftsminister von den Wirtschaftsverbänden und den Kammern einstimmig zum „Mister Mittelstand“ ernannt worden ist. Vielleicht übernimmt er den Posten des Mittelstandslotsen ehrenamtlich, Herr Ministerpräsident. Dann kostet das nicht so viel. Er kennt sich sicherlich mit am besten aus.

Mit dem Mittelstand beschäftigen sich nicht nur der Minister und zwei Staatssekretäre. Das Ministerium ist etwas verkleinert worden. Deshalb haben Sie mehr Zeit, sich nun verstärkt um den Mittelstand zu kümmern. Es gibt ganze Abteilungen und Referate sowie die ISB. Es gibt also genügend Personen und Instanzen, die sich mit der Mittelstandsförderung und der Unterstützung des Mittelstands beschäftigen. Ich bin der Meinung, dass man auf einen solchen Lotsen verzichten könnte.

Da Sie den Mittelstand immer loben, will ich noch Folgendes hinzufügen: Die größte Steuererhöhung aller Zeiten, die in Berlin beschlossen worden ist, schadet extrem dem Mittelstand. Sie schadet dem Handwerk, das keine Aufträge mehr bekommt, und sie schadet eindeutig dem Konsumverhalten in Deutschland.

(Beifall der FDP)

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zur Investitions- und Strukturbank machen. Herr Ministerpräsident, Sie wissen alles. Wir wissen, dass Sie alles wissen. Die Investitions- und Strukturbank gehörte zu meinen Lieblingskindern. Finanzminister Deubel und ich saßen zusammen im Aufsichtsrat. Ich glaube, wir haben alle wichtigen Entscheidungen in der Vergangenheit partnerschaftlich mit dem Finanzministerium abgestimmt.

Ich habe dabei nur ein Bedenken. Wir haben aus der Investitions- und Strukturbank eine Wirtschaftsförderungseinrichtung gemacht. Das heißt, wir haben alle Wirtschaftsförderungsinstrumente gebündelt und Wirtschaftsförderung aus einer Hand betrieben. Das war ein Erfolgsmodell. Wir haben das zehnjährige Bestehen gefeiert. Durch die ISB wurden 50.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Das war eine Erfolgsstory.

Jetzt habe ich folgende Befürchtung; denn ich kenne die Finanztechniken des Finanzministers. Die ISB hat ein Eigenkapital von rund 230 Millionen Euro. Das ist natürlich viel Geld. Rund 230 Millionen Euro liegen dort sozusagen.

Dann muss man aber fairerweise sagen: Okay, ich will keine Wirtschaftsförderungseinrichtung, die ausschließlich für die Wirtschaft zuständig ist, sondern ich will eine Geschäftsbank daraus machen. – Das ist etwas ganz anderes. Das werden wir genau kontrollieren. Wir wollen, dass die ISB nach wie vor ein erfolgreiches Wirtschaftsförderungsinstrument für unsere Wirtschaft, insbesondere unsere mittelständische Wirtschaft, im Land Rheinland-Pfalz bleibt.

(Beifall der FDP)

Wir wollen, dass das Geld, das dort erwirtschaftet wird, für die Wirtschaftsförderung im Land ausgegeben wird. Das ist das A und O. Man kann natürlich noch anderes damit finanzieren, wenn Not am Mann ist bzw. wenn Not an Geld ist.

Meine Damen und Herren, Bürokratieabbau ist ein Thema, das uns alle beschäftigt. Mir ist das eingefallen, weil Sie Genehmigungsverfahren angesprochen haben. Dabei sind wir gut. Aber eines will ich anmerken. Ich bin der Meinung, dass wir bei Infrastrukturmaßnahmen Verbesserungen erzielen könnten.

Dabei denke ich an das Verbandsklagerecht. Beim Naturschutzrecht habe ich oftmals den Eindruck, dass das missbraucht wird, um aus ideologischen Gründen größere Projekte und Bauvorhaben zu verhindern, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Beck: Das hat doch Herr Kollege Dieckvoß eingeführt!)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass wegen zwei Mittelspechtpaaren eine Maßnahme, die von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung von Eifel und Hunsrück und darüber hinaus für ganz Rheinland-Pfalz ist – der Hochmoselübergang –, drei Jahre verzögert wird, um ein Reparaturverfahren einleiten zu können. Ich hoffe, dass Ende des Jahres in der Tat Baurecht kommt, Herr Minister Hering. Man muss also kritisch überprüfen, ob das Verbandsklagerecht in dieser Form noch sinnvoll ist und ob es so noch zeitgemäß ist.

(Beifall der FDP –
Ministerpräsident Beck: Das hat die FDP doch eingeführt! Das war das Lieblingskind von Herrn Kollegen Dieckvoß!
Gegen meinen Willen!)

– Nein, nein, nein, da war ich auch schon dabei. Dann müsste ich unter Gedächtnislücken leiden. Das kann aber nicht sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen zum Verkehrsbereich machen. Es ist schön, dass da nun eine halbe Milliarde Euro steht.

(Ministerpräsident Beck: Viel Geld!)

Eine halbe Milliarde Euro für die Straße. Wir hatten gedacht, da steht ein Punkt. Da steht aber kein Punkt, sondern da steht „und Schiene“.

(Ministerpräsident Beck:
Das war bisher auch so!)

– Nein, das war bisher nicht so. Bisher war das die Mobilitätsmilliarde. Wir hatten für den Landesstraßenbau 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die wir dann über sechs Jahre gestreckt haben. Diese Mittel standen aber allein für die Landesstraßen und nicht auch für die Schiene zur Verfügung. Jetzt werden allein, wenn das so bleibt, 173 Millionen Euro für die Schiene abgezogen. Hinzu kommen der Radwegebau und Verkehrsicherungsmaßnahmen, die ebenfalls abgezogen werden. Meine Damen und Herren, das heißt, die einzelnen Schlaglöcher in den Landesstraßen werden in der Zukunft nicht mehr saniert oder eine Straßenerneuerung wird nicht in dem Sinn stattfinden. Das stellt eine Schwächung der ländlichen Räume insgesamt dar.

(Beifall der FDP und des
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Ich sage das einmal ganz deutlich; denn Mobilität ist das A und O, wenn wir heute über die Stärkung der ländlichen Räume sprechen, weil nämlich die Arbeitsplätze heute nicht mehr in den ländlichen Räumen so vorhanden sind, wie das noch vor Jahren der Fall war, sodass die Menschen heute in die Ballungsgebiete zu ihren Arbeitsplätzen fahren müssen.

Deshalb benötigen sie eine gut erhaltene Verkehrsinfrastruktur. Der Straßenbau leidet darunter. Die Mittel sind anders verteilt worden. Die Schwerpunkte sind eindeutig anders gesetzt worden. Ich bin gespannt, wie das im Lauf der Haushaltsberatungen zum Ausdruck gebracht wird. Wir werden auf jeden Fall genau aufpassen, dass entsprechende Möglichkeiten im Straßenbau erhalten bleiben.

Das gilt übrigens auch für den Bundesfernstraßenbau. Ich sage ganz offen, der Bundesverkehrswegeplan gehört überarbeitet und so schnell wie möglich geändert.

(Beifall der FDP)

Es gibt bei uns einige Großprojekte, die im „weiteren Bedarf“ enthalten sind, die in den „vordringlichen Bedarf“ gehören. Ich denke dabei an die B 10. Herr Ministerpräsident, ich weiß, dass Sie und die SPD an der Südlichen Weinstraße damit über viele Jahre hinweg Probleme hatten und dass Sie jetzt dazu stehen. Ich freue mich darüber.

(Ministerpräsident Beck: Was heißt „jetzt steht“?
Habe ich je geschwankt?)

Sie ist aber verhindert worden, weil die Straße zum Teil in den „weiteren Bedarf“ abgestuft worden ist.

Pirmasens-Stadt – das ist die richtige Zahl, Herr Kollege Baldauf hatte die Zahl nämlich zu niedrig angesetzt – hat in den vergangenen 15 Jahren 15.000 Einwohner verlo-

ren. Das hängt auch damit zusammen, dass die Verkehrsanbindung miserabel war.

(Beifall bei der CDU)

Stück für Stück haben wir alles versucht. Man hätte natürlich die A8 bauen müssen. Das ist damals aus umweltpolitischen und ideologischen Gründen heraus nicht geschehen. Wenn die A8 gebaut worden wäre, wäre diese Region nicht weiter abgehängt worden.

Wir haben nämlich das von mir in den vergangenen zehn Jahren beobachtete Problem, dass sich die Strukturen in den Regionen weit auseinander entwickeln. Auf der einen Seite werden die strukturstarken Regionen stärker und auf der andern Seite die strukturschwachen Regionen schwächer. Dieses Phänomen haben wir wieder. Deshalb müssen wir alles daran setzen, um den ländlichen Raum weiter zu stärken. Dazu gehört eine vernünftige Anbindung. Dazu gehört, die Mobilität nicht nur zu erhalten, sondern sie in der Zukunft zu verbessern.

Die B 10 habe ich bereits genannt. Ich könnte genauso die A65 nennen. Es gibt noch eine Fülle von anderen Maßnahmen, wie die B51, die A1, die B255 usw. Es gibt noch viele Maßnahmen, die im ländlichen Raum notwendig sind, die eigentlich nach vorn gebracht werden müssten. Ich hoffe, dass sich da in der großen Koalition in den nächsten Jahren etwas bewegen wird.

Meine Damen, meine Herren, ich komme zum Landesbetrieb Straßen und Verkehr. Der Landesbetrieb Straßen und Verkehr ist mit Haken und Ösen und unter Schwierigkeiten aufgebaut worden. Man musste das unternehmerische Denken auch in die Mitarbeiterschaft hineinbringen. Es musste Effizienz entstehen; es mussten Mittel eingespart werden.

Die Konsolidierungsphase ist meines Erachtens noch nicht beendet, aber schon will man jetzt einen Landesbetrieb Mobilität errichten. Mit einem Landesbetrieb Mobilität habe ich zwar keine Probleme, aber ich will noch einmal das deutlich machen, was Herr Fraktionsvorsitzender Mertin gesagt hat: Dann bitte schön richtig. Beziehen Sie die Schienenpersonennahverkehrsverbände mit ein. Dann ist das eine runde Geschichte. Dann wäre das ein runder Betrieb, der im Grundsatz für die Straße und die Schiene in Rheinland-Pfalz zuständig wäre und wirkungsvoll tätig sein könnte.

Meine Damen und Herren, die ländlichen Räume sind angesprochen worden. Ohne Landwirtschaft und Weinbau wird es nicht gehen. Deshalb müssen auch hier die Rahmenbedingungen stimmen. Die Landwirte müssen in der Zukunft wettbewerbsfähig bleiben. Dazu müssen die Instrumente, die es bisher gibt, weiter genutzt werden – hervorragende Ausbildung, gute Forschungseinrichtungen sowie Schule, Beratung und Versuchswesen in einer Hand. Es müssen sicherlich die unterstützenden Maßnahmen weiter gewährt werden, wie die einzelbetriebliche Förderung, die Flurbereinigung, die Bodenordnung und grundsätzlich agrarstrukturverbessernde Maßnahmen, die von der EU angeboten werden. Es müssen Marktstrukturmaßnahmen ergriffen werden und Kooperationen eingeleitet werden. All das ist notwendig, weil

wir die Landwirtschaft mit ihren verschiedenen Facetten benötigen.

(Vizepräsident Bauckhage
übernimmt den Vorsitz)

Egal, ob das die Sonderkulturen – beginnend beim Weinbau über den Gemüse- und Obstbau bis hin zu den Zuckerrübenbetrieben und Tabakbaubetrieben – sind, sie müssen Reformen jetzt durchstehen und für den Wettbewerb neu aufgestellt werden. Da muss die Regierung helfen, indem die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit der ländliche Raum eine Zukunft hat und damit die Landwirtschaft und der Weinbau eine Zukunft haben.

Sie beabsichtigen, im Weinbau eine Clearingstelle für weinrechtliche Bagatellverfahren einzurichten. Herr Minister, ich will einmal anführen, was wir da schon alles haben: Wir haben die Weinkontrolle, die vor Ort eigentlich schon für die Bagatellverfahren zuständig ist. Wir haben dann die ADD, die das eigentlich von sich aus regeln müsste und die dann, wenn sie nicht mehr weiter weiß, zur Weinstaatsschutzbehörde bzw. zum Ministerium marschiert. Wir haben also schon vier Stellen. Es mag sein, dass mit einer fünften Stelle dann wirklich alles geklärt wird, aber ich halte die für absolut überflüssig. Diese Aufgabe muss die ADD übernehmen. Dafür ist sie da.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Saisonarbeitskräfte sind ein wichtiges Thema für den Bereich den Sonderkulturen, den Weinbau, die Landwirtschaft und den Gemüsebau. Die Eckpunkterege lung, die dazu in Berlin gemacht worden ist, kann man vergessen. Ich habe natürlich nichts dagegen, wenn Deutsche in der Landwirtschaft arbeiten. Von 2.400, die im Gemüsebau arbeiten sollten, sind dann aber 70 gewonnen worden. Das ist natürlich keine Erfolgsstory, sondern das ist vielleicht ein Anfang.

Ich bitte, dass alle gemeinsam dafür Sorge tragen, dass gerade für unsere Sonderkulturen, für die in Rheinland-Pfalz ungefähr 30.000 Saisonarbeitskräfte benötigt werden, diese auch zur Verfügung gestellt werden. Im Grunde genommen ist es nämlich Grundlage für die Entwicklung des ländlichen Raums, dass wir möglichst viele besonders wettbewerbsstarke landwirtschaftliche Betriebe – Gemüsebaubetriebe, Weinbaubetriebe, Tabakbaubetriebe, Obstbaubetriebe – in der Zukunft behalten werden. Das ist entscheidend für die Gesamtentwicklung des ländlichen Raums.

Meine Damen und Herren, insofern bin ich guten Mutes, dass zumindest doch ein großer Teil dessen fortgesetzt wird, was bisher getan worden ist. Wir werden in der Zukunft genau beobachten, wie sich die Veränderungen ergeben werden. Insofern bin ich trotz allem guten Mutes, dass die Arbeit, die wir geleistet haben, fortgesetzt wird und das Gute bewahrt bleibt. Den Rest werden wir dann als Opposition beurteilen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Staatsminister Professor Dr. Deubel.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird sicherlich den einen oder anderen bei der Opposition verwundern, dass auch in der Finanzpolitik gilt, dass das, was vor der Wahl gesagt worden ist, auch nach der Wahl so gemacht wird.

(Beifall der SPD)

Wenn wir weiter erfolgreiche Finanzpolitik in Rheinland-Pfalz betreiben wollen, müssen wir einen Dreiklang zwischen Investieren, Konsolidieren und Vorsorgen finden.

Investieren – das ist gestern und heute erklärt worden – werden wir in den nächsten Jahren in die wichtigen Schwerpunkte, die für die Zukunft des Landes wichtig sind, das heißt in das Thema „Zukunftschance Kinder“, in die Bereiche Hochschulen, Wissenschaft, Zukunft und insbesondere in den Bereich der Investitionsmilliarden.

Herr Eymael, um es klarzustellen: Die Umbenennung des Landesbetriebs Straßen und Verkehr in Landesbetrieb Mobilität – den Arbeitstitel hat es vor fünf Jahren bei den Koalitionsverhandlungen schon einmal gegeben – bedeutet nicht, dass die 500 Millionen Euro, die für diesen Bereich in dieser Legislaturperiode zur Verfügung stehen sollen, nur für Mobilität insgesamt ausgegeben werden sollen, sondern wie bisher für den Straßenbereich.

(Eymael, FDP: Das klang bei der Regierungserklärung anders!)

Ich stelle klar, dass es um die 500 Millionen Euro geht, die für den Bereich Straßen sind. Richtig ist, dass der Landesbetrieb Mobilität auch darüber hinaus Aufgaben übernimmt. Diese werden aber nicht aus diesen 500 Millionen Euro finanziert.

Bildung, Betreuung, Forschung und Lehre und die Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur sind die Basis für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Wichtig ist auch, dass die Kommunen in Rheinland-Pfalz leistungsfähig bleiben – besser, noch leistungsfähiger werden. Die Steuerentwicklung, die sich seit zwei Jahren bei der Gewerbesteuer und zunehmend auch bei den Gemeinschaftssteuern zeigt, gibt Hoffnung, dass die Kommunen ihre finanzielle Basis deutlich verbessern können. Das Land hat mit dem Beistandspakt, der jetzt durch den Stabilisierungsfonds abgelöst wird, die Voraussetzung geschaffen, dass in Rheinland-Pfalz die Kommunen investitionsstark geblieben sind.

(Beifall bei der SPD)

Das Land und die Kommunen in Rheinland-Pfalz liegen im Ländervergleich zusammen auf Platz 2, was die

Investitionsausgaben angeht. Das heißt, hier wird bei den Kommunen deutlich mehr investiert als in anderen Bundesländern. Wir müssen ohne Frage konsolidieren. Der Schuldenstand des Landes ist objektiv zu hoch. Er sollte niedriger sein. Im Ländervergleich ist der Schuldenstand aber bei weitem nicht so dramatisch, wie er heute wieder einmal dargestellt worden ist.

Das liegt natürlich auch daran, dass auch bei der CDU in bestimmten Bereichen gilt: Vor der Wahl wird das Gleiche wie nach der Wahl erzählt. – Das heißt, die gleichen falschen Vermerke mit falschen Zahlen werden nach der Wahl wieder ungerührt herausgeholt und vorgelesen. Die Zahlen sind schlicht und ergreifend falsch.

(Hartloff, SPD: Da fehlt die göttliche Eingebung!)

Der Ministerpräsident hat schon darauf hingewiesen. Wenn man sich die Zahlen anschaut, die die amtliche Statistik ausweist, und zwar einschließlich der Landesbetriebe, erleben wir eine völlig andere Situation als die, die uns heute geschildert worden ist. 1991 hatte das Land einen Schuldenstand von 2.954 Euro pro Einwohner. Der Bundesdurchschnitt lag bei 2.207 Euro. Das heißt, das Land lag 747 Euro bzw. 33,8 % pro Einwohner höher als der Bundesdurchschnitt.

Heute – ich habe noch neuere Zahlen als der Ministerpräsident –, das heißt, von Ende März dieses Jahres, liegt der Schuldenstand des Landes bei 5.931 Euro und der Durchschnitt aller Länder bei 5.732 Euro. Das heißt, wir liegen 249 Euro über dem Bundesdurchschnitt. Das sind 4,3 %. 1991 waren es 33,8 % über dem Durchschnitt.

Nehmen wir die Landesbetriebe dazu – das gehört sich so –, liegen wir 460 Euro höher. Das sind mit den Landesbetrieben 8 %. Das sind zusammen 25,5 Milliarden Euro mit den Landesbetrieben und einschließlich der Schulden bei den öffentlichen Haushalten.

Ich bitte herzlich darum, Ihrem zuständigen Referenten zu sagen, dass er doch bitteschön einmal in die Statistik schauen und Ihren Fraktionsvorsitzenden nicht mit den gleichen Zahlen losschicken soll, wie das in der letzten Legislaturperiode der Fall war. Das hat sich offensichtlich nicht ausgezahlt.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt viele falsche Zahlen. Die Prozentzahl Personal ist mit 43 nicht richtig. Wir sind bei 40,5 %.

(Harald Schweitzer, SPD: Da stimmen noch nicht einmal die Lottozahlen!)

Noch schöner ist der Hinweis auf Niedersachsen, das in zwei Jahren den grandiosen Sparerfolg von 15 Millionen Euro bei den Personalausgaben erzielt hat. Das soll man doch nicht ernsthaft als grandiosen Sparerfolg verkaufen. Wir sparen Jahr für Jahr über 100 Millionen Euro. Wenn man schon andere Länder heranzieht, dann nur in den Fällen, wo es sinnvoll ist,

und nicht in denen, wo es für Rheinland-Pfalz und die Ergebnisse im Land positiv ist.

Wir müssen weiterhin sehr restriktiv unsere Haushalte aufstellen, und zwar so wie in den letzten Jahren, wo wir die niedrigste Steigerungsrate aller westlichen Flächenländer hatten. Wir wollen auf diesem Kurs fortfahren. Insofern muss man sich anschauen, wo gespart werden kann.

Die Struktur eines Landeshaushalts ist relativ einfach erläutert. 12 % sind Investitionen. Vermutlich möchte auch die Opposition hier nicht sparen. Rund 20 % sind Zuweisungen an Kommunen im kommunalen Finanzausgleich und sonstige Zuweisungen. Vermutlich möchte die Opposition hier auch nicht unbedingt sparen.

(Harald Schweitzer, SPD:
Da bin ich mir nicht sicher!)

– Na ja, zumindest sind nie gegenteilige Anträge gestellt worden.

Dann haben wir den großen Bereich, an dem sich Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu anderen Ländern beteiligt, nämlich die überörtliche Sozialhilfe. In anderen Ländern ist das eine rein kommunale Aufgabe. Das ist auch eine Größenordnung, die an die 10 % des Haushalts heranreicht. Dann haben wir die Altlast, die Zinsen, auch in der Größenordnung von 10 %. Übrig bleiben 40 % Personal- und 7 % Sachausgaben.

Meine Damen und Herren, das Sparen muss im Wesentlichen in diesen beiden Bereichen stattfinden, wenn man nicht bei den Kommunen Verschlechterungen herbeiführen oder die Investitionen nach unten fahren will. Dann sind wir bei den Sachausgaben und den Personalausgaben. Wir werden in diesen Bereichen die Budgetierung weiterführen, das heißt, Jahr für Jahr muss Personal abgebaut werden. Wir müssen zusätzliche Einsparungen erzielen, und zwar sowohl bei den Sachausgaben als auch bei den Personalausgaben.

Die drei Elemente sind gestern erläutert worden, das heißt, die Absenkung der Eingangsbesoldung für drei Jahre, die Umstellung der Altersteilzeit auf eine neutrale Regelung und schließlich die heutige Festlegung auf die geplanten Besoldungserhöhungen der nächsten Jahre vorbehaltlich der Föderalismusreform mit 0,5 % 2007 und 2008 und der Inflationsrate 2009 und 2010 bzw. im einfachen Dienst durchgängig der Inflationsrate.

Das macht nicht unbedingt Freude. Das ist auch erklärungsbedürftig. Nach wie vor haben wir die Situation, dass die Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz beim Land sicher sind und sicher bleiben. Das ist im Vergleich zu dem, was in der freien Wirtschaft passiert, eine ganze Menge.

Wenn man sich in der freien Wirtschaft die effektive Entwicklung der Löhne – nicht der Tarife – anschaut, stellt man fest, dass übertarifliche Zahlungen, die es vor einigen Jahren noch gegeben hat, systematisch abgebaut worden sind. Heute wird im Wesentlichen nur noch Tarif bezahlt, sodass die tatsächliche Lohnerhöhung doch deutlich bescheidener ausfällt.

Dieser Weg ist nicht vermeidbar, wenn wir unser Ziel konsolidieren, das heißt, ein systematisches Zurückführen der Neuverschuldung erreichen wollen.

Drittens Vorsorge. Wir haben als einziges Bundesland den Pensionsfonds. Sachsen hat ihn jetzt auch eingeführt, allerdings nur für die wenigen Beamten, die sie haben; denn die Lehrer in Sachsen sind Angestellte, das heißt, es ist eine sehr kleine Dimension, um die es geht. Wir werden die Zahlungen in den Pensionsfonds in den nächsten Jahren erheblich erhöhen müssen, aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens, was wir natürlich befolgen, erheblich erhöhen müssen. Das heißt, nach 190 Millionen Euro Zuführung in diesem Jahr werden es im nächsten Jahr 250 Millionen Euro und im übernächsten 285 Millionen Euro sein.

25 % unserer Beamtinnen und Beamten sind bereits in diesem Pensionsfonds, das heißt, dass wir schon ein sehr großes Stück des Weges zurückgelegt haben in der Umstellung vom Finanzieren der Pension aus dem laufenden Haushalt zu kapitalgedeckter Finanzierung von Pensionen. Wir werden dies auch durchhalten.

Herr Eymael, beim Thema „Vorsorge“ vielleicht noch eins. Sie haben die ISB erwähnt. Ich will das nicht vertiefen. Nur so viel: Dass die ISB noch 230 Millionen Euro Eigenkapital hat, das hat auch mit dem Finanzministerium zu tun. Sie können davon ausgehen, – –

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Ja, Herr Eymael, wir wollen es nicht vertiefen.

– – es gibt nicht den geringsten Ansatz, die geringste Überlegung, die ISB zu plündern. Die ISB wird so stark bleiben, wie sie ist, und sie wird im nächsten Jahr noch stärker werden. Dass das Prinzip „vier Augen“ jetzt umgesetzt wird, ist bei Unternehmen dieser Art eigentlich ganz üblich und ist bei der Aufsicht über Privatunternehmen übrigens zwingend erforderlich. Bei Privatunternehmen kann das Land nicht gleichzeitig Aufsicht und in den Gremien massiv vertreten sein.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Steuern erleben wir erstmals seit Jahren wieder einen geringen Hoffnungsschimmer. Es geht wieder leicht nach oben. In diesem Jahr sollen es acht Milliarden Euro werden. Vor sechs Jahren waren es 8.350.000.000 Euro. Wir sind also immer noch unter dem Jahr 2000. Im nächsten Jahr werden wir, wenn die Steuerschätzung richtig ist, einschließlich der Erhöhung der Mehrwertsteuer knapp über dem Wert des Jahres 2000 liegen, etwa 100 Millionen Euro darüber.

Herr Mertin, ich möchte eine Aussage noch zu dem Thema „Steuerquote“ machen. Es wird nicht mehr überprüft, ob das richtig ist mit der Abgabenquote, sondern es wird einfach behauptet, die Steuerquote ist in Deutschland niedrig, aber die Abgabenquote ist die höchste. Ich nenne Ihnen die Zahlen:

Deutschland: 34,6 % Abgabenquote. Das ist in Europa der niedrigste, nicht ganz der niedrigste Wert; denn die Slowakei liegt mit 30,8 % noch niedriger und Irland liegt mit 30,2 % niedriger. Aber die mit uns vergleichbaren

Länder, also Frankreich liegt bei 43,7 %, neun Punkte höher. Wissen Sie, was das bei einem Sozialprodukt von 2,3 Billionen bedeutet? Das sind über 200 Milliarden Euro. Italien liegt bei 42,2 %, Spanien bei 35,1 % oder das Vereinigte Königreich, das auch immer als staatsfern beschrieben wird, liegt bei 36,1 %. Das heißt, wir liegen in Deutschland auch bei der Abgabenquote in Europa ganz hinten, sieht man von der Slowakei und Irland ab.

(Zurufe im Hause)

Von daher ist die Diskussion über die Frage, wie der Staat dauerhaft sicherstellen kann, dass er die Aufgaben, die er unzweifelhaft erfüllen muss, leisten kann, auch weiterhin notwendig.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Ein letzter Punkt. Wir haben im letzten Jahr den Haushalt mit Vermögenserlösen von 660 Millionen Euro verfassungskonform halten können. In diesem Jahr sind 550 Millionen Euro eingeplant. Das Ziel, den Haushalt ohne Vermögenserlöse verfassungskonform zu fahren, heißt, dass wir uns um 550 Millionen Euro erst einmal verbessern müssen gegenüber heute. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Dieses Ziel streben wir für die nächsten Jahre an.

Sie werden sehen, dass wir auch im nächsten Doppelhaushalt die Vermögenserlöse auf der Ebene halten werden, wie sie in der Finanzplanung bereits vorgezeichnet sind; denn auch die Finanzplanung, die vor zwei Jahren aufgestellt worden ist, passt jetzt wieder ziemlich genau. Die Ausgaben passten immer, aber jetzt passen auch die Einnahmen glücklicherweise wieder.

Meine Damen und Herren, wir sind besser durch die schwierigen Zeiten gekommen als die meisten anderen Flächenländer, insbesondere die, wo die Mehrheiten in den letzten Jahren gewechselt haben. Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, zumindest in der Aufstellung, Schleswig-Holstein neuerdings, das Saarland sowieso stellen seit Jahren nur noch verfassungswidrige Haushalte auf und erklären auch offen, dass das in den nächsten Jahren so bleibt.

Insbesondere bei Nordrhein-Westfalen ist das sehr erstaunlich nach dem, was vor der Wahl alles gesagt worden ist, aber bei der Verschuldung sieht man es auch. Nordrhein-Westfalen hat uns jetzt locker überholt, das heißt, Herr Ministerpräsident, wir sind nicht mehr an Platz 7, wir sind an Platz 5, nämlich genau Nase an Nase mit Niedersachsen.

Nordrhein-Westfalen ist in der Zwischenzeit in der Verschuldung deutlich höher. Ich fürchte, nach der Finanzplanung von Herrn Rüttgers wird das auch so bleiben. Hier im Land werden wir jedenfalls weiterhin eine solide Finanzpolitik machen, die aber die Zukunft des Landes ganz klar als oberstes Ziel sieht und gleichzeitig den Haushalt verantwortlich fährt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Meine Damen und Herren, ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte heute Morgen schon zweimal das Gefühl, als ob wir heute Pfingsten hätten, als ich die FDP-Redner heute gehört habe. Ich freue mich darüber, weil viele Dinge, die hier ausgeführt worden sind, über Jahre nicht erwähnt worden sind bzw. man sie dann immer im FDP-Programm vor den Wahlen hat lesen können, insbesondere die Schulpolitik.

Ich will nur noch den Punkt „Straßen“ anführen, weil das eben erwähnt worden ist. Es wäre vielleicht ganz nützlich, wenn die Landesregierung den LSV einmal fragen würde, wie viel Geld man bräuchte, um die Sanierung der Straßen vorzunehmen, um allein die Winterschäden, die dieser Winter hervorgerufen hat, einigermaßen in den Griff zu bekommen. Dann werden Sie eine Zahl genannt bekommen, die weit das sprengt, was wir zur Verfügung haben. Das hat jetzt überhaupt nichts mit Schuldzuweisung zu tun. Das ist einfach nur eine Zustandsbeschreibung. Ich finde, dies sollte man auch einmal offen sagen. Es ist genauso, wie Herr Eymael sagt, ländliche Gebiete sind auf diese guten Straßenverbindungen angewiesen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident Beck, bei Ihrer Einlassung heute hat meine Kollegin Marlies Kohnle-Gros schon gesagt, es war wie immer. Bezeichnend ist eigentlich eine Äußerung, die Sie in einem Nebensatz wieder erwähnt haben. Er hat uns eingeladen, wenn eine Verwaltungsreform jetzt durchgeführt wird, zuzuhören und mitzudiskutieren.

Das sagt alles über das Selbstverständnis eines Parlaments aus. Letztendlich wird es im Parlament entschieden. Ich möchte das noch einmal klar und deutlich sagen. Selbstverständlich werden wir uns einmischen. Aber das ist der Umgang mit dem Parlament. Den haben wir hier seit Jahr und Tag beklagt. Heute haben Sie genau dasselbe wieder gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Auch Ihr Fraktionssprecher – die Reden basieren immer auf der gleichen Basis – hat irgendetwas in den Raum gestellt, was niemand bezweifelt, bekennt sich ganz kräftig dazu – Schritt eins. Schritt zwei, man sucht sich zwei, drei Kollegen aus der CDU-Fraktion heraus, die man persönlich anzugehen versucht.

(Widerspruch bei der SPD)

Das war hier wieder deutlich zu spüren. Auch das hat etwas mit Umgang zu tun.

(Zuruf von der SPD:
Das sagt der Richtige!)

Auch das hat etwas mit dem Umgang im Parlament zu tun, Herr Ramsauer.

(Ramsauer, SPD: Haben Sie die Rede Ihres Vorsitzenden gehört?)

– Dass Sie nicht mitreden können, ist mir klar.

(Ramsauer, SPD: Haben Sie den Auftakt von Herrn Baldauf gehört?)

– Herr Baldauf hat niemanden persönlich genannt.

(Ramsauer, SPD: Aber selbstverständlich!)

– Niemanden. Wir können die Rede nachlesen.

(Ramsauer, SPD: Unverschämt war er!)

– Überhaupt nicht.

Herr Ramsauer, ich komme jetzt zu einem Thema, das Sie ganz besonders gut aus der Vergangenheit kennen, kann ich jetzt auch einmal so sagen. Lassen Sie uns zu dem Thema „Schulden“ zurückkommen; Schulden des Landes Rheinland-Pfalz.

Herr Mertin hat Dinge ausgeführt, die ich nur unterstreichen kann. Es ist schon bemerkenswert, wie der Ministerpräsident und der Finanzminister all diese vorgebrachten Befürchtungen bzw. aufgezeichneten Daten beiseite wischen, als wenn sie überhaupt nicht vorhanden wären. Nein, Rheinland-Pfalz steht top da, haben wir vorhin wieder gehört.

Sie berufen sich sonst immer auf alle möglichen Studien. Schauen Sie doch bitte einmal in die Bertelsmann-Studie. Schauen Sie in die Stiftung Marktwirtschaft: Dort steht klar und deutlich, welche Position Rheinland-Pfalz bei der Schuldenmacherei in den letzten Jahren eingenommen hat. Dann stimmen die Studien auf einmal nicht mehr, weil es jetzt nicht mehr ins Zeug passt. Das kann nicht gehen. Der Schuldenstand ist schon richtig. Dass das hier bemängelt wird, ist mehr denn je richtig.

(Beifall der CDU)

Sie verspielen mit diesen Schulden die Zukunft der nächsten Generation.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Ich möchte Ihnen noch eines sagen. Herr Ministerpräsident, auch das war wieder typisch. Sie haben mich heute Mittag einmal kurz angesprochen. Sie hatten überhaupt nicht gehört, was ich gesagt hatte. Dann haben Sie gesagt, das Leben sei manchmal sehr konkret.

Ich möchte Ihnen jetzt einmal etwas sehr Konkretes vorlesen. Sie haben vorhin gesagt, die Schulden basierten darauf, dass diese vor 1991 gemacht worden seien. Darüber möchte ich mit Ihnen überhaupt nicht streiten. Diesen Kenntnisstand hatten Sie aber auch schon im Jahr 2000.

Ich will noch einmal aus Ihrer letzten Regierungserklärung am 21. Mai 2001 folgende Passage vorlesen: „Rheinland-Pfalz hat als eines der ersten Länder eine Selbstbindung zum Ausstieg aus der Neuverschuldung beschlossen.“

Bislang lag die Zielmarke für einen Haushalt ohne neue Schulden beim Jahr 2008. Dank unserer erfolgreichen Sparbemühungen liegen wir ausweislich des Jahresabschlusses 2000 jedoch deutlich vor dieser Zeitplanung.“ Im Jahr 2000.

(Baldauf, CDU: Hört! Hört!)

„Deshalb wollen wir den ausgeglichenen Haushalt möglichst schon 2006 – das heißt, zwei Jahre früher als geplant – realisieren.“

(Licht, CDU: Das war die FDP, dass es nicht geklappt hat!)

Es geht weiter in den Zitaten: „Es gilt deshalb das Prinzip äußerster Sparsamkeit bei gleichzeitiger Stetigkeit und Berechenbarkeit. Durch Anwendung des zur Verfügung stehenden haushaltsrechtlichen Instrumentariums werden wir auch schon im laufenden Jahr die Ausgaben noch restriktiver bewirtschaften als bereits im Haushaltsplan vorgesehene.“ Das Jahr 2001.

(Keller, CDU: Hört! Hört!)

„Auch im kommenden Doppelhaushalt für die Jahre 2002 und 2003 und in den Folgejahren wird der eingeschlagene Sparkurs unvermindert fortgesetzt. Der Ausgabenzuwachs muss auch weiterhin unterhalb der Vorgabe des Finanzplanungsrats liegen. Zusätzliche Leistungen werden deshalb nur durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren sein.“ –

Das war der Anspruch vor fünf Jahren. Ich lese jetzt einmal die gleiche Passage in der neuen Regierungserklärung vor:

(Schweitzer, SPD: Haben wir Vorlesestunde?)

„Das zentrale finanzpolitische Ziel für die nächsten Jahre ist es, die Verfassungsgrenze wieder ohne Vermögensveräußerung einzuhalten.“ –

Übrigens haben Sie sich damit selbst die Antwort gegeben, warum Sie es noch einigermaßen hinbekommen haben: weil Sie die Vermögensveräußerung in drastischem Maß vorgenommen haben, nicht weil Sie eingespart haben. Wirklich eingespart haben Sie nämlich so gut wie überhaupt nichts.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Staatssekretärs Lewentz)

– Da kam schon wieder der Zwischenruf von Herrn Lewentz: „Das war ja alles New York.“ Also komisch, dass andere Länder das Problem auch hatten und diese doch ganz anders ans Sparen herangehen als Sie. Wir werden in zwei, drei Jahren die Folgen sehen.

Herr Deubig, wenn Sie Nordrhein-Westfalen nennen – – – Nordrhein-Westfalen kenne ich gut, weil – – –

(Zurufe von der SPD: Deubel heißt der Finanzminister! – Ramsauer, SPD: Deubig hat mehr Schulden! – Heiterkeit bei der SPD – Zurufe aus dem Hause)

Ich kann Ihnen sagen, als die neue Regierung in Nordrhein-Westfalen die Ämter übernommen hat, – –

(Zurufe von der SPD)

– Da wäre die Frage, warum, aber das wollen wir jetzt nicht erörtern.

(Frau Spurzem, SPD: Das ist wirklich die Frage!)

– – hat man ganz schnell festgestellt – man ist da einfach ehrlicher, wissen Sie –, es waren Zusagen über Jahre gemacht worden. Man hat sogar im Krankenhausbereich alle weiteren Zusagen für das nächste Jahr gestrichen, weil man das finanzpolitisch überhaupt nicht mehr handeln konnte, was die alte Landesregierung dort zugesagt hat. Das kann ich Ihnen anhand von Zahlen genau nachweisen.

(Zuruf der Abg. Frau Spurzem, SPD)

Ich möchte aber noch etwas zur Stetigkeit und Verlässlichkeit dieser Landesregierung sagen. Frau Marlies Kohnle-Gros hat zu Recht gesagt, wir werden uns nicht verweigern, wenn wir Sparsbemühungen durchführen, auch in dem Bereich, in dem Sie in einem Punkt konkret geworden sind.

(Zuruf der Abg. Frau Spurzem, SPD)

Ich will Ihnen aber diesbezüglich etwas zu Ihrer Verlässlichkeit sagen. Ich zitiere aus der gleichen Regierungserklärung 2001 von Ministerpräsident Beck: – –

(Frau Spurzem, SPD: Reden wir über die oder die von gestern?)

– Das hat alles etwas miteinander zu tun.

– – „Insgesamt“ – ich darf noch einmal um Aufmerksamkeit bitten –

(Zurufe von der SPD – Frau Spurzem, SPD: Herr Oberlehrer!)

„werden wir den Lehrerberuf attraktiver machen. Eine höhere Besoldung von Lehramtsanwärtern und Studienreferendaren, ein Quereinsteigerprogramm, die Anhebung der Dreiviertel-Angestelltenstellen auf volle Beamtenstellen sowie eine Modernisierung der Lehrerausbildung werden Zug um Zug die Situation unserer Lehrerinnen und Lehrer und damit auch die Qualität des Unterrichts insgesamt verbessern.“

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen jetzt einmal, was davon Wirklichkeit geworden ist. Die Beförderung

hat unseres Wissens nie stattgefunden. Das Quereinsteigermodell hat stattgefunden. Die Anhebung der Dreiviertelstellen ist nach großem Protest der Opposition endlich umgesetzt worden.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Entschuldigen Sie, das war so.

(Schweitzer, SPD: Wieso hat es keiner gemerkt?)

Verstehen Sie, ich komme aus einem Landesteil, der direkt an Nordrhein-Westfalen und Hessen grenzt. Wir hatten in diesen Jahren, in denen KOSI 2010 und diese Dreiviertelstellen eingeführt wurden, keine Chance mehr, gute Lehrer bei uns einzustellen. Die sind fünf Kilometer über die Grenze gefahren und haben dort Stellen angenommen. Das ist die Wahrheit. Das ist Ihre Politik.

(Beifall der CDU – Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

– Genau.

Das Gleiche machen Sie jetzt wieder.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Muss man jetzt allen Lehrern sagen, Herr Dr. Rosenbauer findet, dass das schlechte Lehrer sind, die jetzt da sind?)

Jetzt haben Sie in Ihrer Regierungserklärung Grund- und Hauptschule ausgenommen, wobei die Formulierung sehr interpretationswürdig ist, weil man eigentlich überhaupt nicht weiß, was Sie jetzt einsparen wollen. Sind alle betroffen oder nicht?

Sie haben Berufsschullehrer genannt mit 30 %. Entschuldigung, bei uns im Grenzgebiet gibt es jetzt schon keine Berufsschullehrer mehr. Die gehen über die Landesgrenze – so einfach ist das – und werden voll beamtet und bekommen ganze Stellen.

So werden Sie das Problem nicht in den Griff bekommen. Sie werden die Schulsituation weiter verschlechtern. Das ist Ihre Politik.

(Keller, CDU: So ist es! – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Alle Lehrer im Westerwald sind schlechte Lehrer! Das war Ihre Botschaft!)

– Frau Brede-Hoffmann, ich meine, das kennen wir aus den vergangenen fünf Jahren. Es wäre einfach einmal ganz nützlich, wenn Sie sich an den Fakten orientierten. Da spricht die Vergangenheit deutliche Worte. So kann die Schul- und Bildungspolitik nicht weitergehen.

(Beifall der CDU)

Jetzt noch zu Ihren Ausführungen, Herr Puchtler. Sie haben laut geschrien: „Wir stecken jede Menge Euro in die Bildung.“

„WirtschaftsWoche“ 15. Mai 2006: Mit großen Unterschieden zwischen den Bundesländern werden dort die Bildungsausgaben der Bundesländer je Einwohner in die Bildung analysiert.

Ich fange einmal oben an: Hamburg 671 Euro; Sachsen-Anhalt 664 Euro; Thüringen 645 Euro; Baden-Württemberg 626 Euro; Nordrhein-Westfalen 608 Euro; Bayern 605 Euro; Mecklenburg-Vorpommern 601 Euro; Sachsen 600 Euro; Berlin 596 Euro; Bremen 594 Euro;

(Glocke des Präsidenten)

Rheinland-Pfalz war noch nicht dabei. Niedersachsen 587 Euro;

(Glocke des Präsidenten)

Brandenburg 565 Euro; Hessen 595 Euro; Schleswig-Holstein 556 Euro. Dann kommt Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, diese Statistik sagt alles über Ihre Initiative in der Bildung und über Ihren Schwerpunkt Bildung. Hier müssen andere Forderungen aufgestellt werden. Sie müssen erst einmal beweisen, dass Sie es ernst meinen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Abgeordnete Grosse hat das Wort.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kein Kind, kein Jugendlicher und kein Erwachsener darf am Wegesrand zurückgelassen werden. Meine Damen und Herren, dies hat gestern unser Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt, und genau das ist es, wofür wir in der Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren sehr viel gearbeitet haben.

(Beifall der SPD)

Die SPD-Fraktion sieht eine ihrer wesentlichen Aufgaben darin, die Menschen zu unterstützen, die ohne Arbeit sind, und alles zu unternehmen, um diese Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Es ist viel passiert in Rheinland-Pfalz. Ich nenne den Ovalen Tisch des Ministerpräsidenten, der inzwischen so etwas Ähnliches wie eine Leitbildfunktion innehat, gerade weil er schon so lange existiert. In Rheinland-Pfalz konnte der Pakt „Rheinland-Pfalz für Ausbildung“ geschlossen werden, es gibt die Aktion Chancengarantie, die Jobfüxe und Jugendscouts arbeiten seit vielen Jahren sehr erfolgreich, und es ist die Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen: 6.000 Plus für Jung und Alt“ ergriffen worden.

(Beifall der SPD)

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde von der Landesregierung in Rheinland-Pfalz das Audit-Verfahren „Beruf und Familie“ initiiert wie auch das Programm „Viva Familia“ gestartet. Dies sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf außerordentlich wichtige Signale im Land Rheinland-Pfalz. All dies und alle weiteren Aktionen, die von der Landesregierung gestartet worden sind, haben das Ziel, die Situation am Ausbildungs- und am Arbeitsmarkt zu verbessern.

Ich habe heute früh die Rede von Herrn Baldauf gehört und feststellen müssen, dass das Wort „Arbeitsmarkt“ oder „Ausbildungsplatz“ so gut wie überhaupt nicht vorkam. Es kam kein einziger Vorschlag, wie Arbeitsmarktpolitik gestaltet werden soll, kein einziger Vorschlag zur Ausbildungsplatzsituation.

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Alles stand unter diesem Motto! – Zuruf des Abg. Rosenbauer, CDU)

Aber Herr Baldauf hat die Botschaft verkündet: „In einigen Jahren werden Fachkräfte fehlen.“ – Hut ab vor dieser tief schürfenden Erkenntnis und vor diesem außerordentlichen Kenntnisstand! – Ich finde es schon befremdlich, dieses wichtige Thema ganz außen vor zu lassen und uns erzählen zu wollen, wie die Welt funktioniert. Das halte ich schon für schwierig.

Dann gab es ein merkwürdiges Sammelsurium von Zahlen, das Herr Baldauf uns heute in Bezug auf den Arbeitsmarkt verkündet hat.

(Zurufe von der CDU)

Er hat aber vergessen zu sagen, dass wir Platz 3 in der allgemeinen Arbeitslosenstatistik einnehmen und dass heute Morgen die verkündeten Zahlen bei 8,0 % liegen.

(Schreiner, CDU: Wir wollen den aktivierenden Staat!)

Das heißt, die Arbeitslosenzahlen in Rheinland-Pfalz sinken kontinuierlich. Wir haben in Rheinland-Pfalz, was den Arbeitsmarkt angeht, außerordentlich gute Voraussetzungen.

(Beifall der SPD –

Schreiner, CDU: Und wie viel Beschäftigung haben Sie? – Weitere Zurufe des Abg. Schreiner, CDU)

– Ich weiß gar nicht, was Sie mir die ganze Zeit hineinbrüllen. Ich wusste gar nicht, dass Sie ein arbeitsmarktpolitischer Experte sind.

Natürlich geben wir uns damit nicht zufrieden. Damit die Arbeitslosenzahlen noch weiter zurückgehen, haben wir natürlich unterschiedliche Vorschläge erarbeitet. Ich freue mich ganz besonders, dass Ministerpräsident Beck gestern nicht nur das hervorgehoben hat, was im Land fortgesetzt werden soll, sondern er auch neue Ideen und neue Akzente gesetzt hat, beispielsweise bei der Ausbildungsplatzsicherung und bei der Ausbildungsplatzsituation.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Enquete-Kommission festgestellt, dass – um nur ein Beispiel zu nennen – der Übergang von der Schule zum Betrieb oder von der Schule in die Ausbildung häufig als holprig empfunden wurde und es außerordentlich wichtig ist, insbesondere die benachteiligten jungen Menschen zu unterstützen. Darum ist es von so außerordentlich großer Bedeutung, dass Herr Ministerpräsident Beck gestern angekündigt hat, dass jede Hauptschule Schulsozialarbeit anbieten soll.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, dies ist ein sehr wichtiger und ein sehr guter Schritt.

(Bracht, CDU: Dafür haben Sie lange gebraucht!)

Wenn wir über die Ausbildungsplatzsicherung sprechen, ist es ebenso erwähnenswert, dass Herr Ministerpräsident Beck angekündigt hat, alle Minister und Staatssekretäre, die in irgendeiner Form mit der Ausbildungsplatzsituation oder mit dem Ausbildungsmarkt zu tun haben, an einen Tisch zu holen.

(Frau Huth-Haage, CDU: Also noch ein runder Tisch!)

Die „Mainzer Allgemeine Zeitung“ hat dies heute als Ausbildungskabinett bezeichnet. Ich finde, diese Bezeichnung passt sehr gut, und ich bin fest davon überzeugt, dass dieses Ausbildungskabinett noch weitere Maßnahmen mit sich bringen wird, um insbesondere benachteiligte junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu führen.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf hat am Rande die Ausbildungsplatzsituation erwähnt, indem er gesagt hat: Wir wollen die Eltern mehr in die Pflicht nehmen.

(Bracht, CDU: Er hat viel zu Bildung gesagt! Das ist entscheidend!)

– Dazu sage ich Ihnen jetzt auch noch etwas.

Wir haben im Rahmen der Enquete-Kommission festgestellt, dass es sehr wichtig ist, Eltern in die Schule, aber auch in den Start in die berufliche Ausbildung ihrer Kinder mit einzubeziehen. Die Landesregierung hat die Aktion „Eltern als Berufswahlbegleiter“ initiiert, was sehr erfolgreich und sehr begrüßenswert ist. Wenn die Rahmenbedingungen im Land gestaltet werden, müssen sie noch kommunal umgesetzt werden.

Es wird Sie vielleicht überraschen: Die SPD-Fraktion hat im Landkreis Mainz-Bingen den Antrag gestellt, und die CDU hat diesen Antrag abgelehnt, und zwar genau deshalb, weil wir ihn gestellt haben.

(Zurufe von der CDU – Heiterkeit des Abg. Schreiner, CDU – Hartloff, SPD: Herr Schreiner, wenn Sie keine Ahnung haben, sollten Sie auch nicht lachen!)

Also im Land den Mund spitzen, – –

– Frau Huth-Haage, wir waren über Fraktionsgrenzen hinweg einig, wie wichtig das ist.

(Frau Huth-Haage, CDU: Nein, das haben Sie immer behauptet, aber so war es nicht!)

– Aber ganz sicher! Wir können es nachlesen.

– – aber dann kommunal nicht pfeifen, das halte ich für eine sehr schwierige Politik, meine Damen und Herren!

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich nun noch etwas zur Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen sagen. Auch dies war ein ganz wesentlicher Punkt und ein großes Kapitel in unserer Enquete-Kommission. Wir haben festgestellt, dass insbesondere bei der Schließung von Verbänden externe Beratung angemessen sei. Wir waren uns auch fraktionsübergreifend darin einig, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen der Unterstützung bedürfen. Ich fand es sehr schön und habe mich sehr darüber gefreut, dass Ministerpräsident Beck gestern angekündigt hat, dass der Mittelstand ausgebaut werden soll, Rheinland-Pfalz das Land des modernen Mittelstands werden soll und weiter in die Technologieförderung einbezogen werden soll.

Zumindest nach meinem Eindruck bestand in der Enquete-Kommission Einigkeit darüber, wie wichtig das ist. Wenn Herr Baldauf heute fragt, was der Ministerpräsident wohl mit Technologieförderung meinte, und das müsse man ihm vielleicht genauer erklären, rate ich ihm, die unterschiedlichen Gutachten zu lesen, in denen Technologieförderung und Mittelstand ganz genau und detailliert beschrieben werden und wie wichtig dies für unser mittelständisches Land ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Wenn wir bei der Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen sind, darf ich auch betonen, wie wichtig es ist, dass ein Mittelstandslotse eingesetzt werden soll. Auch darüber bestand Einigkeit. Darum verstehe ich nicht, dass Herr Baldauf und übrigens auch Herr Eymael heute sagen, dies bräuchten wir eigentlich gar nicht.

In der Enquete-Kommission waren wir uns nach vielen Anhörungen darüber einig, und all diejenigen, die mit Arbeitsmarkt zu tun hatten, unterstützten die Gemeinsamkeiten, die wir herausgearbeitet hatten, dass der Mittelstand der Unterstützung bedarf. Darum ist meine Überraschung umso größer, dass Herr Baldauf meint, dies sei nicht nötig.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Bauckhage:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer?

Abg. Frau Grosse, SPD:

Ich habe nur noch 90 Sekunden Zeit. Es ist leider nicht mehr möglich.

Herr Baldauf, wir können uns gern noch einmal die Protokolle der Enquete-Kommission anschauen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen: Herr Baldauf fordert den schlanken Staat. Ich frage mich, ob er damit meint, dass wir diejenigen, die in Not geraten sind, die Menschen, die am Wegesrand stehen, dadurch allein lassen sollen, dass jedes Mal, wenn wir den Haushalt beraten, die CDU die Streichung der Mittel für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen fordert.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das unter schlankem Staat verstehen, dass die vermeintlichen Problemgruppen, nämlich Jugendliche mit Schwierigkeiten, ältere Menschen, die nicht mehr eingestellt werden, Menschen mit Beeinträchtigungen, aber natürlich auch Frauen, die benachteiligt sind, stehen gelassen werden, ohne dass wir sie unterstützen, dann werden Sie bei den Sozialdemokraten dafür keine Unterstützung erfahren. Wir werden die Unterstützung weiter fordern, damit niemand am Wegesrand zurückgelassen wird.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Morsblech.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kinder und Jugendliche sind das Potenzial unseres Landes. Das wurde hier im Hause auch in der Debatte mehrfach deutlich gemacht. Jede Investition sowohl in Form von Finanzmitteln als auch in Form unserer Kraftanstrengungen und Fürsorge für Kinder und Jugendliche lohnt sich.

Politik und Gesellschaft haben es als ihre oberste Pflicht anzusehen, Chancengerechtigkeit für die kommenden Generationen herzustellen. Der Ministerpräsident hat es deutlich gemacht, es ist richtig, jedes Kind und jeder Jugendliche muss, egal in welchem Elternhaus und vor welchem sozialen Hintergrund aufgewachsen, faire Chancen in unserer Gesellschaft erhalten.

(Beifall der FDP und des Abg. Pörksen, SPD)

Man muss aber dann im Hinblick auf die Regierungserklärung sehr fein differenziert deutlich machen, dass Chancengerechtigkeit nicht dasselbe wie Chancengleichheit ist.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Kinder und Jugendliche müssen spüren, dass sie gebraucht werden, sie Entfaltungsmöglichkeiten haben, sie selbst Potenziale und Talente entwickeln können und diese Gesellschaft ihnen auch einen Platz bietet.

Es geht also nicht darum, dass jedes Kind dieselben Talente entwickelt und dieselben Ziele erreicht, sondern darum, dass jeder junge Mensch eine gerechte Chance zur Entfaltung seiner eigenen Talente und Lebensentwürfe erhält.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Die Grundlage für jede Chancengerechtigkeit ist in der Tat die Bildung. Zu Recht hat uns PISA noch einmal sehr deutlich darauf hingewiesen. Wir müssen dies weiter in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stellen. Wir sind verpflichtet, dieser Aufgabe Priorität einzuräumen. Wie aber auch Alterspräsident Kuhn in seiner Eröffnungsrede in diesem Haus schon deutlich gemacht hat, gibt es natürlich in den verschiedenen Parteien sehr unterschiedliche Ansätze zur Erreichung dieses Ziels. Die Unterschiede sind auch im Rahmen der Regierungserklärung meiner Ansicht nach sehr deutlich geworden.

Zur Verbesserung von Bildungschancen müssen wir im größtmöglichen Konsens auf die Stärken unserer Schulen bauen. Die Stärken unseres Schulsystems in Deutschland und meiner Ansicht nach auch in Rheinland-Pfalz liegen aber nun gerade nicht in den Gesamtschulen. Der Verweis auf PISA an verschiedenen Stellen heute war durchaus richtig.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Mich hat es bereits im Wahlkampf sehr verwundert – ich lese dann auch die entsprechenden Zeitschriften der Verbände –, dass Ministerpräsident Kurt Beck die schrittweise Aufhebung des gegliederten Schulsystems thematisiert hat, ebenso den Ausbau von Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz. Er hat das dann später noch einmal in der Presse und gestern noch einmal in diesem Haus bestätigt.

Meine Damen und Herren, dann muss man sich meiner Ansicht nach nicht wundern, dass es so anmuten kann, dass zwar der laute Schulkampf vermieden werden soll, aber dennoch schrittweise und unter dem Deckmäntelchen – diesmal der Demografie – eine ideologisch geprägte Systemveränderung herbeigeführt werden soll.

(Beifall der FDP und bei der CDU –
Schreiner, CDU: Bravo!)

Das oberste Ziel muss heißen: Jedes Kind und jeder Jugendliche muss so individuell wie möglich gefördert werden. Nivellierung dagegen ist der Feind jeder Chancengerechtigkeit.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Chancengerechtigkeit fängt in der Tat bei der Bildung am Start an. Deshalb ist es richtig, dass das letzte Kindergartenjahr zum gebührenfreien Vorbereitungsjahr auf die Grund-

schule umgestaltet wurde. Gerade im frühkindlichen Bereich müssen wir aber schon sehr aufpassen, dass wir weiterhin die richtigen Prioritäten setzen. Wir müssen Begabungen und Entwicklungsprobleme sehr frühzeitig erkennen, um Kinder nicht mit Lernproblemen zu belasten, die sie dann auf ihre Schullaufbahn mitnehmen. Wir müssen Eltern stärken und in ihrer entscheidenden Rolle in Bildung und Erziehung aktiv in die institutionelle Bildung mit einbinden.

Wir wissen aber alle, dass viele Elternhäuser nicht in der Lage sind, angemessen auf Entwicklungsprobleme und insbesondere auf Sprachdefizite einzugehen. Deshalb ist es richtig festzustellen, dass Kinder in jedem Fall in der Kindertagesstätte darauf vorbereitet werden müssen, an einem Grundschulunterricht teilnehmen zu können. Dazu gehört zentral die deutsche Sprache.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Deshalb müssen Kindergärten mithelfen, Sprachdefizite systematisch abzubauen, um vorprogrammiertes Schulversagen zu verhindern und Kindern eine faire Chance zu geben.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund war die institutionalisierte Förderung der Sprachkompetenz der richtige Schritt zu einer Verbesserung der Bildungsarbeit. Wir wissen allerdings, acht Millionen an Landesmitteln stellen in der Tat meiner Ansicht nach einen guten, aber einen ersten Schritt dar, wenn man auch bedenkt, dass konzeptionell noch an den Maßnahmen kontinuierlich und massiv weitergearbeitet werden muss.

Erzieherinnen und Erzieher sind eine der engagiertesten Berufsgruppen in Rheinland-Pfalz. Sie haben sich ungeheuer engagiert, in die neuen Aufgaben gestürzt und haben in großer Zahl die Fortbildungsangebote besucht. Aber gerade deshalb muss man aufpassen, dass man diese Berufsgruppe nicht überfordert.

Neben der Umsetzung der Bildungs- und Erziehungsempfehlungen und neben der Zusammenarbeit mit Fachkräften aus der Kinder- und Jugendhilfe, neben der systematischen Dokumentation von Entwicklungen, neben der Integration der Zweijährigen in die Kindergartengruppen, neben der engen Kooperation mit den Grundschulen eine systematische und erfolgreiche Sprachförderung zu gewährleisten, ist ein Anspruch, der nur mit entsprechender Unterstützung erfüllt werden kann. Deshalb müssen neben den Fortbildungsangeboten Fördermaßnahmen und diagnostische Instrumente fortlaufend evaluiert und weiterentwickelt und die Einrichtungen kontinuierlich beraten werden.

Die FDP-Fraktion unterstützt ausdrücklich die eingeleiteten Schritte.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sehr gut!)

Es bedarf jedoch weiterer großer Anstrengungen, um aus einer guten Idee auch ein erfolgreiches Projekt auf Dauer werden zu lassen. Hier muss die Landesregierung meiner Ansicht nach einen deutlichen Schwerpunkt

setzen. Es ist deshalb aus Sicht der FDP-Fraktion so, dass vor dem Hintergrund der knappen finanziellen Ressourcen des Landes die erste Priorität nicht heißen kann, die Beitragsfreiheit für alle Kindergartenjahre einzuführen. Deshalb ist dies ein Ziel, das wir mittelfristig zwar ins Auge fassen können, dem wir aber eine andere Priorität voranstellen müssen.

(Beifall der FDP)

Diese Priorität muss meiner Ansicht nach heißen, die frühkindliche Förderung zu optimieren und gerechte Startchancen zu schaffen, denn hier ist die Priorität bei der Schaffung von Chancengerechtigkeit.

(Beifall der FDP)

Ich werfe dann als Nächstes einen Blick auf die Grundschulen. Angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir besonders aufpassen, dass wir chancengerechte Lernbedingungen sichern. Die Landesregierung muss eine wohnortnahe Grundschulversorgung weiterhin sicherstellen. Dazu haben wir zum Glück auch etwas Positives gehört.

Wenn man die Rückmeldungen aus den Grundschulen hört, dann ist es allerdings zurzeit so, dass bei den kleinen ländlichen Grundschulen oft ein Lehrer auch mit ein, zwei oder drei Schülerinnen und Schülern, die es mehr oder weniger gibt, steht oder fällt.

Deshalb müssen wir gerade im ländlichen Raum künftig darauf achten – dies gebe ich sozusagen der Landesregierung als Aufgabe mit auf den Weg –, dass die Stellenzuweisungen so flexibel vorgenommen werden, dass die Planbarkeit in der Personalentwicklung auch bei den kleinen Schulen handhabbar bleibt.

Umgekehrt dürfen wir die großen städtischen Schulen nicht länger in Form von größeren Klassen benachteiligen, gerade wenn man auf der anderen Seite die ganz kleinen sieht. Gerade in den Städten müssen am Start optimale Lern- und Arbeitsbedingungen herrschen, damit die Grundschulen den Ausgleich sozialer Benachteiligungen schaffen können, ohne dass sie dabei Talente und unauffällige Schüler aus dem Blick verlieren.

Hier muss die Landesregierung für die entsprechende Personalausstattung sorgen. Gute Bedingungen für Stadt und Land bedeuten Chancengerechtigkeit.

(Beifall der FDP)

Das gilt im Übrigen auch für den Bereich der Hochbegabtenförderung. Hier reicht es nach meiner Ansicht nicht, die vier Schulen fortzuführen, sondern wir brauchen außer in Kaiserslautern auch an den anderen drei Standorten Internatsangebote, damit es faire Chancen für Stadt und Land gibt. Wir brauchen Entdeckertage, die auch in die Fläche gehen und in andere Landkreise eingeführt werden. Ich denke, es wäre richtig, fair und der Sache dienlich, wenn alle vier Schulen evaluiert würden und nicht nur die Hochschulbegabten in Trier, wo auch der Standort des entsprechenden Lehrstuhls ist.

Die individuelle Förderung jedes Kindes und jedes Jugendlichen steht im Zentrum unserer Bemühungen. Deshalb muss für mehr Sicherheit bei den Schullaufbahneempfehlungen am Ende der Grundschulzeit gesorgt werden. Kinder dürfen nicht aus Unsicherheiten oder aus Fehleinschätzungen heraus zu Absteigern von Schulform zu Schulform werden. Deshalb fordert die FDP Sie auf, bei Unstimmigkeiten zwischen Eltern und Grundschule, bei Unsicherheiten mit Aufnahmeprüfungen, Probeunterricht und Schullaufbahnberatungen zu helfen. Es muss zum Wohl und im Interesse des Kindes entschieden werden. Das ist auch ein Teil der Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Lern- und Leistungskultur, der Wille, etwas im Leben zu erreichen, und die Freude an der eigenen Leistung erlernen Kinder in erster Linie im Elternhaus. Erziehung und Bildung können ohne die Mitarbeit der Eltern kaum gelingen. Wir müssen uns aber dennoch der Tatsache stellen, dass immer mehr Elternhäuser dieser Verantwortung nicht mehr gerecht werden. Lehrerinnen und Lehrer sind allerdings keine Instrumente in einem Reparaturbetrieb, der jede schwierige gesellschaftliche Entwicklung auffangen muss und jedes sozial schwache, bildungsferne oder belastete Elternhaus ersetzen kann. Lehrerinnen und Lehrer spielen natürlich eine wichtige Rolle bei der Erziehung und Persönlichkeitsbildung junger Menschen. Sie müssen jedoch in erster Linie Kompetenzen und Wissen vermitteln. Deshalb müssen sie nach Meinung der FDP-Fraktion an den Stellen stärker durch Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und andere Fachkräfte unterstützt werden, wo es nötig ist. Hier müssen kommende Anstrengungen ansetzen.

(Beifall der FDP)

Die Zusammenarbeit unserer Bildungseinrichtungen mit der Jugendhilfe vom Kindergarten an muss deshalb zügig weiter ausgebaut werden. Nur so ist eine begleitende Arbeit direkt in den problematischen Familien möglich.

Bei der Entwicklung der Ganztagschule hat sich gezeigt, dass insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Lernproblemen das rhythmisierte Modell in der Regel deshalb besser geeignet ist, weil es mehr pädagogische Möglichkeiten zum Fördern eröffnet und die Chance zu durchgängigen Lernkonzepten während des gesamten Tages bietet.

In sozialen Brennpunkten sollte der rhythmisierte Ganztagsunterricht nach unserer Ansicht deshalb zur Regel werden und auf die vollzeitschulischen Angebote der berufsbildenden Schule ausgeweitet werden. Jedes Kind in unserem Land muss so gefördert werden, dass es zumindest einen Schulabschluss erreicht. Das ist die allerunterste Grundlage. Insbesondere Hauptschulen und berufsbildende Schulen im Rahmen des BVJ und der BF I in unserem Land sind ganz massiv von gesellschaftlichen Problemen gebeutelt, wie wir wissen, aber auch zunehmend von arbeitsmarktpolitischen Problemen betroffen. Gerade hier muss sich die Landesregierung finanziell mehr engagieren, um die Qualität der Ausbildung zu verbessern und den jungen Menschen eine

schulische und berufliche Perspektive zu bieten. Einzelne Schulsozialarbeiter werden nicht genügen, um eine wirkliche Chancengerechtigkeit in diesem Bereich herzustellen. Sie erzeugen sonst auf Kosten der Hauptschule, aber auch auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, die dort unterrichtet werden, künstlich einen Elternwillen, den Sie hier heranziehen, um damit den Ausbau der Gesamtschulen zu begründen.

Mit der Dualen Oberschule haben wir seinerzeit den ersten wichtigen Schritt hin zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung erreicht. Die Duale Oberschule hat sich als Schulform, die solide Allgemeinbildung, berufliche Orientierung und duale berufliche Ausbildung miteinander verzahnt, bewährt. Die Resonanz bei den Eltern und den Vertretern der betrieblichen Ausbildung ist überaus positiv. Die Duale Oberschule muss im Schulgesetz als Regelschule verankert werden.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zur Qualität unserer Bildungsangebote sagen; denn hierbei hat die Koalition in den letzten Jahren sehr viele wichtige Schritte auf den Weg gebracht. Nach meiner Ansicht muss Qualitätsmanagement konsequenter weiterentwickelt werden, als Sie es skizziert haben. Es gibt drei Säulen für Qualität. Das ist die individuelle Förderung. Dazu habe ich etwas ausgeführt. Das Zweite sind selbstständige Schulen mit starken Schulleitungen. Die dritte Säule ist die Transparenz, die bedeutet, dass es messbare Standards gibt und der Output und die Leistungsbilanzen von Schulen regelmäßig überprüft werden.

Starke Schulleitungen sind wichtig für selbstständige Schulen. Die Rahmenbedingungen für gute und starke Schulleitungen wurden in den vergangenen Jahren noch nicht der Entwicklung angepasst. Darauf habe ich in diesem Hause mehrfach aufmerksam gemacht. Auf der einen Seite hat sich das Profil der Schulleitertätigkeit tief greifend verändert. Viele Aufgaben sind zum Leistungsspektrum hinzugekommen. Weder in der Auswahl von Schulleiterinnen und Schulleitern noch in der Vorbereitung auf diese wichtige Aufgabe noch in der Entlastung von Schulleiterinnen und Schulleitern von Unterricht und Verwaltungstätigkeiten wurde diesem veränderten Leistungsprofil Rechnung getragen. Nach unserer Meinung ist es deshalb dringend Zeit, das langwierige und oft abschreckende Auswahlverfahren noch einmal zu verändern, Schulleiterinnen und Schulleiter auf ihre Personalführungs- und Managementaufgaben gezielt und intensiv vorzubereiten und ihnen eine angemessene Leitungszeit zur Verfügung zu stellen.

(Beifall der FDP)

Um Schule qualitätsorientiert und effizient führen zu können, muss man ihnen gleichzeitig mehr Möglichkeiten bei der Personalauswahl an die Hand geben. Vorgaben und Bürokratie müssen weiter abgebaut werden. Man müsste nach unserer Ansicht eigentlich schrittweise auch wieder leistungsbezogene Besoldungselemente einführen.

(Beifall der FDP)

Stattdessen konnten wir gestern hören, dass der Ministerpräsident ankündigt, künftig die vorher großzügig mit der Gießkanne verteilten Ressourcen ausgerechnet in Form einer qualitäts- und leistungsfeindlichen Absenkung der Eingangsbesoldung bei den motivierten Einsteigern wieder hereinzuholen. Das schmälert die Attraktivität des Einstiegs in den Lehrerberuf. Wir wissen, welche Abwanderungsbewegungen es sehr schnell geben kann. Für uns war das keine gute Nachricht.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Leider rennt mir die Zeit ein bisschen davon. Wir finden es wichtig, dass Bildungsstandards regelmäßig gemessen werden.

Für uns gehört dazu nicht nur eine Messung, die während der Schullaufbahn stattfindet, sondern selbstverständlich auch Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen, das Zentralabitur nach zwölf Jahren, das natürlich auch nicht chancengerecht gestaltet ist, wenn es nur an zwölf Schulen stattfindet und nur dann, wenn es mit einem warmen Mittagessen verbunden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Natürlich dürfen wir die Schulen nicht allein lassen. Deshalb wurde noch gemeinsam entschieden, eine externe Evaluation auf den Weg zu bringen. Diese ist aber leider nicht, wie wir uns das als Liberale vorgestellt hätten, unabhängig, sondern ist an die ADD mehr oder weniger angebunden.

Es wurden dann noch Fehler bei der Stellenausschreibung gemacht. Jetzt liegt das Ganze auf Eis. Wir möchten, dass Lehrerinnen und Lehrer in solche Evaluationsinstrumente Vertrauen haben; denn sie müssen auf dieser Basis arbeiten.

(Glocke des Präsidenten)

Sie müssen sich für diesen Prozess öffnen, damit das erfolgreich sein kann. Deshalb fordere ich Sie abschließend auf, bitte machen Sie einen Neustart im Bereich der externen Evaluation, der auch das Vertrauen der Schulen verdient.

Vizepräsident Bauckhage:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist überschritten.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Meine Damen und Herren, offensichtlich wird leider gerade im Bereich der Bildung von einigen Leitlinien sozialliberaler Arbeit abgewichen. In diesem wichtigen Feld finde ich das sehr schade. Wir werden das weiter kritisch mit guten Vorschlägen begleiten.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zunächst einmal bitte ich, Herrn Ministerpräsidenten Beck zu entschuldigen. Er ist ein paar Minuten hinausgegangen. Er wird mit Sicherheit in wenigen Minuten wieder hier sein. Er hat ein wichtiges Telefonat zu führen.

Das Wort hat jetzt der jüngste Abgeordnete des rheinland-pfälzischen Landtags, Herr Haller.

Abg. Haller, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Als jüngster Abgeordneter dieser Volksvertretung ist es mir eine Ehre und zugleich eine große Freude, heute die Möglichkeit zu haben, gleich bei der Aussprache zur Regierungserklärung das Wort von hier an Sie richten zu dürfen.

Als Vertreter der jüngeren Generation möchte ich die Regierungserklärung vor allem auf die Belange dieser jüngeren Generation hin betrachten. Als 22-Jährigem sind mir die außerhalb der Familie liegenden zentralen Stationen meines bisherigen Lebens – der Kindergarten, die Schule und zurzeit auch die Universität – noch sehr nah. Sie stehen für einen der wichtigsten Schwerpunkte im Leben junger Menschen: die Bildung. – Zwei Blickpunkte müssen bei der Bildung im Vordergrund stehen, zum einen natürlich die Qualität dieser Bildung, aber auch immer mehr – meine Damen und Herren, das sollte zu denken geben – die Chancengleichheit.

(Starker Beifall der SPD)

Chancengleichheit im Bildungssystem, gleiche Zugangschancen zu Bildung unabhängig von sozialer Herkunft, dem Einkommen der Eltern, der Nationalität oder Migrationshintergründen: In der Diskussion um Studiengebühren, fehlende Ausbildungsplätze und Gewalt an Schulen klingt das für manche fast utopisch. Manches CDU-Nachbarland nimmt diese Missstände in der Zwischenzeit wohl auch als gottgegeben hin und versucht, genau diese Probleme mit sozialer Selektion – meist über den Geldbeutel oder einem falschen Elitedenken – zu lösen.

(Starker Beifall der SPD)

Auf den viel zitierten christlichen Aspekt der CDU möchte ich jetzt gar nicht eingehen. Es gibt jedoch auch andere Wege, die natürlich nicht so einfach sind. Doch diese Mühe sollte man für die nächste Generation investieren, gerade wenn man weiß, dass die Bildung unser wichtigstes Kapital in Deutschland ist. Diese Mühe und dieses Wissen konnte man der Landesregierung in den letzten Jahren nie absprechen. Wenn man die Regierungserklärung gehört hat, weiß man, dass diese Landesregierung auch in den nächsten Jahren konsequent einen Weg gehen wird, auf dem Kinder und Jugendliche in ihren Bildungsmöglichkeiten so früh wie möglich und dann auch den kompletten Bildungsweg hindurch gleichgestellt sind und gefördert werden.

(Starker Beifall der SPD)

Ein sehr wichtiger Schritt neben der flächendeckenden Sprachförderung und dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist die gestaffelte Beitragsfreiheit der Kindergartenjahre. Das Einkommen der Eltern wird kein Argument mehr sein, sein Kind nicht in den Kindergarten zu schicken. Jedes Kind bekommt damit die gleiche Chance, und das von Anfang an.

Doch nicht nur die Chancengleichheit, auch die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems wird erhöht. 460 neue Lehrerstellen werden in den nächsten zwei Jahren geschaffen. Die Unterrichtszeiten in der Stundentafel der Orientierungsstufe werden von 28 auf 30 Stunden erhöht. Beispielhafter Beleg für diese Kombination aus Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit des Bildungssystems sind die 360 rheinland-pfälzischen Ganztagschulen. Darum ist es richtig, diesen Weg mit 209 Ganztagschulen in dieser Legislaturperiode weiter zu beschreiten.

(Starker Beifall der SPD)

Beim Thema „Ausbildung“ werden vor allem die Unternehmen gefordert sein, ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Ein Ansatz ist hierbei der ovale Tisch zur Förderung der beruflichen Ausbildung und gegen Jugendarbeitslosigkeit.

(Frau Huth-Haage, CDU: Der wird's bringen!)

Die ganz entscheidende Frage der Chancengleichheit im Hochschulzugang hat die Landesregierung bereits richtig beantwortet: keine Studiengebühren, sondern ein Studienkontenmodell, eine aufwändigere, aber faire Lösung.

(Beifall der SPD)

An die FDP möchte ich die Frage richten, was Sie unter einem moderaten Beitrag der Studierenden zur Finanzierung der Hochschulgebühren verstehen.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Ich studiere, und ich weiß nicht, mit welchen Studiengruppen Sie sich in Ihrem Wahlkampf unterhalten haben.

(Frau Morsblech, FDP: Ich studiere auch!)

Es ist aber nun einmal so, dass die breite Mehrheit der Studenten einen Betrag von 500 Euro im Semester nicht schultern kann. So ist das.

(Starker Beifall der SPD)

Als Student kann ich der Regierung sagen, die Studentinnen und Studenten vertrauen Ihnen in dieser Sache.

(Heiterkeit bei der CDU –
Eymael, FDP: Wart' mal ab,
wie lange noch!)

– Irgendwo muss ich etwas dazu sagen können. Ich bin vor Ort, und zwar jeden Tag, und nicht nur im Wahlkampf.

(Starker Beifall der SPD)

Die Studentinnen und Studenten vertrauen Ihnen in dieser Sache und sind Ihnen dankbar für eine Lösung, die nicht auf den Geldbeutel abzielt, sondern jedem seine Chance gibt. Ein chancengleiches und leistungsfähiges Bildungssystem ist keine Utopie, sondern machbar. Ich bin davon überzeugt, dass diese Regierung in Rheinland-Pfalz die Weichen bisher richtig gestellt hat und auf der Basis der Regierungserklärung dies auch in Zukunft verantwortlich tun wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltend starker Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Creutzmann das Wort.

(Pörksen, SPD: Das war eine Jungferrede, Herr Kollege! Da macht man das nicht!)

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht nicht um die Jungferrede, sondern es geht um den Vorwurf des Kollegen bezüglich der Studiengebühren, die etwa 500 Euro betragen würden. Dazu darf man etwas sagen. Es geht um das Thema „Studiengebühren“.

(Frau Spurzem, SPD: Das war eine Frage! –
Pörksen, SPD: Das ist ungehörig,
was Sie machen!)

– Herr Kollege Pörksen, finden Sie es als Sozialdemokrat gerecht, wenn ein Student zehn Semester studiert und er pro Semester 500 Euro zahlen müsste? Das wären 5.000 Euro für ein Studium.

(Hartloff, SPD: Herr Kollege Pörksen hat nicht gesprochen! Herr Kollege Haller hat gesprochen!)

– Ich will gerade Ihren Kollegen nicht ansprechen, weil mir vorgeworfen wurde – – –

(Hartloff, SPD: Zur Geschäftsordnung!)

– Ich kann auch Ihren Kollegen fragen: Finden Sie es gerecht, wenn Sie beispielsweise zehn Semester studieren, 5.000 Euro theoretisch an Studiengebühren zahlen müssten, die man stunden kann, was man auch machen würde, und dann diejenigen, die das Geld haben, die das locker bezahlen können, auch von Studiengebühren ausgenommen sind?

(Pörksen, SPD: Fragen stellen wir nicht vom Pult!)

Ich habe übrigens studiert und komme aus einer Arbeiterfamilie. Ich habe Studiengebühren bezahlt. Ich bin dann arbeiten gegangen, um die Studiengebühren zu bezahlen.

Finden Sie es sozial gerecht, dass diejenigen, die wenig Steuern bezahlen, das Studium von anderen finanzieren sollen, die dann später tendenziell ein höheres Einkommen haben, anstatt zu sagen, dies kann man auch vorfinanzieren, und dann, wenn das höhere Gehaltsaufkommen kommt, kann man die bezahlten Studiengebühren auch wieder zurückzahlen?

(Pörksen, SPD: Das ist ein sehr durchsichtiges Argument!)

Das wollte ich Sie nur fragen, weil Sie uns immer wieder das Problem mit den Studiengebühren vorwerfen.

(Pörksen, SPD: Draußen vor der Tür hätten Sie die Frage stellen können!)

Vizepräsident Bauckhage:

Zu einer Erwidern auf die Kurzintervention hat der jüngste Abgeordnete, Herr Abgeordneter Haller, das Wort.

Abg. Haller, SPD:

Es freut mich sehr, dass gleich meine erste Rede hier auf eine solche Resonanz stößt.

(Starker Beifall der SPD und vereinzelt Beifall bei der FDP)

Natürlich kann man 5.000 Euro später abbezahlen, es hat aber eine abschreckende Wirkung. Das ist der Punkt. Wenn es Gebühren gibt, ist nicht garantiert, dass die so bleiben oder dass sie nicht noch erhöht werden. Man muss auch einmal sehen, was in anderen Ländern teilweise für Zahlen genannt werden. Man muss nur nach Hessen schauen. Das geht bis zu 1.500 Euro. Das ist in dieser Diskussion ganz wichtig.

(Harald Schweitzer, SPD: So ist es!)

Es gibt keine festgeschriebenen Zahlen. Das ist ein variabler Betrag. Darum geht es, dass das eine abschreckende Wirkung für junge Menschen hat, sich für ein Studium zu entscheiden. Es kann auch nicht sein, dass man aus dem Studium hoch verschuldet herausgeht.

(Starker Beifall der SPD)

Es tut mir Leid, 5.000 Euro sind auch eine Summe, wenn man danach nicht gleich eine Arbeit findet.

(Starker Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Man darf junge Leute nicht unterschätzen, Herr Kollege!)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Professor Dr. Zöllner das Wort.

Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Rednerliste mit der Tatsache, dass ich wahrscheinlich der letzte auf der Rednerliste bin, könnte mich in Versuchung führen, völlig neue Themen anzusprechen und Sie quasi wortlos zurückzulassen.

(Heiterkeit im Hause)

Ich darf Sie beruhigen: Ich werde es nicht tun. Ich werde auch nicht der Versuchung erliegen, die 22 Minuten, von denen man mir gesagt hat, dass sie die Landesregierung noch hat, voll auszunutzen, um all die vielen wichtigen Punkte anzusprechen, die im Laufe des heutigen Tages und in der Regierungserklärung gestern angesprochen worden sind.

Eine Diskussion ist gut, wenn man etwas gelernt hat. Die Diskussion im Parlament sollte eine kontroverse Diskussion sein. Das ist gut so, weil im Grunde genommen nur die kontroverse Diskussion eine erkenntniserweiternde Diskussion ist.

Deswegen will ich einige Bemerkungen dazu machen, was ich, und ich nehme an, viele aus der Landesregierung, in der gleichen Art und Weise aus der Diskussion mitnehmen.

(Zuruf des Abg. Licht)

Als Erstes gleich vorweg: Ich glaube, in einem ganz wesentlichen Punkt hat die CDU-Opposition Recht. Der Ministerpräsident ist sich in seiner gestrigen Regierungserklärung treu geblieben. Er hat die Herausforderungen der Zeit genannt. Er hat die Ziele definiert, die diese Landesregierung in den nächsten fünf Jahren ansteuern wird. Er hat sich nicht gescheut, Schwerpunkte zu setzen, und noch mehr, er hat auch das Unangenehme ausgesprochen. Er ist sich treu geblieben.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Nur in einer Politik der Kontinuität mit neuen Ansätzen werden wir als Land Rheinland-Pfalz Erfolg haben und werden wir auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger letzten Endes erreichen, das auch in dieser Demokratie notwendig ist.

(Beifall der SPD)

Es ist reine Selbstverständlichkeit, dass es keine Alternative zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit gibt, sondern dass beide zusammengehören, nein, mehr noch, dass beide sich wechselseitig bedingen, dass es ohne wirtschaftliches Wohlergehen keine soziale Gerechtigkeit geben wird, dass es dann Schall und Rauch und nur ein Glaubensbekenntnis ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber auch umgekehrt: Wir werden wirtschaftlich keine Perspektiven in diesem Land und auch nicht in Deutschland haben, wenn es uns nicht gelingt, auch die sozialen Probleme zu bewältigen und letzten Endes die Kräfte und die Kreativität, die in diesen Bereichen schlummern, für das Ganze zum Wohl einzusetzen, dies auszusprechen und an konkreten zentralen Beispielen belegt in der Umsetzungsmöglichkeit eines Landes aufgezeichnet zu haben. Das ist aus meiner Sicht die einzige zukunftsweisende Perspektive für das Land Rheinland-Pfalz, und die hat der Ministerpräsident geleistet.

(Beifall der SPD)

Frau Morsblech, es ist richtig, wie Sie zum Beispiel angesprochen haben, dass es ein Problem ist, wenn man bei Berufsanfängern die Eingangsgelöhner kürzt, dass dies demotiviert. Aber es gehört zu einer ehrlichen Politik dazu zu sagen, wenn man etwas schwerpunktmäßig in einem Bereich zusätzlich investieren will, dass man in einem anderen Bereich kürzen muss. Zweitens wissen wir alle in diesem Raum, dass man dann in den Bereich der Personalkosten eintreten muss.

Drittens wissen wir alle hier, dass es letzten Endes nur zwei Alternativen gibt: entweder bei denen, die drinnen sind, oder bei denen, die hereinkommen.

Ich sage Ihnen, wenn der andere Weg, der natürlich auch gegangen werden kann, gegangen wird, gibt es auch berechtigte Gründe zu sagen, diejenigen, die sich engagieren, die verdient sind, darf man nicht demotivieren. Dann muss man sich entscheiden.

Dann hat diese Landesregierung sich dafür entschieden, für einen begrenzten Zeitraum den jungen Menschen als Berufseinsteigern etwas abzuverlangen, um das Gesamtsystem motiviert auf Dauer laufen zu lassen.

(Licht, CDU: Kontrovers darf man das auch sehen, weil es weitere Alternativen gibt!)

– Ja. Es ist gut, dass man darüber redet. Dann sollte man auch darüber reden, was die Alternative ist. Die Alternative ist in dem anderen Fall, dass man Demotivationen bei denen hinterlässt, die sich engagieren und im Schulbereich und im Verwaltungsbereich letzten Endes die Leistungsträger sind.

(Zurufe aus dem Hause)

Ich wollte der Versuchung nicht erliegen, fein ziseliert alle Probleme zu Ende zu diskutieren.

Was mich enttäuscht hat – ich kann es an drei Beispielen aufzeichnen –, ist das, was die CDU in der Sache hier beigetragen hat. Es kann nicht sein, dass ich, wie es zum Beispiel Frau Kohnle-Gros getan hat, die Probleme im Hochschulbereich in einem Aufgabenbereich auf Kosten des anderen löse.

Ich kann nicht die Probleme einer guten Finanzierung im Bereich der Spitzenforschung dadurch lösen, indem ich den Weg der CDU-Länder gehe, wie zum Beispiel – Sie

zitieren so gern Beispiele – das Saarland, indem ich die Anzahl der Studienplätze um 20 % zurückfahre.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das heißt, so geht es nicht. Es geht auch nicht, wie Herr Baldauf es getan hat, dass die Leistungsbeurteilung sich allein danach richtet, wie viel Geld man ausgibt, sondern ich habe irgendwann einmal gelernt, dass Leistung letzten Endes das ist, was dabei herauskommt, und nicht das, was man hineinsteckt, meine Damen und Herren.

Die Leistung eines Systems ist nicht abhängig von der Menge des Geldes, die in einem System ist.

Was mich besonders interessiert hätte, wo ich begierig war, es zu hören, ist, wie die CDU mit dem Problem, das diese Landesregierung umtreibt und das Herr Mertin – ich komme gleich noch darauf zu sprechen – angesprochen hat, wie sie meint, dass man mit der Tatsache umgehen würde, was Sie vor der Wahl angekündigt haben. Sie sind auch gegen Studiengebühren, und es gibt natürlich ein Problem in diesem Bereich.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Dann wäre es wertvoll gewesen, auch von einer Oppositionsfraktion zu hören, was Sie den Vorschlägen der Landesregierung, mit diesem offenkundigen Problem umzugehen, entgegenzusetzen hat.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Oder soll ich annehmen, dass das nur ein passageres Aufblühen war, dass Sie gegen Studiengebühren waren, solange die Wahl noch nicht gelaufen war.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Sehr aufmerksam habe ich den Kolleginnen und Kollegen von der FDP zugehört. Nicht nur dort, wie Herr Mertin es so schön formuliert hat, wo möglicherweise Akzente von Ihnen anders gesetzt werden, sondern es gibt auch in Koalitionen – ich meine auch, es war eine sehr gute Zusammenarbeit – grundsätzlich unterschiedliche Ausgangspositionen zu einigen Dingen.

Ich sage es noch einmal ausdrücklich: Das, was aus meiner Sicht die Zusammenarbeit so wertvoll und gut gemacht hat, war die Tatsache, wie wir mit Dingen umgegangen sind, in denen wir wahrscheinlich grundsätzlich anderer Position waren, und das noch zur Kreativität des Systems genutzt haben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Mertin, Sie haben Recht: Es wird ein Problem sein. Ich schätze die Wahrscheinlichkeit noch nicht sehr hoch ein, dass wir ein vernünftiges Hochschulfinanzierungssystem bekommen. Das bedeutet aber nicht, dass man bis zum letzten Moment darum kämpfen muss. Dann muss man sich in die Lage versetzen, sich letzten Endes dagegen zu wehren, dass die anderen einem ein System aufzwingen, das man selbst nicht will.

Ich habe sehr aufmerksam dem zugehört, dass Sie neben der Möglichkeit eines allgemeinen Systems eines Vorteilsausgleichs in ganz Deutschland es sehr wohl für diskutabel halten, dass es möglicherweise mehrere bilaterale Vereinbarungen gibt. Ich erinnere mich zumindest, dass Ihre Partei in zwei Nachbarländern Verantwortung trägt. Das würde dann unter Umständen eine sehr spannende Diskussion werden.

In einem Punkt muss ich Ihnen allerdings energisch widersprechen: In Ihrer Positionierung in Bezug auf die Technologie und die Zuordnung zum Bereich der Wissenschaft oder der Wirtschaft. Ich will versuchen, es mit einem Satz auf den Punkt zu bringen. Auch hier haben Sie Recht, dass man es so oder so machen kann. Es sprechen Gründe für das eine und für das andere.

Gestatten Sie doch dieser Landesregierung, dass wir einmal von der FDP in Nordrhein-Westfalen gelernt und es dem Wissenschaftsbereich zugeordnet haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe auch etwas von der SPD-Fraktion gelernt. Seit 15 Jahren weiß ich, dass diese Fraktion ein sachkundiger und entschlossener Begleiter der Arbeit der Landesregierung ist. Dass sie auch noch so leidenschaftlich sein kann, war schön.

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, dem 7. Juni 2006, 12:00 Uhr, statt. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

E n d e d e r S i t z u n g : 16:30 Uhr